Antifaschistisches info Blatt

Nr. 125 | Winter 2019 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

DAS DARKNET DES FASCHISMUS

RADIKALISIERUNG IN CHATS, BOARDS, FOREN UND PORTALEN



THE MOB IS THE MOVEMENT

Rechte Attentäter entstammen oftmals Männerrechtsgruppen, reaktionären Gaming- und Trolling-Subkulturen, die sich in einem Ökosystem aus Social Media Plattformen, Foren und Chan-Boards radikalisiert haben.



RÜCKBLICK AUF DEN PROZESS GEGEN DAS „AKTIONSBÜRO MITTELRHEIN“

Die Behörden störten das aggressive Auftreten der Neonazistrukturen über Jahre kaum, man leugnete das Problem. Erst spät handelte man, dann allerdings umfassend mit dem Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“. Dieser Vorwurf hielt dem Prozess nicht stand.



DER TOD VON OURY JALLOH. NEUES GUTACHTEN – ALTE FRAGEN

Bevor Oury Jalloh im Januar 2005 in der Zelle Nummer 5 des Dessauer Polizeireviers verbrannte, wurde er schwer misshandelt. Das kam erst jetzt, vierzehn Jahre nach dem Tod und nach dem Ende von zwei Prozessen heraus.



Screenshot: turkiyeaktuel

DER MILITANTE FLÜGEL DES TÜRKISCHEN STAATSNATIONALISMUS

Seit mehr als fünf Jahrzehnten existiert in der Türkei eine nationalistische, rassistische und gewalttätige extrem rechte Bewegung. Sie sind in Deutschland in hunderten lokalen Vereinen und in Dachverbänden organisiert: die sogenannten „Grauen Wölfe“.

Titelfoto: Taylor Vick on Unsplash

TITEL

„The Mob is the Movement“ 6
Die visuelle Kultur des (neuen) Rechtsterrorismus 12
„Hab‘ dich nicht so, du Normie“ 16
Behördliche Einschätzung: Vom Amoklauf zum Rechtsterrorismus 18
Paradebeispiel für den florierenden Hass auf YouTube 20

NS-SZENE

„White Jihadism“ 22
Persona grata der NSBM-Szene? 24
Ein Rückblick auf den Prozess gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ 26
Die Jugendarbeit des „Der III. Weg“ 28

BRAUNZONE

Die Todessehnsucht der Identitären 30
Die AfD nach der Landtagswahl in Thüringen 32

ANTIFA

Ein neues Archiv in deiner Stadt! 34
Kampfsport & Solidarität 36

GESCHICHTE

Der vergessene Aufstand von Auschwitz 38
Rechte Attentate auf „Volksverräter“ 39

RASSISMUS

Den Wahnsinn stoppen 42
Staatlicher Rassismus tötet 44
Der Tod von Oury Jalloh 46

GESELLSCHAFT

„Der Staat ist der größte Zuhälter“ 49

REPRESSION

„Linksextreme Musikszene“ in Sachsen – eine Erfindung des VS? 52
Politisches Sonderrecht in Bulgarien? 54

INTERNATIONAL

Brasilien: „Die Miliz ist keine Parallelstruktur – Sie ist der Staat“ 56
Italien: Quo vadis CasaPound? 60
Türkei: Der militante Flügel des türkischen Staatsnationalismus 62

RUBRIKEN

Editorial 3
Kurzmeldungen 4
Rezensionen 64
Rückschau 66

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Für unsere Redaktion war der antisemitisch und rassistisch motivierte Anschlag in Halle ein Schock, auch wenn er nicht wirklich eine Überraschung war. In unserer letzten Ausgabe, die wir wenige Tage vor der Tat veröffentlichten, skizzierten wir die aktuelle Gefahr des Rechtsterrorismus und seiner Entstehungsbedingungen in digitalen Netzwerken. Eine Überraschung war jedoch, dass der Täter Stephan Balliet, anders als z.B. die (mutmaßlichen) Neonazi-Attentäter Stephan Ernst aus Kassel (AIB Nr. 123), Ralf Spies aus Düsseldorf (AIB Nr. 119), Stephan Kronbügel aus Hamburg (AIB Nr. 118), Nino Köhler aus Dresden (AIB Nr. 118), Frank Steffen aus Bonn (AIB Nr. 109) und Kay Diesner aus Berlin (AIB Nr. 40) bisher für uns und viele engagierte Recherchegruppen völlig unsichtbar geblieben war. Seine Radikalisierung vollzog sich abseits der uns bekannten und von uns beobachteten Räume, Netzwerke und Strukturen. Das war auch beim rechten Attentäter David Sonboly in München 2016 der Fall. Unser Fokus auf die sehr unübersichtliche und zum Teil weltweite Landschaft von Chan-Foren, Video- und Gaming-Plattformen, Streaming-Portale und Telegramgruppen, die auch von rechtsaffinen Usern gerne genutzt werden, war bisher zu gering, obwohl viele Angebote frei zugänglich sind und bereits für etliche Terroranschläge vergangener Jahre relevant waren. Wir stellen fest: Einen verlässlichen Vorwarnmechanismus, der uns rechtzeitig auf Personen und Strukturen auf diesen Plattformen stoßen lässt, die potentiell bereit sind, ihre menschenverachtenden, extrem rechten Ideologien in terroristischen Anschlägen umzusetzen, haben wir nicht. Mit dem Schwerpunkt dieser Ausgabe möchten wir uns deshalb weiter mit dem aktuell relevanten (extrem) rechten digitalen Netzwerk beschäftigen. Viele dieser Foren und Plattformen sind zwar meistens selbst nicht explizit politisch, dennoch findet hier eine enorme politische Radikalisierung statt: rechte Gewalttaten werden vorbereitetet, diskutiert und glorifiziert. Sehr gerne möchten wir auch unter unseren Leser_innen eine Diskussion dazu anstoßen: Welche Maßnahmen wären notwendig, um diese Räume der Radikalisierung wieder zu schließen? Wie diskutiert die netzpolitische Community das Thema? Artikelangebote und Diskussionsbeiträge nehmen wir gerne entgegen.

Vergessen möchten wir auch nicht, an dieser Stelle der beiden Opfer des Anschlags von Halle am 9. Oktober, Jana L. und Kevin S., zu gedenken. Jedes Opfer ist eines zu viel und mahnt uns zum Handeln.

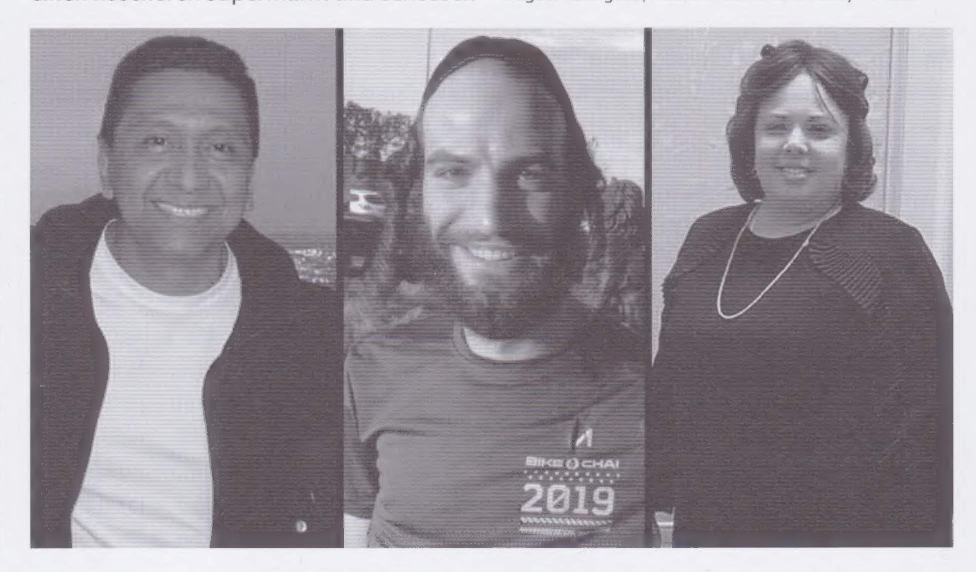
Kurz vor der Drucklegung erfahren wir von einem weiteren antisemitischen Anschlag mit insgesamt sechs Toten: In New Jersey, USA, stürmten am 10. Dezember eine 50-jährige und ein 47-jähriger aus anscheinend antisemitischen Motiven in einen koscheren Supermarkt und schossen um sich. Der 24-jährige Moshe Deutsch, der 49-jährige Verkäufer Douglas Miguel Rodriguez und die 31-jährige Mindy Ferencz, die den Laden mit ihrem Ehemann betrieb, überlebten nicht. Außerdem erschossen die TäterInnen, den Angaben nach aus ‚polizeifeindlichen' Motiven, den Polizisten Joseph Seals. Bei einem anschließenden Feuergefecht kamen sie selbst ums Leben.

Die TäterInnen sollen in Verbindung zu der antisemitischen Gruppierung Black Hebrew Israelites gestanden und sich im Internet antisemitisch geäußert haben. •





Jana L. und Kevin S. wurden Opfer des Anschlags vom 9. Oktober in Halle (Saale)



Die Opfer des Anschlags in Jersey (v.l.n.r.): Douglas Miguel Rodriguez, Moshe Deutsch und Mindy Ferencz

Gestern Neonazi – heute Lokalpolitiker

Antifaschistische Recherche-Strukturen machten auf mehrere frühere Neonazis in der Kommunalpolitik aufmerksam. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion in Heidenau, Daniel Barthel, wurde in der Neonaziszene der Sächsischen Schweiz politisiert, berichtete das Antifa Recherche Team Dresden. So war Barthel Teil einer Neonazi-Gruppe, die im November 2000 in Pirna eine Solidaritätskundgebung der „Aktion Zivilcourage" angriff. Diese solidarisierte sich mit dem Imbiss „Antalya Grill", der zuvor regelmäßig Ziel neonazistischer Attacken gewesen war. Als im Juni 2004 die antifaschistische Demonstration „Kein schöner Land" durch Pirna zog, formierten sich Neonazis zu einer Gegendemonstration. Unter den Teilnehmenden war auch Daniel Barthel. Später führten einige Neonazis eine kurze Sitzblockade durch, auch daran beteiligte sich Barthel. Im November 2004 machte die antifaschistische Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden" in Pirna Station. Erneut wurde eine Gegendemonstration angemeldet. Anmelder der Demonstration waren Daniel Barthel und Peer Wustmann. Wustmann, mit dem Barthel heute immer noch befreundet ist, war fester Bestandteil der Neonaziszene. Der mehrfach vorbestrafte Gewalttäter war Herausgeber des Neonazi-Fanzines „Stahlhelm". Desweiteren nahm Barthel wiederholt am „Opfergedenken" von Neonazi-Kameradschaften und NPD anlässlich des alliierten Bombenangriffs auf Dresden im Februar 1945 teil. „Recherche Nord" machte kürzlich auf den früheren Hannoveraner AfD-Aktivisten Klaus Eikemeier aufmerksam. Dieser war demnach in der Vergangenheit auf einschlägigen Neonaziveranstaltungen anzutreffen. Bilder zeigen ihn während eines Neonaziaufmarsches im niedersächsischen Bad Nenndorf und bei regionalen NPD-Parteitagen in Wilhelmshaven und Northeim. Der Blog „SACHSEN-ANHALT RECHTSAUSSEN" berichtete über die Aktivitäten von Robert Möritz von dem CDU Kreisverband Anhalt-Bitterfeld. Möritz engagierte sich öffentlich für den Verein Uniter, der im Verdacht steht, einen rechten Umsturz geplant zu haben. Vor einigen Jahren war er in Neonazi-Kontexten aktiv. Bilder zeigen ihn sogar mit „Ordner"-Binde beim Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2011 in Halle. •

Der heutige CDU-Funktionär Robert Möritz (rechts) mit Ordner-Binde und Polo-Hemd der RechtsRock-Band „Endstufe" bei einer Neonazi-Demonstration 2011 in Halle.

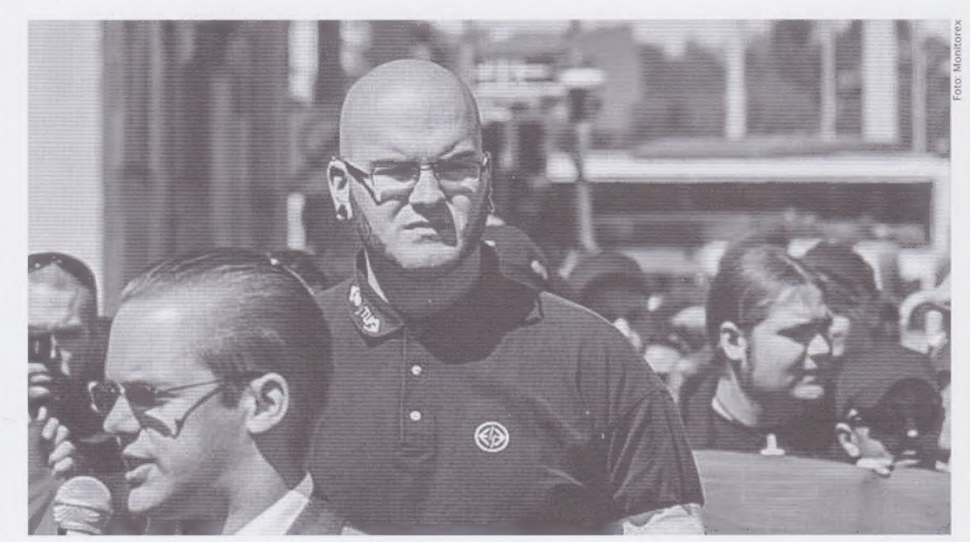


Foto: Monitorex

Demonstrative Feindbildpflege

Seit Jahren haben Neonazis Fachjournalist_innen, die in der Szene recherchieren und über sie berichten, im Visier. Regelmäßige Drohungen am Rande von Aufmärschen und Ähnliches sind keine Seltenheit. Eine neue Qualität der versuchten Einschüchterung war nun im Herbst in Hannover zu beobachten. Am 23. November zogen knapp 110 Neonazis unter dem Motto „Schluss mit steuerfinanzierter Hetze – Feldmann in die Schranken weisen" durch die Stadt und richteten sich mit ihrem Aufmarsch ganz konkret gegen den NDR-Reporter Julian Feldmann. Auf einem Transparent und mehreren Schildern prangte dabei ein Foto von dem Journalisten, der seit Jahren über die Szene berichtet. Besonderen Hass zog sich Feldmann zu, weil er in einer „Panorama"-Reportage den ehemaligen SS-Soldaten und Kriegsverbrecher Karl Münter ausfindig gemacht und interviewt hatte. Münter relativierte darin den Holocaust und verhöhnte Opfer eines Massakers. Im Vorfeld des Aufmarsches forderten die Neonazis deswegen auch „Rache für Karl", den die Szene gerade wegen solcher Aussagen bis heute verehrt.

Neben Feldmann thematisierten die Neonazis in ihrem Aufruf auch David Janzen, ebenfalls Journalist und Sprecher des „Bündnis gegen Rechts Braunschweig", der in jüngerer Vergangenheit bereits mehrfach rechte Anschläge an seiner Privatadresse zu erleiden hatte. Eine Reihe weiterer Expert_innen und Fachjournalist_innen waren ebenfalls im Visier und wurde in verschiedenen Beiträgen im Vorfeld namentlich genannt.

Als Redner war neben dem Berliner „Volkslehrer" Nikolai Nerling, Sebastian Weigler (JN-Niedersachsen) und Sven Skoda (Die Rechte) auch NPD-Vize Thorsten Heise vorgesehen, dem allerdings für den Tag ein Redeverbot auferlegt wurde. Er hatte Feldmann erst im Juni in Ostritz am Rande des „Schild & Schwert"-Festivals gedroht: „Der Revolver ist geladen". •

„Atomwaffen Division" in Thüringen?

Als im März 2019 rund 800 AntifaschistInnen in Eisenach gegen rechte Hegemonie und für eine antifaschistische Offensive demonstrierten, standen sowohl medial als auch aus der Stadtgesellschaft nicht die rechten Übergriffe und Alltagsbedrohungen im Fokus, sondern die angebliche Gefährlichkeit von AntifaschistInnen.

Läden wurden verbarrikadiert, CDU und AfD schürten Stimmung gegen die Demonstration. „Chaoten wollen Eisenach stürmen" lautete der Titel einer Boulevard-Zeitung, der Generalsekretär der CDU Thüringen verstärkte die Panikmache durch entsprechende Erklärungen. Die Demonstration strafte die Panikmache Lügen, zog lautstark durch Eisenach und versuchte, auf die vor Ort bestehende rechte Gewalt aufmerksam zu machen. Die Ignoranz und Leugnung der in Eisenach fast alltäglichen rechten Bedrohung besteht jedoch weiterhin - daran änderte auch die seit mehreren Wochen öffentlich thematisierte Neonazi-Gruppe „Atomwaffen Division" mit ihrem deutschen Ableger und deren Verbindung nach Eisenach nichts. In den USA wird die „Atomwaffen Division" derzeit für acht Morde sowie einen verhinderten Sprengstoffanschlag auf ein Kernkraftwerk verantwortlich gemacht. In Deutschland tritt die „Atomwaffen Division" bisher mit Morddrohungen gegen Politikerinnen und Politiker in Erscheinung.

Mit dem geleakten Neonazi-Forum „Iron March" wurden private Chats öffentlich, aus denen hervorging, dass deutsche Neonazis es u.a. für die Vernetzung mit rechtsterroristischen Strukturen in den USA nutzten. Aus den privaten Nachrichten des Nutzers „Antidemokrat" ergab sich, dass er in der rechten Szene in Ostdeutschland aktiv ist, Verbindungen zur Neonazi-Gruppe „Antikapitalistisches Kollektiv" pflegte und die Neonazi-Szene vor Ort über ein eigenes Objekt verfüge. In privaten Nachrichten gab er sich als „Leon" aus. Schnell wurde deutlich, dass es sich um Leon R., einen Neonazi aus Eisenach handeln muss, der u.a. in neonazistischen Kampfsportstrukturen vernetzt ist, mit dem „Kollektiv 56" eine Neonazi-Kampfsportstruktur mit aufbaute, beim „Kampf der Nibelungen" in Ostritz teilnahm und bereits durch Drohungen gegenüber AntifaschistInnen auffiel. Die ursprüngliche Anmeldung von Leon R. erfolgte im „Iron March"-Forum als „lotharkoenig", unter dem Namen des bekannten Stadtjugendpfarrers, der sich seit Jahrzehnten gegen Neonazis engagiert. Die erste Umbenennung erfolgte in „subcprsk", schließlich in „Antidemokrat". Unter dem ursprünglichen Nutzernamen „lotharkoenig" schrieb Leon R. unter anderem: „Deutschland ist meine Religion, Hitler ist mein Prophet."

Indizien weisen darauf hin, dass Leon R. nicht nur an dem Video der „Atomwaffen Division Deutschland" beteiligt gewesen sein könnte, sondern möglicherweise auch unter dem selben Nutzernamen „subcprsk" sowohl bei „Fascist Forge" als auch im vom LKA Niedersachsen stillgelegten Forum „xplosives.net" aktiv war. Dort schrieb ein Nutzer namens „subcprsk" über den Gebrauch von Sprengstoff. Aus dem nahen Umfeld von Leon R. ist zu hören, dass er bereits als Jugendlicher mit entsprechenden Materialien hantiert haben soll. In einer Instagram-Story war zu sehen, wie u.a. Leon R. auf dem Weg nach Tschechien ist, betitelt war das Bild mit „Tschechienfeldzug". Das nächste Foto zeigt ein Schießtraining.

Leon R. ist seit Juli 2019 als Betreiber des „Bulls Eye" eingetragen, einer Eisenacher Kneipe, die auch von Neonazis genutzt wird. Unkompliziert war es somit für rund 50 Neonazis, das für den 20. Juli 2019 angekündigte, ursprünglich verbotene und im „Flieder Volkshaus" (Neonazi-Objekt in Eisenach) aufgelöste Neonazi-Konzert mit „Frontalkraft" und „Flatlander" schließlich in der Kneipe von Leon R. stattfinden zu lassen. In einem in Chatgruppen verbreiteten Video sind Teile des Auftrittes von „Frontalkraft" zu sehen. Während auch das Publikum Gewaltphantasien besingt, sind Hitlergrüße zu sehen. Die Aktivitäten von Leon R. reichen jedoch über Eisenach und Deutschland hinaus. Im Jahr 2017 nahm er in Kiew am „National Socialist Black Metal"-Fest „Asgardsrei" teil, das wiederum Verbindungen zur bewaffneten ukrainischen „Asow"-Miliz haben soll. Auf dem Programm stand u.a. „Absurd", die Band des Thüringer Neonazis Hendrik Möbus. Laut Recherchen der „ZEIT" stand dieser wiederum in Verbindung mit einem weiteren mutmaßlichen Mitglied der „Atomwaffen Division", dem die Einreise nach Deutschland verweigert wurde. Leon R. scheint aktuell keine Repressionen zu befürchten. Erst am 7. Dezember 2019 war er einer der Veranstalter eines weiteren Neonazi-Events in Eisenach, auf dem der letzte Pfleger von Rudolf Heß im Spandauer Gefängnis zu der Frage „War es Mord?" referierte. •



Screenshot Instagram

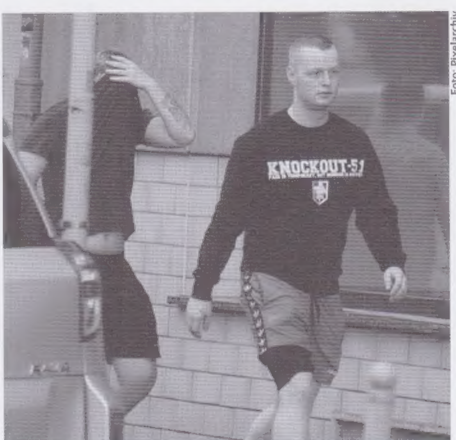


Foto: Pixelarchiv

oben: Leon R. (rechts), der auch Teil der rechten Kampfsportgruppe „Knockout 51" ist, posiert auf Instagram

unten: Leon R. im Rahmen des aufgelösten Rechts-Rock-Konzertes im Juli 2019 in Eisenach

TITEL

Rechte Attentäter entstammen zunehmend Netzwerken, die nur locker mit klassischen Organisationen und Strukturen der extremen Rechten verbunden sind. Ihre Quellen liegen in Männerrechtsgruppen, reaktionären Gaming- und Trolling-Subkulturen, die sich in einem Ökosystem aus Social Media Plattformen, Foren und Chan-Boards radikalisiert haben. Dieses Netzwerk bildet einen Teil des internationalen Phänomens der „Alt-Right".

„The Mob is the Movement"

Das Netzwerk rechter Onlinekulturen von #Gamergate zu „Alt Right"

MIRO DITTRICH UND JAN RATHJE

Das Attentat von Halle am 9. Oktober 2019 verdeutlichte der deutschen Öffentlichkeit, dass internationale Entwicklungen des Rechtsterrorismus auch in Deutschland Auswirkungen entfalten. Die Veröffentlichung von Dokumenten des mutmaßlichen Attentäters Stephan Balliet auf Image-Boards und das Live-Übertragen des Attentats auf der für Gaming bekannten Plattform Twitch entsprach weniger der Handlungsweise klassischer Gruppierungen der extremen Rechten in Deutschland, sondern vielmehr derjenigen des Attentäters von Christchurch, Brenton Tarrant, sieben Monate zuvor. Horst Seehofer kündigte nach dem Anschlag an, „die Gamer-Szene ... stärker in den Blick" zu nehmen, da aus ihren Reihen Terroristen hervorgehen würden. Prominente YouTuber, Gamer und Industrievertreter kritisierten die undifferenzierte Darstellung des Innenministers. Das Problem bilde der deutsche Rechtsextremismus und nicht 34 Mio. Gamer in Deutschland, die pauschal durch die Aussagen verunglimpft würden. Kritische Stimmen wiesen jedoch darauf hin, dass bestimmte Gaming Subkulturen seit Jahren neonazistische, misogyne und andere diskriminierende Darstellungen in Spielen und Äußerungen ihrer Mitglieder ignorieren, wenn nicht gar stützen würden.

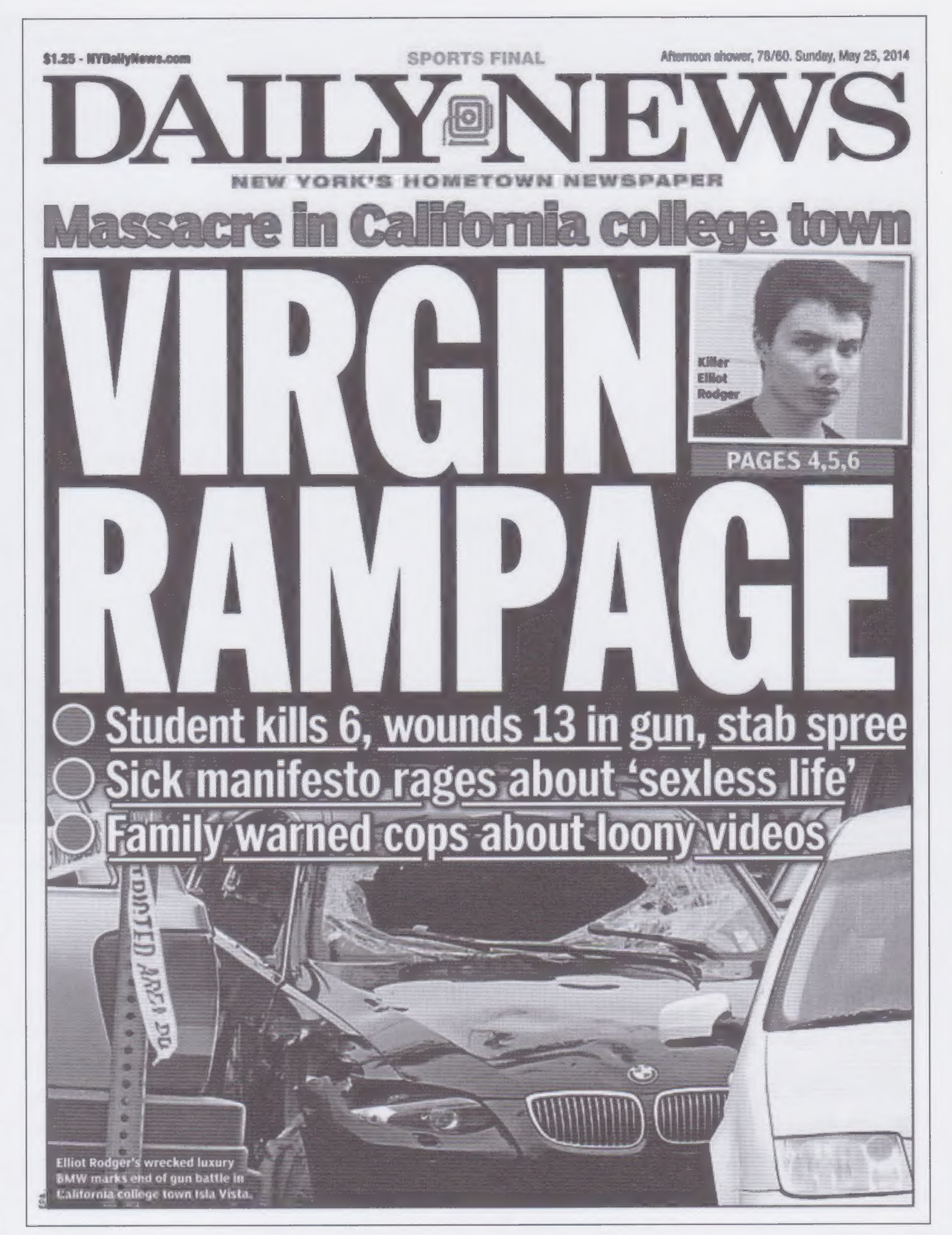
Der Zusammenhang zwischen Gaming und Rechtsterrorismus ist nicht so unmittelbar herzustellen, wie es die Äußerungen des Innenministers nahelegen. Einzeln agierende Attentäter der 2010er Jahre sehen ihre Vorgänger nicht nur als Inspiration, sondern sind mit ihnen in einem amorphen Netzwerk aus verschiedenen online Subkulturen verbunden, innerhalb dessen Antifeminismus, Misogynie und Antisemitismus eine zentrale Position einnehmen. Jenseits der extrem rechten Ursprünge dieses Netzwerks liegen ihre Quellen in den online-Sphären der „Manosphere" frustrierter (junger) Männer, männlicher Incels und der Gamergate- und Imageboard-Trolle. In diesem Netzwerk werden bestimmte Identitätsangebote und Handlungsformen propagiert, die in ihren radikalisierten Formen Terrorismus und Amokläufe ermutigen.

Manosphere und Incels

Als „Manosphere" wird seit 2009 ein Netzwerk von Webseiten und Online-Communities bezeichnet, dessen Ursprünge auf das progressive Men's Liberation Movement in den USA der 1970er Jahre zurück reicht, welches an der Seite von Frauenbewegungen traditionelle Geschlechterrollen kritisierte. Ab dem Ende der 1980er Jahre entwickelten sich jedoch aus dieser amorphen Bewegung Gruppen von Men's Rights Activists (MRA), die Maskulinität feierten, den Feminismus für die Unterdrückung von Männern verantwortlich machten und in denen die Ungleichwertigkeit von Frauen und LGBTIQ* propagiert wurde. Sie bilden den Kern der „Manosphere", innerhalb derer der Begriff des „redpilling" bzw. der „Red Pill" seit den 2010er Jahren entscheidend geprägt wurde. Gemeint war damit die verschwörungsideologische „Erkenntnis", dass Feminismus eine Verschwörung gegen (weiße) Männer sei, welche von „Kulturmarxisten" durchgeführt werden würde.[1] Neben dem „redpilling" wurden innerhalb der „Manosphere"

auch die Dienstleistung von sexistischen bis misogynen „pick up artists" (PUA) propagiert, um Betas zu Sex und Männlichkeit zu verhelfen. Einer ihrer herausragenden Akteure, Daryush Valizadeh (Roosh V), integrierte 2015 das antifeministische „redpilling" in den Mythos der „jüdischen Weltverschwörung", indem er behauptete, der Feminismus sei eine jüdische Strategie im Kampf gegen die weiße Bevölkerung Amerikas. Dabei bezog er sich positiv auf den amerikanischen extrem rechten und antisemitischen Evolutionsbiologen Kevin MacDonald, der sich zum White Supremacy Movement bekennt.

Eine Überschneidung mit der „Manosphere" lässt sich auch für Gruppierungen selbsterklärter Incels (involuntary celibate, unfreiwillig zölibatär) feststellen.[2] In den 1990er Jahren zunächst als geschlechterunabhängige Selbsthilfezusammenschlüsse entstanden, bildeten sich in den folgenden Jahrzehnten rein männliche Gruppen aus, die ihre Männlichkeit in Abgrenzung zu „alpha" Männern definierten und misogynen Hass kultivierten. Auf Grundlage dieser Vorstellungen verübten Mitglieder dieser Subkultur Anschläge in den USA und Kanada. Der Incel-Attentäter Elliot Rodger tötete 2014 im kalifonischen Isla Vista sechs Menschen und verletzte 14 weitere, bis er sich nach einem Schusswechsel mit der Polizei selbst erschoss.[3] Zunächst plante er Mitglieder einer weiblichen Studierendenverbindung zu ermorden. Als er jedoch deren Gebäude nicht betreten konnte, lief er Amok. Während der Attentate veröffentlichte er ein „Manifest" und ein Video auf YouTube, in denen er seine Taten als „Vergeltung" für die sexuelle Abweisung von Frauen rechtfertigte. Innerhalb von Incel Communities auf reddit und 4Chan wurde Rodgers anschließend als Held gefeiert. Zu seinen Verehrern gehört auch Alek Minassian, der 2018 in Toronto mit einem Van gezielt zehn Menschen, davon acht Frauen, tötete und 16 verletzte. Auf seiner Facebookseite veröffentlichte er vor der Tat ein an das Imageboard 4Chan adressiertes ironisches Posting, in dem er sich positiv auf Elliot Rodger bezog und den Beginn der „Incell Rebellion" proklamierte. Auch während der Vernehmung durch die Polizei rechtfertigte Minassian seine Tat durch subkulturelle Codes und Memes seines adressierten Zielpublikums auf 4Chan. Das Southern Poverty Law Center, eine Bürgerrechtsorganisation in den USA, bezeichnet diese misogynen Gruppierungen und Subkulturen analog zum Begriff der White Supremacy als Male Supremacy. Beide werden durch Wut über und Angst vor Egalisierungsprozessen liberaler Gesellschaften angetrieben, die als Statusverluste weißer Männer wahrgenommen werden.


$1.25 - NYDailyNews.com

SPORTS FINAL

Afternoon shower, 78/60. Sunday, May 25, 2014

DAILY NEWS

NEW YORK'S HOMETOWN NEWSPAPER

Massacre in California college town

VIRGIN RAMPAGE

Killer Elliot Rodger

PAGES 4,5,6

- Student kills 6, wounds 13 in gun, stab spree
- Sick manifesto rages about 'sexless life'
- Family warned cops about loony videos

Elliot Rodger's wrecked luxury BMW marks end of gun battle in California college town Isla Vista.

Hardcore Gaming Subkulturen und #Gamergate

Ein weiterer Ursprung des Netzwerks liegt in bestimmten hardcore Gaming Subkulturen, die zunächst keinen unmittelbaren Zusammenhang mit rechtsextremen Akteuren, Organisationen und Strukturen aufwiesen. Bereits seit den 1980er Jahren wurde in der Popkultur ein Bild des weißen Nerds geprägt, der smart und witzig ist, aber von anderen Kräften unterdrückt wird. Dieses Bild verband MRAs, Incels und Gaming Subkulturen. Für die Handlungsebene des heutigen Netzwerks waren die Selbstermächtigungserfahrungen im Rahmen der misogynen #Gamergate Kampagne im Jahr 2014 von großer Bedeutung. Die Kampagne hatte zwei Ursprünge, die beide mit einem Computerspiel der Entwicklerin Zoë Quinn in Verbindung stehen. Sie hatte 2013 das Spiel „Depression Quest"



Screenshot von YouTube/N&F

Milo Yiannopoulos aus der Gamergate Bewegung, hier bei einem Besuch in Berlin zur AfD-Medienkonferenz im Mai 2019, wurde 2015 Leiter der „Breitbart Tech" Abteilung, um Breitbart zu „DER Plattform für die Alt-Right" zu machen.

veröffentlich, das mehr interaktive Geschichte denn ein „klassisches" Computerspiel ist. Dies hatte hardcore Gamer erzürnt, die dem Game seinen Charakter als Game absprachen, da es zu künstlerisch sei und darauf abzielen würde, das „unpolitische" Gaming zu politisieren. Ab Mitte August 2014 verbreitete dann ein Exfreund von Quinn mehrere intime Blogpostings, in denen er ihr vorwarf, ihn zum Vorteil ihrer Karriere sexuell betrogen zu haben. Auf Twitter, reddit und 4Chan organisierte sich anschließend ein heterogenes Netzwerk aus Individuen und Gruppen, das, um den eigenen misogynen Charakter zu maskieren, #Gamergate als Kampagne für „Ethik im Games-Journalismus" und gegen eine links-liberale Politisierung des Gamings startete. Gamergater nutzten ihre Masse, um Druck auf Unternehmen auszuüben, Diversity innerhalb von Games zurück zu drängen, und Frauen, die sich für emanzipatives Gaming einsetzen, mit Shitstorms zu überziehen und Vergewaltigungs- und Morddrohungen zu senden, um sie aus ihrem Beruf und aus der Online-Welt zu verdrängen. Ein Teil der misogynen hardcore Gaming Subkulturen hatte bereits seit 2012 Erfahrungen mit diesen Techniken sammeln können, als er die feministische Gamerin Anita Sarkeesian für ihre Kritik an der Darstellung von Frauen in Games terrorisierte. Die Belästigungen und Bedrohungen durch männliche Gamer steigerten sich im Frühjahr 2014 schließlich bis zu Bombendrohungen gegen Veranstalter des amerikanischen Game Developer's Chois Awards, die mit der Verleihung des Botschafterinnen-Preises an Sarkeesian begründet wurden. Sarkeesian wurde auch im Rahmen der Gamergate-Kampagne angegriffen, wie auch die Entwicklerinnen Quinn und Brianna Wu musste sie zeitweilig ihre Wohnung verlassen, da sie einer Vielzahl von Morddrohungen ausgesetzt und ihre Privatadressen von Gamergatern veröffentlicht worden war. Gegner*innen der Kampagne wurden darüber hinaus als „Social Justice Warriors" verspottet, ein Feindbild, dass anschlussfähig ist an den rechtsextremen und antisemitischen Verschwörungsmythos des „Kulturmarxismus". Sarkeesian selbst wurde in diesem Zusammenhang antisemitisch beleidigt.

Nach Angaben des Gamergaters James Desborough war die Kampagne durch die diskriminierende 4Chan Board-Kultur geprägt und radikalisierte sich schließlich so weit, dass sie sowohl von 4Chan als auch von reddit gebannt wurde. Eine neue Heimat fanden Gamergater anschließend auf 8Chan (heute 8kun).[4] Die Boards waren schon zuvor für eine Kultur berüchtigt, in der diskriminierender Humor auf Kosten von Minderheiten und Frauen, das bewusste Triggern von emanzipativen Personen und Organisationen und der massenhafte Psychoterror durch Shitstorms gegen eben jene als wesentlicher Bestandteil gilt. Die Abwertung von anderen, zu denen man auch schnell selbst gehören kann, verbindet die „Anons" dieser Chan-Subkultur miteinander. Wie auch für die Manosphere bildet Male Supremacy das Ticket für bestimmte hardcore Gaming und Chan-Board-Subkulturen.[5] Die in ihnen verbreitete männliche, weiße Opferidentität bot einen fruchtbaren Boden für extrem rechte Agitation. Gamergate, und strukturell gleiche Kampagnen wie etwa ComicsGate,

verdeutlichte die Macht eines locker organisierten, internationalen Online-Netzwerks gegenüber großen Unternehmen und vor allem Kritiker*innen. Es zeigte einen Weg, wie mit geringem Aufwand durch Einschüchterung Diskurshoheit errungen werden kann.

Einflüsse von rechts: Bannon, Breitbart und Milo

Die Verbindung von Gaming und extremer Rechter wuchs aber nicht nur organisch. Steve Bannon stieg 2007 in eine Firma ein, die eine sogenannte World of Warcraft Gold-Farm in China betrieb. Dort wurden virtuelle Gegenstände im Online-Game World of Warcraft erspielt und dann gegen echtes Geld an ein westliches Publikum weiterverkauft. Durch dieses Investment kam er in Kontakt mit Gamern, die er als „wurzellose, weiße Männchen" erkannte und denen er eine „Monsterpower" attestierte. Sie wären „klug, fokussiert, relativ wohlhabend und hochmotiviert in Fragen, die ihnen wichtig waren."[6] Und auch die Incel-Community sah er laut des ehemaligen Mitarbeiters Christopher Wylie von Cambridge Analytica, mit der Bannon die Präsidentschaftswahl 2016 in den USA durch gezielte Werbung zu Gunsten von Trump beeinflussen wollte, als geeignete Zielgruppe. Ihnen „fehlen ökonomische Chancen" und sie würden zu „verschwörerischem Denken" neigen. Um Zugang zu dieser Gruppe zu erhalten, stellte er 2014 den Provokateur Milo Yiannopoulos für seine journalistische Plattform Breitbart ein. Dieser hatte sich bis zu diesem Punkt jedoch stets nur abwertend über Gamer geäußert. So hatte er sie als „Traurige, die im Keller ihrer Eltern leben", bezeichnet und zudem eine Verbindung zwischen dem sexistischen Mörder Elliot Rodger und gewalttätigen Videospielen hergestellt. Mit Gaming im Fokus des „Kulturkrieges" änderte sich jedoch sein Auftreten zum Thema, beginnend mit einem Breitbart-Artikel aus dem Jahr 2014, in dem er „die gesamte [Gaming] Community" gegen „eine Armee soziopathischer feministischer Programmierer und Aktivisten" verteidigte. Bezeichnend für die Bewegung, in der die feministische Gamerin Anita Sarkeesian nicht als authentischer Teil der Community anerkannt wurde, etablierte sich Milo in dieser Zeit aufgrund seines Antifeminismus als eine der führenden Stimmen von Gamergate. In dieser Rolle wurde er 2015 der Leiter der neuen „Breitbart Tech" Abteilung. 2016 unterstützte er seinen Chef Bannon darin, Breitbart zu „DER Plattform für die Alt-Right" zu machen, indem er eines der Manifeste der Bewegung auf der Plattform mit einem Co-Autoren veröffentlichte.[7]

2017 veröffentlichte Buzzfeed News ihnen zugespielte E-Mails des dazugehörigen Mailverkehrs von Milo, die sich auf diesen Text beziehen.[8] Sie zeigen eindrucksvoll, wie der Text auf Grundlage seines Austauschs mit Neo-Nazis und white nationalists entsteht, um danach von Breitbart-Editoren für ein breites Publikum von zu offensichtlichem Rassismus bereinigt zu werden. Der Entwurf dieses Guides basierte dabei unter anderem auf Informationen, die er von Andrew „weev" Auernheimer, extrem rechter Hacktivist und Systemadministrator der Neonazi-Seite „The Daily Stormer", und Devin Saucier, einem der Editoren der white nationalist Online-Zeitschrift „American Renaissance", erhalten hatte. Ihr Input, etwa Informationen zum antisemitischen Podcast „The Daily Shoah", war Teil eines Paketes, das er, neben einem Link zur Wikipdiaseite des extrem rechten italienischen Philosophen Julius Evola, an seinen häufigen Ghostwriter Allum Bokhari mit der Aufforderung „arbeite von Allen einen Teil mit ein" schickte. Beide Rechtsextreme waren in den weiteren Korrekturschleifen mit einbezogen und gaben umfangreiches Feedback. Einer der Entwürfe des Textes seines Ghostwriters an Milo enthielt als Betreff „ALT RIGHT, MEIN FUHRER." Milos Editor empfahl ihm, im Text deutlicher klarzumachen, dass die alt-right Neonazis ablehne und kritisierte zwei von Milo der alt-right zugerechneten Magazine als „rassistisch". So abgeschwächt wurde der Text von Bannon abgenickt und publiziert. Der Artikel entwickelte sich zu einem der drei prägendsten Texte über die Alt-Right[9] und wurde in der New York Times, der Los Angeles Times, dem New Yorker, CNN und dem New York Magazine zitiert.

Bannons Versuch, eine der führenden Personen der Gamergate-Bewegung aufzubauen und über diese junge Gamer an Ideen und Publikationen der white nationalists heranzuführen, ist also als sehr erfolgreich zu bewerten.

Radikalisierung auf 8Chan

Diese jungen Männer, von Bannon von Gamergate zur alt-right gebracht, radikalisierten sich in Imageboards zunehmend weiter. Das von Breitbart verbreitete apokalyptische Weltbild einer angeblichen „Islamisierung" und eines „großen Austausches" wandelte sich hier in einen „white genocide", mit jüdischen Verschwörern als Verantwortlichen. In ihrer neuen Heimat 8Chan wurden im Gegensatz zu 4Chan auch explizite Gewaltaufrufe nicht moderiert. Als 2015 der white supremacist Dylann Roof in einer schwarzen Kirche neun Menschen ermordete und eine Person verletzte, war sich die Community noch sehr uneinig in der Bewertung. Ein Teil entwickelte einen Heldenkult um ihn, und auch heute ist die Verehrung seiner Person sehr präsent – wie etwa in einer Community, die sich nach seinem schalenförmigen Haarschnitt „Bowlgang" nennt. Es war jedoch durchaus sehr strittig, ob diese Gewalttaten der Szene nicht mehr schaden würden und „Mainstreaming", also argumentative Methoden, die Mitte der Gesellschaft zu überzeugen, zu bevorzugen wären.

Als Wendepunkt in der Debatte ist der Anschlag von Robert Bowers auf die Tree-of-Life-Synagoge im Oktober 2018 in Pittsburgh zu sehen. In dem bisher gravierendsten einzelnen antisemitischen Gewaltakt gegen Juden in der Geschichte der Vereinigten Staaten tötete er elf Menschen und verletzte sechs weitere.

In seinem letzten Beitrag auf der von Nazis beliebten Alternative zu Twitter „gab" nahm er Bezug auf diese Debatte, als er schrieb: „screw the optics, I'm going in" (Scheiß auf die schlechte Presse, ich ziehe jetzt los). Das Klima auf der Plattform hatte sich geändert, der taktische Widerspruch gegen Gewalttaten war neben der Verherrlichung des Täters in den Hintergrund getreten.[10]

Fünf Monate später tötete Brenton Tarrant in Christchurch, Neuseeland in zwei Moscheen 51 Menschen und verletzte 41 weitere. Zuvor hatte er auf 8Chan ein

„Manifest" und einen Link zu seinem Facebookprofil verbreitet, über das er seine Morde live streamte. Mit dieser Vorgehensweise schuf er die Formel für ihn nachahmende Täter. Nur einen Monat später versuchte ein 19-Jähriger in Poway, Kalifornien eine Synagoge mit einem halbautomatischen Gewehr zu stürmen und tötete dabei eine Person und verletzte drei weitere. Der Tat ging ein „Manifest" auf 8Chan voraus. Der versuchte Facebook-Livestream scheiterte nur an den falschen Privatsphäreeinstellungen des Attentäters, die verhinderten, dass das Video für andere sichtbar war. In seinem „Manifest" nennt er Tarrant und Bowers als Inspiration.

Drei weitere Monate später im August tötete ein 21-Jähriger in El Paso, Texas 22 Menschen und verletzte 24 weitere. Auch er postete zuvor ein „Manifest" auf 8Chan, in dem er den Massenmord in Christchurch und die Verschwörungstheorie des „großen Austausches" als Motivation für seine Tat nennt. Nur eine Woche später stürmte ein 21-Jähriger in Oslo mit zwei Schrotflinten und einer Pistole bewaffnet eine Moschee. Ein 65-Jähriger überrumpelte ihn jedoch, bevor es zu Toten kommen konnte. Bevor er sich auf dem Weg zur Moschee machte, hat er seine Stiefschwester in ihrem Zuhause erschossen. Vor dem Anschlag postete er auf dem Imageboard Endchan, er wäre „von dem Heiligen Tarrant erwählt" und sein Ziel wäre „bump the race war thread irl", also den „Rassenkrieg" in der offline Welt voranzutreiben. Auf 8Chan erschien der Post nicht, da die Plattform nach El Paso ihren Schutz durch Cloudflare vor online Angriffen verloren hatte und deshalb zu diesem Zeitpunkt nicht mehr online war. Auch er versuchte die Tat mittels Facebook-Livestream zu übertragen, dieser wurde jedoch schon vor seinem versuchten Anschlag offline genommen.

Zwei Monate später, am 9. Oktober, versuchte Stephan Balliet die Synagoge in Halle zu stürmen, scheiterte jedoch an der Holztür. Im weiteren Verlauf tötete er eine zufällig vorbeilaufende Passantin und einen Kunden in einem nahegelegenen Dönerladen, auf dem Weg verletzte er zwei weitere Personen. Seine „Manifeste" und den Link zu dem Livestream der Tat, über die hauptsächlich von Gamern benutzte Livestreamplattform Twitch, postete er drei Minuten vorher auf dem bisher wenig bekannten Anime-Imageboard „Meguca", dessen Beiträge sich jedoch ideologisch nicht von 8Chan unterscheiden. Seine Wahl der Tatwaffen steht exemplarisch für einen Diskurs, den die nachfolgenden Täter seit Tarrant in ihren „Manifesten" führen. So begründete der Attentäter von El Paso in seinem „Manifest" seine Tat etwa damit, dass er es als seine Pflicht sehe in den USA zu handeln, denn obwohl Europa ähnlich angegriffen werde, hätten dort „die Menschen nicht die Waffenrechte, die nötig sind, um die Millionen von Invasoren, die ihr Land plagen, abzuwehren". Als Antwort druckte der Täter von Halle seine Waffenteile mit einem 3D-Drucker, der für 150 Euro zu kaufen ist. Auf Meguca teilte er die Designs seiner Waffen und merkte an, das Besondere an seinen wäre, „er würde sie live testen". Dasd sein Terroranschlag nicht zu mehr Toten geführt hatte, ist wohl auch durch das fehlerhafte Design seiner Waffen zu erklären, auch er selbst erklärt seine Waffen im Livestream als gescheitert.

Die plötzliche Explosion dieser Gewalttaten ist anschaulich durch die Popularität eines weiteren aus der Incel-Community entnommenen Memes zu erklären, die Black pill. Steht die Black pill unter Incels für die Erkenntnis, dass sie nie eine Partnerin finden würden, bedeutet es für Rechtsextreme, dass der große Austausch nicht mehr durch politische Lösungen zu verhindern sei.

Um den „white genocide" zu verhindern, sei es notwendig durch Terrorakte einen Bürgerkrieg loszutreten.

Accelerationism

Unter diesen Bedingungen erfreut sich eine alte Ideologie neuer Beliebtheit: Accelerationism.

Diese ist nicht eine dem Rechtsextremismus alleinige Idee, als linke Interpretation ist es die Vorstellung, wenn der Kapitalismus eh in einen inhärenten Crash enden muss, warum diesen nicht durch einen Turbo-Kapitalismus früher herbeiführen.

Für Rechtsextreme baut Accelerationism auf dem Gedanken auf, dass westliche Regierungen irreparabel korrupt seien und das Beste was sie tun können, ist, ihren Untergang zu beschleunigen, indem sie Chaos säen und politische Spannungen aufbauen. Sie lehnen es ab, politische Macht durch Wahlen zu erringen. Ihre bevorzugten Taktiken sind gewalttätige Angriffe auf ethnische Minderheiten und Juden, um einen „Rassenkrieg" zu starten. Der Einsatz von Schusswaffen wird dabei bewusst gewählt, um mittels der Debatte um Waffenkontrollen weiter zu radikalisieren. Für sie sind die alt-right Feiglinge, die die Sache nicht selbst in die Hand nehmen wollen.

Wie die Neoreaktionären sehen sie die liberaldemokratische Grundordnung als Fehler. Für sie ist die erstrebenswerte Zukunft jedoch kein kapitalistischer Autoritarismus, sondern der totale Zusammenbruch einer von ihnen als degeneriert und korrupt wahrgenommenen westlichen Gesellschaft – und die Wiedergeburt einer neuen politischen Ordnung, ausgerichtet auf white supremacy.

TERRORWAVE REFINED
3.202 members
Pinned message
Video, THE ATOMWAFFEN DIVISION - FISSION (HQ)
TERRORWAVE REFINED October 27
For any of you who are new: the black pill is the action pill
1549 05:5

Screenshot

Für Rechtsextreme bedeutet „black pill", dass der „Große Austausch" nicht mehr durch politische Lösungen zu verhindern sei. Um den "white genocide" zu verhindern, sei es notwendig durch Terrorakte einen Bürgerkrieg loszutreten.

Screenshot Meguca board

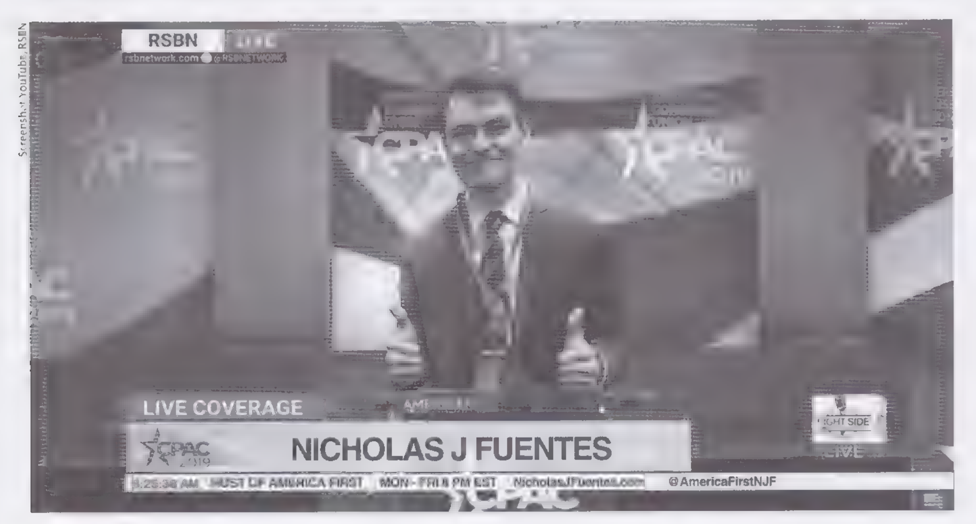
Anonymous 10 Oct 2019 (Thu) 02:08:03 No.7089718

>>7089707
Our kind of autism though. Again, its stressed that Jew hives are harder targets than you think.
If gucae want a firsthand demonstration of this, look up a popular synagogue near you(in a real city, not a one horse town), and see how difficult it is to access during a big Jew holiday.

>>7089723
Cliche, but its the thought that counts. There will be failures in acceleration, its not possible for every attack to be even double digit kills.
I know you or I could have done better, but thats the point at this stage. He went for it. As gay as it sounds I'll honor his memory because even though he was a dumb weeb(Im pretty anti 2d but haven't sperged about it because of recent events here), but he tried.

>>7089730
Breaching and gaining access should be a part of anon's training. Theres a very good manual about it put out by ZOG fire departments that tells how to get into any damn door or building with force, without breaching charges and the like.
I'll try to find it and post if theres interest but Im a bit busy now.

>>7089730 >>7089766



Screenshot YouTube, RSBN

Oben: Beitrag im Thread des Halle Attentäters auf Meguca

Unten: Der alt-right Alumni Nicholas Fuentes reklamiert aktuell den wahren Charakter von MAGA für sich.

Ihre Hauptinspiration dafür, wie genau der Prozess der Beschleunigung vorangetrieben werden solle, stammte vom Neonazi-Schriftsteller James Mason und seinem in den 1980ern veröffentlichten Newsletter „Siege". Die rechtsterroristische Gruppe Atomwaffen Division hat dem Text neue Beliebtheit verschafft und sein Werk als Buch neu aufgelegt.

Für eine breitere Bekanntheit des Accelerationism der rechtsextremen Szene hat jedoch erst Tarrant gesorgt. In seinem „Manifest" erklärt er unter der Unterüberschrift „Destabilization and Accelerationism: tactics for victory", warum er sich für seinen Anschlag entschieden hat: „Um den Pendelbewegungen der Geschichte Schwung zu verleihen, die westliche Gesellschaft weiter zu destabilisieren und zu polarisieren, um schließlich den gegenwärtigen nihilistischen, hedonistischen, individualistischen Wahnsinn zu zerstören, der die Kontrolle über das westliche Denken übernommen hat", denn „Die Veränderung, die wir bewirken müssen, entsteht nur im großen Schmelztiegel der Krise."

Auch im Manifest des Attentäters von Poway sind Elemente des Accelerationism zu finden: „Ich habe eine Waffe aus demselben Grund benutzt wie Brenton Tarrant." „Das Ziel ist, dass die US-Regierung Waffen beschlagnahmt. Die Menschen werden ihr Recht verteidigen, eine Schusswaffe zu besitzen – der Bürgerkrieg hat gerade erst begonnen." Der Anschlag in Halle wurde im Meguca Imageboard ebenfalls als erfolgreicher weiterer Schritt für Accelerationism gefeiert.

Von Gamergate über die alt-right zu Accelerationism hat sich das auf junge Männer ausgerichtete rechtsextreme Onlineangebot stark geändert. Dabei ist die Radikalisierung dieser jungen Männer stets fortschreitend und auch wenn es Versuche gab, den Online-Mob zu instrumentalisieren und in bestimmte Richtungen zu lenken, beweist er sich doch als unkontrollierbar. Dies zeigen etwa aktuelle Entwicklungen um den alt-right Alumni Nicholas Fuentes, der derzeit ein Aufbegehren gegen eine Anpassung an klassische konservative Kräfte organisiert und den wahren Charakter von „Make America Great Again" für sich reklamiert. Dies führte soweit, dass seine Anhänger selbst Donald Trumps Sohn, Donald Trump Jr., auf seiner Buchtour von der Bühne buhten. •

1 Der Begriff ist eine popkulturelle Referenz auf den Film Matrix, in welchem dem Protagonisten von einer Widerstandsgruppe das Angebot gemacht wird, entweder eine rote Pille zu nehmen, um die wahren Machte sehen zu konnen, die seine Welt beherrschen, oder eine blaue, die ihn das Aufklärungsangebot vergessen macht. Nicht zufällig eignet sich Matrix für MRA-Projektionen, das „redpilling" transformiert den weißen Beta Nerd zum Alpha Mann samt Machtressourcen und Sexualpartnerin. **2** Vgl. Ging, Debbie, Alphas, Betas, and Incels: Theorizing the Masculinities of the Manosphere, in: Men and Masculinities 19 (2017); Veronika Kracher, Die Incel-Szene und der Rechtsterrorismus, in: Antifaschistisches Infoblatt 124 (2019). **3** Rodger war nicht der erste misogyne Attentater. Er ist jedoch innerhalb der beobachteten Gruppierungen ein dominantes Beispiel. Vgl. Alex DiBranco, „The Incel Rebellion". Movement Misogyny Delivers Another Massacre, in: The Public Eye 1 (2018). **4** Vgl. James Desborough, Inside Gamergate. A social history of the gamer revolt 2017, 10. **5** An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass nicht alle MRAs, hardcore Gaming und Chan-Subkulturen diese Positionen vertreten. **6** Vgl. Jake Swearingen, Steve Bannon Saw the 'Monster Power' of Angry Gamers While Farming Gold in World of Warcraft, in: New York Magazine, vom 18.07.2017 **7** Vgl. Bokhari, Allum/Yiannopoulos, Milo, An Establishment Conservative's Guide To The Alt-Right in: Breitbart, vom 29.03. 2016. **8** Vgl. Bernstein, Joseph, Here's How Breitbart And Milo Smuggled White Nationalism Into The Mainstream, in: BuzzFeed, vom 05. 10. 2017. **9** Die anderen beiden sind Colin Liddells, A Normie's Guide to the Alt-Right, in: Alternative Right, vom 25.08.2016, und der offen antisemitische, rasistische und rechtsextreme Guide des Neonazis und Begründers des Daily Stormers Andrew Anglin, A Normie's Guide to the Alt-Right, in: The Daily Stormer, vom 31.08.2016. **10** Vgl. Zack Beauchamp, Accelerationism: the obscure idea inspiring white supremacist killers around the world, in: Vox, vom 18.11.2019.

TITEL

Die visuelle Kultur des (neuen) Rechtsterrorismus

LISA BOGERTS UND MAIK FIELITZ

Seit 2018 nahm mit den Anschlägen von Pittsburgh, Christchurch, Poway, El Paso, Bærum und Halle eine neue Form des Rechtsterrorismus an Fahrt auf, dessen Modus Operandi aus drei untrennbar miteinander verbundenen Akten besteht: Erstens, ein rassistisches Schriftstück auf einem Imageboard posten, das rechtsextreme Inhalte in nihilistischen Memes verpackt. Zweitens, eine Zielgruppe mit Waffengewalt angreifen, dabei möglichst viele Menschen töten und die Tat live im Internet streamen. Drittens, zur Imitation aufrufen, indem alle Informationen zur Tat leicht zugänglich gemacht werden, damit eine breite Öffentlichkeit (aus Sympathie oder Sensationslust) Videosequenzen und Bilder der Tat reproduziert und das Werk der Täter veredelt.

Diese Form des rechten Terrors wurde lange nicht in seiner Rationalität und seiner globalen Verbreitung verstanden. Während Politik und Medien die Täter einerseits als wahnsinnige Einzeltäter pathologisierten, verliefen andererseits Recherchen über die Täter in klassischen rechtsterroristischen Netzwerken als ergebnis- und erfolglos. Die Tatverläufe und Schriftstücke deuten darauf hin, dass die Täter Teil einer (imaginären) digitalen Gemeinschaft waren, die sich anonym über einschlägige Foren wie 4Chan und 8Chan austauschte und sich gegenseitig in ihrem Menschenhass anspornte. Die gezielte Unterwanderung durch gewaltbereite Neonazis trug dazu bei, dass sich besonders junge Menschen über den massenhaften Konsum von memetisch aufgeladenen neonazistischen Botschaften radikalisierten. In diesem Sinne bildete sich eine digitale Subkultur heraus, die nicht unbedingt politisch organisiert ist. Sie bringt jedoch Menschen hervor, die in den „führerlosen Widerstand" treten – ein Szenario, wie es sich US-amerikanische Neonazis bereits seit den 1980er Jahren ausgemalt hatten.

Im deutschen Kontext versuchten Politiker*innen die rechtsterroristische Tat mit der Gaming-Community in Verbindung zu bringen: eine schon fast reflexartige Reaktion auf Anschläge und Amokläufe, die nicht-islamistischer Herkunft sind. Was damit aus dem Blick geriet, war wie der Rechtsterrorismus im digitalen Zeitalten Elemente von Trolling-, Meme-, Gaming- und/oder Anime-Kulturen nutzt, um seine Taten anschlussfähig zu machen und zur Imitation anzustiften.[1]

Somit entwickelte sich eine eigene visuelle Kultur, die eklektisch, spielerisch und popkulturell aufgeladen ist und sich stark von der klassischen rechtsextremen Bildsprache und -nutzung abhebt. Sie pendelt zwischen infantilem Humor, neonazistischen Anspielungen und eklatanter Menschenverachtung. Was haben selbstgemachte, „humorvolle" digitale Bildchen also mit globalen, opferreichen Terrorakten zu tun?

Das Meme als Weltbild – Visuelle Mobilisierung im Netz

Um sich dieser Frage zu nähern, muss man sich mit den strategischen Elementen der visuellen Kultur des digital mediatisierten Rechtsterrorismus auseinandersetzen. Der Begriff „visuelle Kultur" bezeichnet, was, wie, von wem und für wen sichtbar (oder unsichtbar) gemacht wird – von der Produktion über die Zirkulation bis zur Rezeption von Bildern. Dabei ist wichtig, dass jede Art von Bildern politisch sein kann; auch und gerade popkulturelle und Alltagsbilder, die nicht unbedingt politisch daherkommen. (Audio)Visuelle Elemente sind mit der zunehmenden Verlagerung unserer Alltagskommunikation in digitale Sphären zu zentralen Ausdrucksmitteln geworden. Emojis, GIFs, Snaps oder Insta-Stories werden heute nicht nur zur Selbstdarstellung und Unterhaltung eingesetzt, sondern auch zur politischen Mobilisierung. Ästhetische Mittel können politische Inhalte „sinnlich" – also durch Sehen und Hören – erfahrbar machen und bieten dadurch nicht nur einen kognitiven, sondern auch einen affektiven Zugang. Bilder wirken schneller als Text, was in der immer kürzer werdenden Aufmerksamkeitsspanne unserer Alltagskommunikation ein entscheidender Vorteil ist. Außerdem sind visuelle Zeichen semiotisch offener und somit mehrdeutiger, weil sie eher assoziativ wirken und weniger argumentativ als rein textbasierte Kommunikation[2] – ein weite-



Fashwave- Memes dienen der politischen Mobilisierung

rer Vorteil für die extreme Rechte, die oft bewusst auf der Schwelle zum Strafbaren agiert, von Volksverhetzung über Holocaust-Leugnung bis zum offenen Aufruf zu Gewalt. So wird strategisch mit Ironie und Humor gearbeitet, um sich absichern zu können, wenn die Dinge aus dem Ruder laufen.[3]

Eine populäre Form der kreativen digitalen Kommunikation sind Memes. Memes sind kleine „kulturelle Sinneinheiten", die sich durch Kopieren oder Kombination mit anderen Einheiten weiterentwickeln und viral verbreiten.[4] Im digitalen Kontext haben wir es meist mit Bild-Text-Kombinationen, Videos oder GIFs zu tun, die potenziell jeden Menschen durch das Teilen und Weiterentwickeln zum Teil dieser partizipativen Kultur werden lassen – auch wenn er/sie* nicht Teil einer organisierten politischen Gruppe ist. Memes kombinieren verschiedenste Ideen und Stile, Bildfragmente und Texte miteinander. Durch das Recyclen von Symbolen aus der Pop-, Gamer- und Jugendkultur sowie die Verbreitung in personalisierten sozialen Netzwerken schaffen sie persönliche Anknüpfungspunkte und Identifikationsangebote für ein breites und diverses Publikum. Das Kreieren und Teilen von Memes, als Ritual einer imaginären Gemeinschaft mit gemeinsamen Symbolen, kann ein Gruppengefühl schaffen. So prägen scheinbar humorvolle und harmlose Alltagsbildchen politische Weltbilder und Meinungsbildung im kulturellen, vorpolitischen Raum; jenseits von großen Worten und komplexen politischen Manifesten.

Es ist die Kunst des Memes, vielschichtige Narrative in einem simplen Bild mit Textbausteinen zusammenfassen zu können. Komplexe Inhalte können so auf leicht verständliche, catchy Botschaften für eine breite Masse kondensiert werden. In einer Zeit, in der Memes zum universellen Kommunikationsmittel geworden sind, haben rechtsextreme Gruppen dieses populistische Potenzial zur Politisierung erkannt. Sie stecken viel Zeit und Energie in die Memeproduktion, verbreiten ihre Ideologie mal mehr, mal weniger offen und handeln ganz nach der Devise: Wenn das Meme gut ist, kann der Inhalt nicht schlecht sein.

Somit ging die extreme Rechte den Kampf um die Bilder zunehmend strategisch an. Die US-amerikanische Alt-Right leistete auf diesem Gebiet Pionierarbeit. Sie etablierte eine Kulturpolitik, die Weiße Überlegenheitsvorstellungen mit digitalen Meme-, Spiele- und Hacker-Kulturen so verband, dass einer faschistischen Ideologie im digitalen Zeitalter, im wahrsten Sinne des Wortes, ein neuer Look bzw. ein neues Image verpasst wurde und sich damit besonders die junge Generation von den Inhalten angesprochen fühlte. Zentraler Ansatzpunkt dieser Form der Politik war es – laut ihrer Gallionsfigur Richard Spencer – eine Bewusstseinsveränderung dazu herbeizuführen, „wie Menschen die Welt und sich selbst sehen."[5] Diese Form der Metapolitik geriert sich als gegenkulturelle Bewegung „von unten". Ähnlich versuchten auch deutsche Gruppierungen wie Reconquista Germanica über die strategische Verbreitung ihrer bildbasierten Nachrichten Einfluss auf öffentliche Debatten zu gewinnen. Dabei ist die Flutung des Inter-

nets mit möglichst absurden Inhalten – oft auch Shitposting genannt – ein Erfolgsrezept im rechten „Meme-Krieg".[6]

Viele Memes und andere digitale Bildprodukte drücken gewaltsame Phantasien aus und illustrieren gängige rechtsextreme Narrative. Transnationale Imageboards von 4Chan und 8Chan drifteten so sehr nach rechts, dass sich Hassbotschaften fast ausschließlich an marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft richteten und sich zunehmend auch in Gewalttaten ausdrückten. Durch die dauerhafte Produktion und Zirkulation rechtsextremen und gewaltverherrlichenden Bildmaterials lässt sich nachvollziehen, wie bei den Konsument*innen ein Prozess der Abstumpfung einsetzt, der die Einstellung zu gewalttätigen Inhalten desensibilisiert und schließlich einen Gewöhnungseffekt hervorruft.[7] Diese Gewöhnung an Gewaltszenarien steckt tief in der akzelerationistischen Absicht, auf einen Tag der Abrechnung hinzuarbeiten oder mit Massakern (sogenannten „Boogaloos"[8]) einen „Rassenkrieg" auszulösen.

Die Meme-Manifeste der Rechtsterroristen

Der sogenannte Akzelerationismus ist zu einem rechtsterroristischen Kernkonzept avanciert. Mit möglichst viel Gewalt soll das politische System ins Wanken gebracht und einer „Weißen Revolution" der Weg geebnet werden. Über das Auslösen einer Welle von Massakern („Terrorwave") wurde besonders nach dem Attentat von Christchurch debattiert. Der australische Massenmörder Brenton Tarrant schrieb in seinem „Manifest", dass er die Dinge „nur ein bisschen beschleunigt habe." Wie zu einer weiteren Beschleunigung beigetragen werden könne, wurde in seinem Post auf dem Board 8Chan deutlich: „Kreiert Memes" war seine zentrale Botschaft, bevor er 51 Menschen ermordete. Und in der Tat reagierte die 8Chan Community mit einer Fülle an gewaltverherrlichenden Bildern, die die Opfer ein weiteres Mal verhöhnten und den Attentäter als Heiligen feierten. Allein die rund 1,5 Millionen Versuche, das Live-Video in den ersten 24 Stunden nach dem Anschlag hochzuladen, zeigen, wie sehr Rechtsterroristen die Verbreitungslogiken sozialer Medien verstanden haben. Die memetische Aufladung des Anschlags sowie seiner Aufarbeitung hatten dabei nur eins zum Ziel: die Tat selbst zum Meme zu machen.[9]

Es dauerte nicht lange, bis ein Tarrant-Verehrer im kalifornischen Poway nach gleichem Muster (Posten, Streamen, Schießen, Memen) auf betende Jüdinnen und Juden schoss und eine Person ermordete. In seinem auf 8Chan hinterlassenen Brief identifizierte er sich – wie der Attentäter von Halle – als „Anon", also als anonymer User von bildbasierten Foren, und rief mit seinem Brief zu weiterer Gewalt auf: „Ihr werdet immer wieder angreifen, immer und immer wieder, bis wir entweder gewinnen oder wir sterben. Ich weiß, dass ihr das tun werdet, weil ihr wahre Anons seid. Ihr seid Weiße Männer." Reflektierend schreibt der Täter John Earnest, wie er ein halbes Jahr zuvor von sich selbst überrascht gewesen wäre, solch eine Tat zu begehen. Ein weiterer Anschlag in Pittsburgh im Oktober 2018 habe ihn allerdings so begeistert, dass er den Attentäter gegen das schlechte Feedback aus der 4Chan und 8Chan Online-Community mit verehrenden Memes verteidigen wolle.

Auch wenn solche Aussagen mit Vorsicht zu genießen sind, zeigen sie doch, welche Bedeutung die Erstellung der Memes in der Vor- und Nachbereitung von rechtsterroristischen Taten hat. Die Vermischung von Nazi-Symbolen mit den Ausdrucksweisen digitaler Kulturen zielt auf die Normalisierung von Faschismus und Gewalt ab. Die Bildsprache war daher von Beginn an darauf getrimmt, im Kampf um Aufmerksamkeit ein möglichst breites Publikum anzusprechen.

Fashwave: Von „Retro-Nazis" zur „Art-Right"

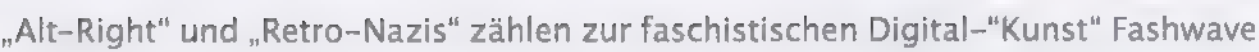
Allerdings sind 4Chan und 8Chan nicht die einzigen Orte der kulturellen Produktion von Inhalten, die Rechtsterrorismus befeuern. Im digitalen Kosmos der Alt-Right haben sich jüngst ganz eigene Dynamiken aufgetan, die faschistische Digital-„Kunst" als politische Waffe für den Umsturz in Stellung zu bringen. Fashwave heißt das aus verschiedenen Versatzstücken digitaler Retrokulturen zusammengesetzte Genre, das inzwischen ganz eigene „Künstler" hervorgebracht hat, die den Faschismus wieder ästhetisch anspruchsvoll machen wollen. Die sich lang über Discord austauschende Community zog sich (wie viele andere rechtsextreme Gruppen) auf das weniger restriktive Telegram zurück. Ende November 2019 hatte der zentrale Telegram-Fashwave-Kanal mehr als 1.600 Follower und 169 interne Mitglieder, die sich täglich über Tipps und Tricks der Fashwave-Produktion austauschen. Durch geteilte Gimp-Tutorials[10] und Links zu Meme-Kreatoren sind die ästhetischen Regeln zur Erstellung von eigenen Fashwave-Memes schnell erlernbar.

Fashwave ist ursprünglich eine Musikrichtung, deren düstere Synthwave-Beats nach Ansicht des US-amerikanischen Neonazis Andrew Anglin die „Weißeste Musik aller Zeiten" und somit der ideale Soundtrack für die Alt-Right sind.[11] Gepaart sind die faschistischen Musikstücke, die zumeist über YouTube geteilt werden, mit einer deutlichen NS-Symbolik, die in einer Vaporwave-Ästhetik[12] einen modernen Anstrich erhalten. Während sich im Vaporwave Neonfarben, 3D-Computergrafik und japanische Schriftzeichen mit VHS-Features, Anime-Figuren und Windows-95-Symbolen paaren, versucht Fashwave dieselben Elemente mit Nazi-Kitsch zu einer ästhetischen Einheit zu verbinden.

Wenn man die im Telegram-Kanal geteilten Bilder genauer analysiert, fallen Gemeinsamkeiten auf, die gängige Mobilisierungs- und Überzeugungsstrategien dieser visuellen Kultur sichtbar machen. Humor und Ironie treffen hier auf den großen Pathos rassistischer Allmachtsfantasien. Unter Slogans wie „Appearances change, tradition does not" werden historische Helden-Fotos von Adolf Hitler und Wehrmachtssoldaten mithilfe von Hologram- und Glitch-Effekten[13] sowie Neon-Farben „modernisiert" und für die Gegenwart anschlussfähig gemacht. Sich selbst als Retrofuturisten verstehend, die die Zukunft der Weißen „Rasse" in der faschistischen Vergangenheit sehen, wird die Verherrlichung von Tradition auch durch germanische Runen und Symbole wie die Swastika und das Sonnenrad visualisiert, unterstrichen durch Slogans wie „Take back the future" oder






„Alt-Right" und „Retro-Nazis" zählen zur faschistischen Digital-"Kunst" Fashwave

„Future is Fash". Offensichtlich ist auch die Rechtfertigung der gewaltsamen Verteidigung des „Abendlandes" durch christliche Bezüge, dargestellt durch (Kreuz-)Ritter mit Schwertern sowie Engels-, Jesus- und Marienbilder („Since God has commanded it, I must do it"). Verteidigt wird in den Fashwave-Memes auch die - natürlich stets blonde - traditionelle, heteronormative Familie mit einem starken männlichen Oberhaupt, das die Erhaltung der eigenen „Rasse" garantiert und somit die eigenen Vorfahren ehrt.

Die Bilder werden gerahmt von klassischen Neonaziparolen wie David Lanes „14 Words". Ein häufiges Motiv von Fashwave-Memes sind daher auch weiße Marmorstatuen, die ebenso wie die NS-Ästhetik an das antike Ideal anschließen und die makellosen und muskulösen Körper der „arischen Rasse" glorifizieren.

Um zu verstehen, wie solche Memes die Brücke von digitaler Fantasie zu realweltlichen Terrorakten schlagen, muss man sowohl direkte als auch subtile visuelle Strategien zur Mobilisierung von „Einzeltätern" lesen können: Oft sind die heldenhaften, Weißen - meist männlichen - Protagonisten der Memes als einsame, schwer bewaffnete Einzelkämpfer dargestellt, dem Horizont (gern auch mit aufgehendem Sonnenrad) zugewandt und unterstrichen mit Textbotschaften wie „Rise up!" - oder gar unmissverständlichen Aufforderungen wie „Kill the traitors" und „I will show you what real terror looks like". Oft werden Gewaltaufrufe aus der Perspektive eines Gamers („History is made offline") mit popkulturellen Elementen wie etwa Marvels „Joker" vermischt. Dass diese Memes mehr als nur „Kunst" sind, diskutieren die Mitglieder im Privatchat: „Dies ein Gruppenchat, in dem wir Fashwave über das Töten von Menschen und Rassenkriege veröffentlichen". Ein anderer beschreibt eine „natürliche Entwicklung" von Fashwave zu „Terrorwave". Die Feierstimmung nach rechtsextremen Terrorakten führt schnell zu einer Welle von Bildern, die sich dann über verschiedene Plattformen verbreiten und sogar mit einer einfachen Hashtagsuche auf Instagram zu finden sind.

Fazit

Digitale Bilder wie Memes haben sich zu einem zentralen Propagandamittel des rechten Terrors in einer digitalisierten Gesellschaft entwickelt. Während sie einerseits organisch in verschiedenen Online-Communities entstehen, werden sie andererseits gezielt produziert, um Fragmente neonazistischer Ideologie durch die Filter digitaler Hasskultur einem ganz neuen Publikum zugänglich zu machen. Dies fordert unser Verständnis von rechtem Terror heraus. Die digitalen Hasskulturen, aus denen er entsteht, machen eine Unterscheidung zwischen organisiertem Handeln und individueller Provokation sowie zwischen Spaß und Ernst zunehmend unmöglich. Die visuellen Mobilisierungs- und Überzeugungsstrategien tragen stark dazu bei: Sie funktionieren oft unbewusst, weil wir „Sehen" nicht bewusst gelernt haben, sondern als selbstverständlich voraussetzen. Sie systematisch zu analysieren hilft uns aber zu verstehen, wie diese Radikalisierung, Faszination und Identifikation überhaupt funktionieren kann. •

1 Albrecht, Stephen; Fielitz, Maik (2019): Rechtsterrorismus im digitalen Zeitalter. In: Wissen Schafft Demokratie **2** Bogerts, Lisa (2015): Bilder und Emotionen in der Sozialen Bewegungsforschung. In: Karl-Rudolf Korte (Hg.), Emotionen und Politik, Veroffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Band 32, Baden-Baden, S. 225-246. **3** Fielitz, Maik (Im Erscheinen): Ironie bis es ernst wird. Humor, digitale Kulturen und rechte Affektpolitik. In: Lars Koch und Konig Tim (Hg.): Populismus als (politische) Performanz. Mediale Erscheinungs-weisen, ästhetische Praxis und Adressierungsstrategien. Frankfurt am Main: Campus Verlag. **4** Shifman, Limor (2014): Memes in digital culture. Cambridge: The MIT Press, S. 2. **5** Turner, Fred (2019): Machine Politics. The rise of the internet and a new age of authoritarianism. Online: https://harpers.org/archive/2019/01/machine-politics-facebook-political-polarization **6** Bogerts, Lisa; Fielitz, Maik (2019) Do You Want Meme War?". Under ‚tanding the Visual Memes of the German Far Right n: Maik Fielitz und Nick Thurston (Hg.). Post-digital cultures of the far right. Online actions and Offline Consequences in Eur pe and the US. Bielefeld. transcript (Political science, 71), S. 137-153. **7** Munn, Luke (2019): Algorithmic Hate. Brenton Tarrant and the Dark Social Web. Hg. v. Institute for Network Cultu es. Online: http://networkcultures.org/blog/2019/03/19/luke-munn-algorithmic-hate-brenton-tarrant-and-the-dark-social-web **8** ADL (2019): The Boogaloo: Extremists' New Slang Term for A Coming Civil War. Online. www.adl.org/blog/the-boogaloo-extremists-new-slang-term-for-a-coming-civil-war **9** Fielitz, Maik. Christchurch als bitterböses Meme. Online: www.freitag.de/autoren/der-freitag/christchurch-als-bitterboeses-meme **10** Gimp ist als kostenlose Alternative zu Adobe Photoshop ein Programm zur Bildbearbeitung. **11** Bullock, Penn; Kerry, Eli (2017): Wie Faschisten versuchen, sich durch „Trumpwave" und „Fashwave" elektronische Musik anzueignen. Online: www.vice.com/de/article/mgwk7b/trumpwave-und-fashwave. **12** Vaporwave ist eine Musik- und Kunstbewegung, die in den frühen 2010er Jahren als Internet-Phanomen der Netzkultur entsprang und bis heute in Teilen eine große Nähe zur dortigen Memekultur aufweist. Musik-asthetisch lasst sich das Genre in seinen Ursprungen auf eine Retrokultur und Faszination durch die 1970er bis 1990er, insbesondere der 1980er, und teilweise auch der frühen 2000er Jahre zuruckführen. **13** Glitch Effekt Moderner Bildstörungslook bestehend aus Pixelfehlern, neben dem typischen Rauschen im Bild zählen verschobene Bildbereiche zu den Merkmalen dieses Looks

TITEL

Wenn wir uns mit dem Attentat von Halle beschäftigen, kommen wir nicht umhin, uns mit dem Online-Umfeld des Täters zu befassen: sogenannte „chan"-Boards. Es handelt sich um Imageboards, in denen keine Registrierung nötig ist, um Inhalte zu posten, und in denen auch keine Form von Moderation herrscht. In den letzten Jahren haben sich Imageboards zunehmend zu einem Ort entwickelt, an dem sich junge Männer nach rechts radikalisieren.

„Hab' dich nicht so, du Normie"

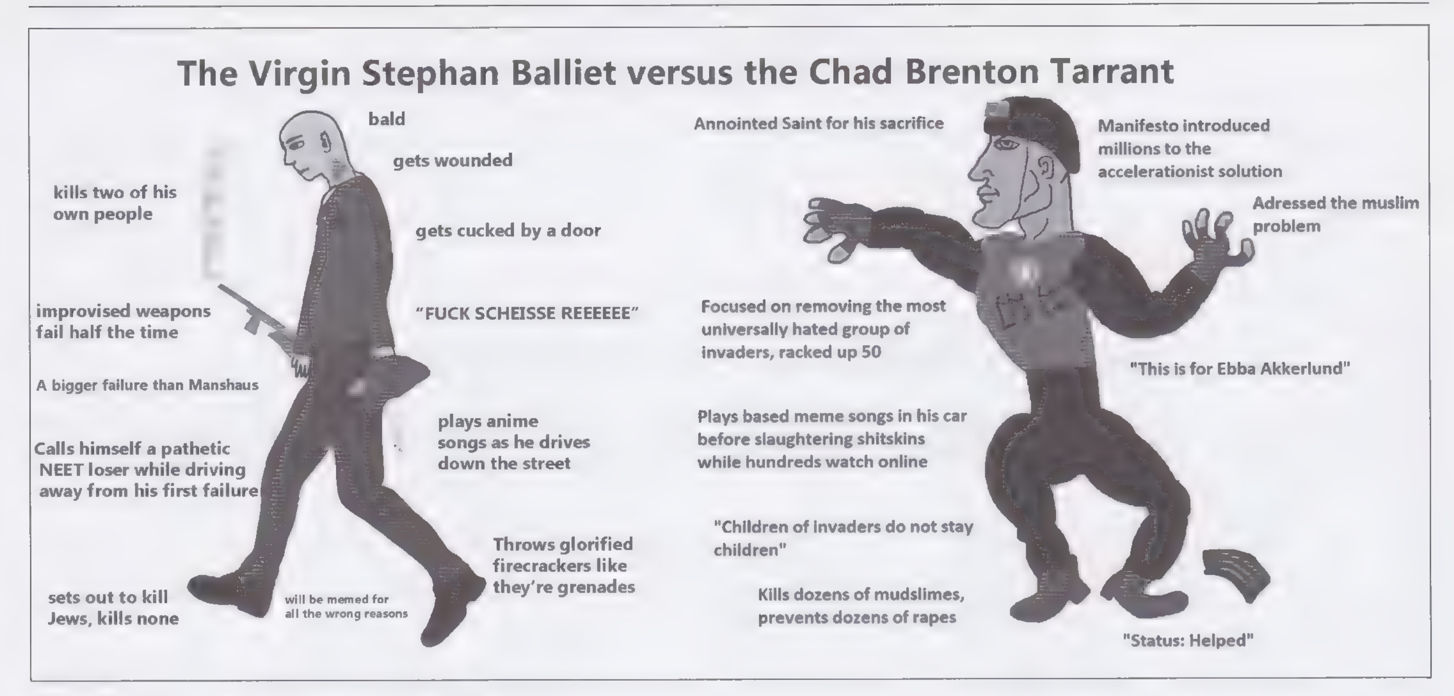
VERONIKA KRACHER

Auf 4chan wurde das Video des Hallenser Attentäters über 300 Mal geteilt, auf dem rechten Trollforum Kiwi-Farms 60 Mal. In den Kommentaren war unter anderem zu lesen: „Wieso schmeißt man eine Handgranate auf einen Friedhof? Ich schlage doch auch kein Loch in ein versunkenes Boot." Andere Kommentare, untermalt mit dem „Jewish Merchant"-Meme, einer antisemitischen Karikatur, deuten an, dass der Anschlag der jüdischen Gemeinde gar nutzen würde. Wieder andere sprechen offen von einer False Flag-Aktion, etwa um der AfD bei der Thüringenwahl zu schaden. Während den Attentätern von Christchurch, Poway oder El Paso zugejubelt wurde, wird der Attentäter von Halle kritisiert und verlacht. „Nur zwei getötet? Was eine beschissene Punktzahl", schreibt ein User auf 4chan. Der Täter erhält den Spitznamen „Doorcuck", eine Referenz auf die in der Alt-Right geläufige Bezeichnung für schwache, impotente Männer, die oft auf den politischen Feind angewandt wird. Während die Terroristen von Christchurch, Poway und El Paso in Memes als sogenannte „Chads", also Paradebeispiele für eine erstrebenswerte Hypermaskulinität, dargestellt werden, wird der Mörder von Halle als Loser, Versager und Incel (vgl. AIB Nr.124) tituliert. Ein Meme stellt den Täter von Halle als Incel neben Brenton Tarrant, der als Chad dargestellt wird. „Seht her", sagt das Meme. „Du bist daran gescheitert, ein Held zu werden wie Tarrant, weil es dir nicht gelungen ist, deinen Anschlag auszuführen, du Versager." Trauer ob der Toten ist auf diesen Imageboards nicht zu finden.

Was genau zeichnet diese Foren aus, und wieso sind sie so attraktiv für diesen spezifischen Typus Täter; den narzisstisch gekränkten weißen Mann, der auf keinen Fall Einzeltäter ist, aber für den der Begriff des „DIY-Täters" wohl am besten passt? Das Board 4chan wurde 2003 gegründet und war primär ein Board für Anime-Kultur mit einem besonderen Fokus auf „Free Speech". „Free Speech" bedeutete in diesem Fall, das N-Wort verwenden und Bilder vergewaltigter Anime-Mädchen posten zu können, ohne dafür von Eltern, Lehrkräften oder der nervigen feministischen Mitschülerin zur Rechenschaft gezogen zu werden. 4chan bildet den Ursprungsort zahlreicher Memes und war, obwohl von Anfang an das Online-Äquivalent eines nach Sperma und ungewaschenen Socken stinkenden Pennälerzimmers, lange Zeit noch nicht die Brutstätte rechter politischer Kampagnen, zu der es heute geworden ist. Maßgeblich dazu beigetragen haben die misogyne Gamergate-Kampagne und der Wahlkampf Donald Trumps. Anlässlich dessen radikalisierten sich das Forum, und vor allem das Unterforum „politically incorrect" und seine User, zunehmend nach rechts.

Die noch radikalere Variante stellt das Board 8chan dar. Frederick Brenner hatte das Board 2016 als Reaktion auf eine zunehmende Popularisierung 4chans gegründet, um einen noch anarchischeren Tummelplatz im Internet zu schaffen. Dass sich das Board jedoch zu einem Ort entwickelte, in dem gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit noch offener vertreten wird als auf 4chan, und das bald zu einer der Online-Anlaufstellen für Rechtsterroristen wurde, bereut Brenner inzwischen zutiefst. Mittlerweile ist Brenner nicht mehr am Board beteiligt und geht auch aktiv gegen den aktuellen Betreiber vor, eine Art der Wiedergutmachung[1]. Neben dem Attentäter von Christchurch, der auf 8chan sein Manifest und den Livestream seines Massakers an 51 Menschen muslimischen Glaubens veröffentlichte, publizierten auch die Täter der Attentate von Poway (April 2019) und El Paso (August 2019) ihre Texte auf dem Imageboard, das kurz danach abgeschaltet wurde. Inzwischen ist es jedoch unter dem Namen 8kun wieder online – die Frage ist nur, wie lange noch.

Der Habitus und die Diskussionskultur der chan-Boards sind, wie es die Kultur-



Ein Neonazi-Meme vergleicht die „Erfolgsquote" zweier Attentäter.

wissenschaftlerin Angela Nagle beschreibt, auf „Moral Transgression" angelegt, „moralische Grenzüberschreitung". Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeder Art wird hier zum vermeintlich ironischen Witz, um „Normies zu triggern", also all jene, die sich nicht in jener eigenwilligen Online-Sphäre verorten. Permanent wird mit Antisemitismus, Rassismus, LGBTIQ-Feindlichkeit und Misogynie kokettiert, und jegliche Kritik damit abgewehrt, dass es sich nun einmal um einen nihilistischen Witz handeln würde. Der Ton ist von Zynismus und Abwertung geprägt, man bezeichnet sich gegenseitig als „Fag", das Zurschaustellen emotionaler Verwundbarkeit wird mit Hohn sanktioniert. User haben fast schon eine eigene Sprache, die aus zahlreichen Memes und Codes besteht. So gibt es neben einer fiktiven Nation namens Kekistan auch einen auf Pepe the Frog basierenden, religionsartigen Kult, aus albernem Witz einerseits, als Ausdruck einer Identifikation mit dem Board andererseits.

Das deutsche Äquivalent der Seite ist das Board Kohlchan. Die Recherche in den Kohlchan-Foren ist noch befremdlicher als in den englischsprachigen Boards. Dies mag auch daran liegen, dass die User, Neonazis die sie sind, ganz bewusst auf Anglizismen verzichten, gleichzeitig aber den Sprachduktus der internationalen Boards beibehalten. Statt „Anon" nennt man sich „Bernd". Als Header wird unter anderem ein Reichsadler verwendet, und die Postings könnten aus einem x-beliebigen Neonaziforum stammen. Der eine predigt antisemitische Verschwörungstheorien, der nächste ergießt sich in rassistischen Hassfantasien, der dritte lamentiert darüber, eine transgeschlechtliche Tochter zu haben – die Ratschläge der anderen User sind übrigens, das Kind mit aller Gewalt davon abzuhalten, ein glückliches Leben als Mädchen zu leben. Wieder andere sprechen davon, wie sie Prostituierten Gewalt angetan haben. Außerdem kommt der Großteil der Aktionen und Mobbing-Kampagnen gegen den als „Drachenlord" bekannten YouTuber Rainer Winkler aus Kohlchan-Kreisen.[2]

Weil rechtsradikales Denken und Frauenhass immer Hand in Hand gehen, werden zahlreiche Beiträge mit den Bildern nackter Frauen geschmückt. Es gibt ein eigenes Forum für – oft gewalttätige – Pornographie, und in regelmäßigen Abständen greift man Frauen wie Dunja Hayali, Carola Rackete oder auch die Verfasserin dieses Textes an. Nichts an dem Geschriebenen wirkt empathisch oder genuin, aus jeder einzelnen Silbe tropft eine zwanghafte ironische Distanz zur eigenen Umwelt und zu den anderen Usern. User erniedrigen andere, um sich selbst zu überhöhen, auch innerhalb der Forum-Strukturen. Die User schreiben von sich selbst in der dritten Person („Dieser Bernd hört gerne Videospielmusik"), was auf eine Distanzierung von sich selbst hindeuten könnte. Wie bei allen Chan-Boards ist unklar, was Getrolle ist, und was ernst gemeint. Mit diesem Habitus der Ironie bringt man sich auch selbst in Sicherheit: Man will niemanden wirklich ins Gas stecken, es ist ja alles nur ein Witz. Hab' dich nicht so, du Normie.

Die Entwicklungen der letzten Jahre, und spätestens das Attentat von Halle haben gezeigt, dass der antifaschistische Kampf auch dringend online geführt werden muss. Boards wie Kohlchan stellen eine Radikalisierungsplattform für Rechtsradikale dar und müssen dringend bekämpft werden. Ob das jedoch von staatlicher Seite passiert, wo man in der Regel nicht einmal weiß, was ein „Meme" ist, bleibt fraglich. •

1 www.cbsnews.com/news/8chan-new-name-8kun-web-forum-hate-speech/, abgerufen am 08.12.2019.
2 Rainer Winkler ist ein YouTuber, der unter anderem durch Let's Play-Videos bekannt geworden ist. Er wurde sehr schnell zu einem Hassobjekt unter anderem von Kohlchan-Usern, die sich in Videos über ihn lustig machten, ihm ein SWAT-Team ins Haus schickten, oder eine Demonstration durch Winklers Heimatort veranstalteten.

TITEL

Seit Oktober 2019 ist es offiziell: Der Neunfachmord am und im OEZ München von 2016 wird vom Bayerischen Landeskriminalamt als politisch rechtsmotivierte Gewaltkriminalität eingestuft. Seit drei Jahren tobt eine Debatte darüber, inwieweit die Tat als Amoklauf eines psychisch kranken Täters oder als Hassverbrechen eines politischen Attentäters zu bewerten sei.

Behördliche Einschätzung: Vom Amoklauf zum Rechtsterrorismus

ROLAND SIEBER

Am fünften Jahrestag des Anschlags des Rechtsterroristen Anders Breivik mit 77 Toten in Norwegen erschoss der 18-jährige David Sonboly am 22. Juli 2016 am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) München neun Menschen. Fünf weitere verletzte er durch Schüsse. Alle Todesopfer hatten einen Migrationshintergrund.

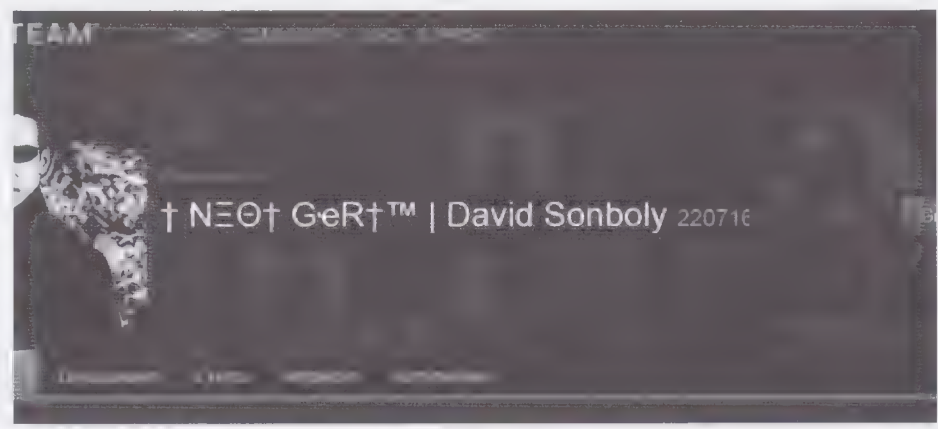
Im März 2017 stellten Polizei und Staatsanwaltschaft den Abschlussbericht der Sonderkommission vor. In diesem attestierten die Ermittler dem Täter eine rechtsextreme Gesinnung. So soll Sonboly mit der AfD sympathisiert, sich rassistisch geäußert und den norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik bewundert haben. Während eines Aufenthalts in der Psychiatrie soll er eine Mitpatientin mit dem Hitlergruß begrüßt, Hakenkreuze gezeichnet und erklärt haben, dass er „manche Sachen gut finde, die Hitler gemacht hat". Dennoch sei der Amoklauf laut dem Bericht „Rache" für jahrelanges Mobbing gewesen. Es sei nicht davon auszugehen, dass die Tat politisch motiviert war, so das Bayerische Landeskriminalamt damals.

Drei von der Stadt München beauftragte wissenschaftliche Gutachter haben daraufhin im Oktober 2017 unabhängig voneinander den Neunfachmord am OEZ-München als „politisch motivierte, rechte Tat" eingeordnet. Christoph Kopke kommt in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass der eigentliche Antrieb zur Tat vorrangig in der psychischen Konstellation bzw. psychiatrischen Erkrankung von Sonboly gelegen haben mag. Auffällig sei aber seine Bewunderung für den Massenmörder Anders Breivik wegen dessen rassistischer und muslimfeindlicher Positionierung. Für subjektiv erlittenes Unrecht machte der Attentäter laut dem Politikwissenschaftler eine rassistisch konstruierte Gruppe verantwortlich. Indem Sonboly gezielt Angehörige dieser Gruppe ermordete, erfülle die Art der Tatbegehung nach Erachten von Kopke auch die Kriterien eines Hassverbrechens.

Laut dem Gutachten von Matthias Quent schließen sich psychische Erkrankungen, Amok, Rassismus und Terrorismus weder konzeptionell noch empirisch aus. Bereits Jahre vor der Mehrfachtötung wurden bei Sonboly starke rassistische und kulturelle Vorurteile attestiert, so der Soziologe. Mobbing und das Rachemotiv können als Mitursachen für die Entstehung rassistischer Vorurteile bei ihm angesehen werden. Aber subjektive Einflussfaktoren auf die Entwicklung rassistischer Vorurteile dürfen nicht als Rechtfertigung von Rassismus missverstanden werden. Wird die gruppenbezogene Mehrfachtötung nicht als Hassverbrechen und damit als „politisch motivierte Kriminalität" eingeordnet, werden die vorurteilsgeleiteten Zuschreibungen des Täters reproduziert und die kollektiv Betroffenen erneut geschädigt, resümiert der Rechtsextremismusforscher. Durch die gruppenbezogene Auswahl der Opfer aus Einwanderungsfamilien wird die Mehrfachtötung am und im OEZ München zum rassistischen Hassverbrechen. Rassistische Äußerungen des Attentäters und seine Sympathien für die AfD bestätigen diese Einordnung. Die Mehrfachtötung am OEZ kann laut Quent als Akt eines allein handelnden Terroristen bezeichnet werden.

Einerseits besteht kein Zweifel an einer „rechtsextremistischen Gesinnung" von Sonboly, andererseits werden die Morde als unpolitisch abgetan, so Florian Hartleb: „Mit gutem Grund [...] kann man hier auch einen Einsamen-Wolf-Terrorismus diagnostizieren." Laut dem Politikwissenschaftler negierte der Bayerische Innenminister die Einstufung als rechtsextremistische Tat deswegen, weil der Attentäter von München niemals in seinem Leben Teil einer rechtsextremistischen Organisation war. Diese Argumentation geht aber laut dem Gutachter von einem antiquierten Verständnis aus, welches im virtuellen geprägten Zeitalter des Einsamen-Wolf-Terrorismus längst nicht mehr zeitgemäß sei. Hätte man bei David Sonboly einen Mitgliedsnachweis einer rechtsextremistischen Organisation gefunden, so Hartleb, wäre man wohl an der Einstufung „Rechtsterrorist" nicht vorbei gekommen.

Das LKA beauftrage daraufhin bei Britta Bannenberg ein eigenes Gutachten zur





Der Attentäter David Sonboly war online in rechten Gruppen auf der Gaming-Plattform Steam vernetzt.

Einordnung der Tat, welches mit Erstelldatum Februar im Juli 2018 veröffentlicht wurde. Meines Erachtens ist dieses mit dafür verantwortlich, dass der Rechtsterrorist von Halle nicht auf den Schirm der Polizei war. So beschreibt die Kriminologin auf Seite 57 ihres Gutachtens, dass die Amok-Fan-Szene auf der Gaming-Plattform Steam eine intensivierende Wirkung auf Sonboly hatte und nennt auf Seite 56 die rassistischen Steam-Gruppen „Free Anders Breivik“ und „2083“ (Titel des Manifest des norwegischen Rechtsterroristen), um auf Seite 73 zu schreiben: „Der Täter war weder auf rechtsextremistischen Internetseiten, noch in einschlägigen Foren aktiv“. Damit wurde die Chance vertan, die Gruppen und Foren, in denen Sonboly aktiv war, als Orte zu benennen und zu beobachten, in denen sich auch zukünftige Terroristen politisierten und radikalisierten.

Im „Internet Archive“ sind einige Steam-Gruppen archiviert, in denen Sonboly Mitglied war, etwa der „Anti-Refugee club“. Auf den ersten Blick sind die damaligen Hakenkreuze und SS-Uniformen im Titelbild der Gruppe „social club misfit gang“ zu erkennen. Auch in einigen Amok-Gruppen, in denen Sonboly mit seinen 15 Steam-Accounts Mitglied war, finden sich Hakenkreuze, „Heil Hitler“ und neonazistische Codes. Auf Seite 63 ihres Gutachtens beschreibt Bannenberg, wie der spätere Attentäter auch im realen Leben mit ausländerfeindlichen Aussagen und Hakenkreuze auffiel. Um dann nur eine Seite weiter zu schreiben: „Sonboly besuchte keine rechtsextremistischen Seiten, verkehrte nicht mit rechtsgerichteten Personen und war schon gar nicht Anhänger der rechtsextremen Szene.“ In den Freundeslisten des Münchner Attentäters auf Steam finden sich hingegen auf den ersten Blick an Nutzernamen und Profilbildern erkennbare Neonazis und Anhänger der Alt-Right. Auch die Chats des Attentäters von München mit Neonazis und Anhängern des Rechtsterroristen Breivik erkennt sie in ihrem Gutachten nicht als Kommunikation mit rechtsgerichteten Personen an. So chattete Sonboly mit dem US-Neonazi William Atchison, der am 7. Dezember 2017 bei einem Schulattentat in Aztec (USA) zwei Schüler hispano-amerikanischer Herkunft ermordete.

Seit Jahren benennt die Amok-Forscherin zwar die politischen Komponenten wie Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit sowie die Bewunderung von Adolf Hitler bei Amoktätern, sieht diese Einstellungen aber in der Persönlichkeit der Tätertypen verankert und erkennt sie nicht als politisch motiviert an.

Nach den Anschlägen in Christchurch und Halle waren die deutschen Sicherheitsbehörden dazu gezwungen, den Anschlag von München in die Serie des netzbasierten Rechtsterrorismus einzuordnen. Die Überprüfungen verschiedener Online-Plattformen, auf denen Sonboly aktiv war, so das Bayerische LKA zur Neubewertung der Tat, ergaben weitere Hinweise auf sein rechtes Gedankengut. Auf diesen Plattformen werden vielfach menschenverachtende Kommentare, teils mit rechtsradikal motivierten rassistischen Elementen abgegeben. Es gäbe Anhaltspunkte dafür, dass Sonboly seine Opfer auch auf Grund ihrer Volkszugehörigkeit und Herkunft ausgesucht habe. Weitere Anhaltspunkte für seine rechtsextremistische Orientierung zeigen sich in massiven ausländer- und menschenfeindlichen Abwertungen und durch sein Interesse an dem rechtsmotivierten Attentäter Breivik, so die Ermittler. Eine längst überfällige Erkenntnis, so Angehörige der Opfer und die antirassistische Amadeu Antonio Stiftung, die seit drei Jahren für die Anerkennung des politischen Tatmotives kämpfen. •

TITEL

Der vorbestrafte Rocker und ehemalige Polizist Tim Kellner ist heute einer der einflussreichsten rechten YouTuber. Seine Videos sind geprägt von Dehumanisierung, Rassismus und antisemitischen Erzählungen. Warum funktionieren solche Hass-Videos so gut auf YouTube?

Paradebeispiel für den florierenden Hass auf YouTube

SAMIRA ALSHATER

Jede Minute werden auf der Videoplattform YouTube 400 Stunden Videomaterial hochgeladen. Angesehen werden pro Tag über eine Milliarde Stunden an Videos, mehr als auf Netflix und Facebook zusammen. Besonders junge Menschen informieren sich schon lange nicht mehr linear über das klassische Fernsehen. Viel attraktiver sind für sie Plattformen wie Instagram oder YouTube. Heute erreicht YouTube allein auf mobilen Endgeräten mehr 18- bis 49-Jährige als Nachrichtensender und das Kabelfernsehen. Das muss nicht per se schlecht sein. Doch besonders YouTube birgt die Gefahr, dass sich hier Menschen radikalisieren. Etwa dann, wenn sie auf rassistische, ideologisch argumentierende Accounts stoßen und diese nicht gleich als das einordnen können, was sie in der Regel sind – nämlich menschenverachtend, mit Falschinformationen hantierend und diskriminierend. Anders als beim klassischen Fernsehen findet hier keine Moderation statt. Die Inhalte werden nicht eingeordnet. Faktenbasierte und recherchierte Informationen stehen neben emotionalisierenden und mit Verve vorgetragenen Lügen. Wenn Nutzer*innen in den Bann eines volksverhetzenden oder Desinformationen verbreitenden Accounts gezogen wurden, birgt das die Gefahr, dass sie sich noch weiter radikalisieren – oder zumindest einen sehr falschen Eindruck vom Geschehen in der Welt bekommen. Und auch der YouTube-Algorithmus trägt sein Übriges dazu bei. Neben jedem Video, das sich ein User anschaut, schlägt YouTube weitere Videos vor, die die Zuschauer*innen auch interessieren könnten. Hat man Autoplay eingeschaltet, starten die vorgeschlagenen Videos automatisch. Und je länger die User*innen auf der Plattform bleiben, desto profitabler ist es für das Google-Unternehmen YouTube. Denn umso mehr Werbung kann den User*innen eingespielt werden, womit das Unternehmen Geld verdient. Das muss nicht unbedingt schlecht sein und kann für die User*innen auch Vorteile haben. Das Problem ist allerdings, dass der YouTube-Algorithmus dazu tendiert, den User*innen immer drastischere Videos vorzuschlagen, um sie zu fesseln. So kann man auch von harmlosen politischen Inhalten in wenigen Schritten zu extremen Inhalten gelangen. Denn der Algorithmus versucht auch dadurch, das Interesse der User*innen zu behalten, indem er vor allen Beiträge aus der gleichen politischen Richtung einspielt. Schaut man sich also auf der Plattform Politik-Videos von rechten Kanälen an, ist es sehr schwer aus dieser Blase wieder herauszukommen – denn YouTube schlägt selbst ständig weitere solcher Quellen vor. Das Portal erzeugt so Filterblasen. Dazu kommt, das rechte Akteur*innen überaus produktiv auf YouTube sind. Einer dieser YouTuber, die Videos wie am laufenden Band produzieren, ist der vorbestrafte Rocker und ehemalige Polizist Tim Kellner.

Kellner spricht im Internet über das Weltgeschehen – jeden Tag aufs Neue. Wen das interessiert? Seine Videos haben im Monat mehrere Millionen Views und das obwohl oder weil er extrem rassistische Inhalte verbreitet.

Nach Eigenangaben hat er in der Bundeswehr gedient. Im Jahr 2000 wird er Kreispolizist in Lippe (NRW). Über sein Leben hat Kellner 2011 ein Buch verfasst. Hierin beschreibt er, dass er sich als Polizist mit einem Mitglied der Hells Angels anfreundet. Er entwickelt Sympathie für die Lebensweise der Rocker, was zu Problemen mit seinen damaligen Polizei-Kolleg*innen führt.

Für die Mitte der Gesellschaft?

Wegen seiner Kontakte ins Rockermilieu ermittelt auch die Polizei gegen Kellner. Die Vorwürfe gegen ihn lauten: Förderung der Prostitution, gefährliche Körperverletzung und versuchte schwere räuberische Erpressung. Das hätte bei einer Verurteilung für eine Gefängnisstrafe von mindestens acht Jahren gereicht. Kellner kommt nach sieben Monaten in Untersuchungshaft mit einer Bewährungsstrafe von neun Monaten wegen Körperverletzung davon.

2015 finden Polizeibeamte bei einer Hausdurchsuchung eine scharfe Neun-Millimeter-Patrone bei ihm. Das Amtsgericht Detmold verurteilt Kellner daraufhin wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 800 Euro Strafe. Kellner behauptete, Polizist*innen hätten ihm die Patrone unter-


(Screenshot YouTube)

Der vorbestrafte Rocker und ehemalige Polizist Tim Keller auf YouTube.

geschoben. Im selben Jahr ist Kellner Gründungsmitglied des Motorradclubs „Brothers MC Germany“. 2017 trennt sich der MC von Kellner. Ihm wird vorgeworfen, angeblich Biker-Brüder durch zwielichtige Geschäftsmodelle über den Tisch gezogen zu haben. Kurze Zeit später ist Kellner Präsident des Biker-Chapters „Brothers MC Salt City“ mit Sitz in Horn in Ostwestfalen-Lippe. Kellner legt Wert darauf, dass er einen deutschen Club führt, in dem nur Menschen „aus dem westlichen Kulturkreis, keine Migranten, keine Moslems“ Mitglied werden können.

Anfang 2016 beginnt Kellner dann seine Karriere in der extrem rechten Medien-Szene. Seit 2017 verbreitet er seine Hetze auf YouTube - leider erfolgreich: Insgesamt wurden seine rassistischen Videos schon fast 58 Millionen Mal angeklickt (Stand November 2019). Und dies, obwohl die Aufmachung wenig spektakulär ist: Kellner spricht in die Kamera.

Sehnsucht nach klassischer Männlichkeit

Doch Kellner hat die YouTube-Logik verstanden: Beinahe täglich veröffentlicht der Rentner-Rocker Videos auf der Plattform. Das gefällt YouTube. Hier werden Accounts besser ausgespielt, die stetig Videos mit mehreren hunderttausend Views produzieren. Denn das zählt reichweitentechnisch mehr als einzelne Hochglanz-Inhalte. Und so hat sich Kellner einen veritablen Abonnenten-Stamm aufgebaut: 186.000 User*innen haben seinen Kanal abonniert (Stand November 2019), Tendenz steigend. In süffisanter Art und Weise spricht Kellner täglich von den Themen, die die rechte Sphäre umtreiben. Was beinahe allen seinen Videos gemein ist, ist Rassismus. Flüchtlinge, Muslim*innen, Feminist*innen und weitere marginalisierte Gruppen werden von Kellner in seinen Videos regelmäßig dehumanisiert.

Was macht Kellner so erfolgreich? Kellner kommentiert das Weltgeschehen in seinen Videos meist auf ironische Weise. Das macht die politischen Inhalte seiner Videos einem großen Publikum zugänglich. Er versucht erst gar nicht, sich als Intellektuellen auszugeben und tritt auch nicht mit übertriebenem Pathos als politischer Aktivist in Erscheinung. Er sitzt einfach lässig und zurückgelehnt in einem Stuhl und kommentiert mal witzig, mal empört, doch immer etwas plump, das Weltgeschehen. Viele seiner Fans sehen in Kellner einen „gestandenen“ Mann, der sagt, was er denkt und sich durch nichts und niemanden einschüchtern lässt. Er scheint für viele Menschen eine bewundernswerte Verkörperung von traditionaler Männlichkeit darzustellen.

Rechtsradikale Weltsicht

Mittlerweile hat sich Kellner eine eigene Video-Plattform aufgebaut: „Prometheus Deutschland“. Gehostet sei die Plattform auf einem russischen Server. Hier könne er angeblich „komplett frei sprechen“ und müsse keine Sorge haben, dass er zensiert würde, so Kellner. Hier könne er endlich sagen, dass Deutschland „eine große Invasionsarmee“ beheimate, deren Anführerin in Berlin sitze.

In seinen Videos nutzt er antisemitische Schlagwörter wie „Ostküste“ und „Rotschild“, seine Anhängerschaft weiß, dass hier Jüdinnen und Juden gemeint sind. Kellner behauptet, Angela Merkel bereite einen Krieg gegen das „Deutsche Volk“ vor. Wer letztendlich dahinter stecke? Der jüdische Milliardär George Soros. Er sei der „Lenker und Leiter der deutschen Bundeskanzlerin“, so Kellner. Soros gilt für viele rechte Verschwörungsideolog*innen als Symbol einer gierigen jüdischen Finanzelite, die ohne Rücksicht auf Verluste nur auf ihren eigenen Gewinn bedacht sei und letztendlich die „weiße Rasse“ versklaven will.

Mal offen, mal weniger offen spricht Kellner von einem Krieg gegen das deutsche Volk. Flüchtlinge sind für ihn Kriminelle und eine Armee von feindlichen Invasoren, die es zu bekämpfen gelte. Solche Erzählungen rufen implizit zu Gewalt auf. Spätestens seit dem antisemitischen Terrorakt in Halle ist bekannt, dass Internet-Hetze Zuschauer*innen bis zum Mord radikalisieren kann. Das ist dem Ex-Polizisten aber offenbar egal. •

NS-SZENE

Rechtsterroristische Strukturen im englischsprachigen Raum basteln seit einigen Jahren an neuen ideologischen Grundlagen, die sie von allen moralischen Beschränkungen befreien und andere zu Gewalt ermutigen. Neben die bekannten Elemente neonazistischer Ideologie wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus treten satanistische und islamistische Anleihen, jihadistische Strategien und eine ausgeprägte Rape Culture. Der selbstgewählte Begriff des „White Jihadism" versucht dieses neugeschaffene ideologische Konzept zu fassen.

„White Jihadism"

MATTHEW COLLINS, HOPE NOT HATE

Am 15. Januar 2019 wurde im walisischen Mold der asiatische Zahnarzt Dr. Sarandev Bhambra Sandip in einem Supermarkt unvermittelt mit einem Hammer und einer Machete angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Der Angreifer war der 26 Jahre alte Schulabbrecher und Internettroll Zack Davies. Sein Motiv: mörderischer Rassismus.

Die Berichterstattung über den Anschlag zeugte von großer Verwirrung über die ideologische Ausrichtung des Täters. Davis wurde sowohl als „einsamer Wolf" der militanten Neonaziszene beschrieben wie auch als islamistischer Konvertit mit starkem Bezug zum islamistischen Fundamentalismus portraitiert. Er war einerseits ein großer Verehrer von „Jihadi John", dem wohl berüchtigtsten Henker der islamistischen Terrororganisation IS mit britischem Akzent. Andererseits war er Mitglied der rechtsterroristischen National Action (NA) (Siehe AIB 107 und 124), für die er an britischen Universitäten den Eindruck erwecken sollte, NA sei ein Zusammenschluss von Studierenden. Seine Social Media Profile waren zugemüllt sowohl mit Glorifizierungen von Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus als auch mit klaren Bezügen zu islamistischem Fundamentalismus und Terror. Häufig verwendete er selbst die Sprache und Symbole des IS. Und tatsächlich kann Zack Davis als der erste Vertreter des „White Jihad" in Großbritannien betrachtet werden.

Viele Jahre lang gab es etliche Möchtegern-Terroristen in der extremen Rechten in Großbritannien. Die Aussicht, bei einem Anschlag selbst zu sterben oder für viele Jahre im Gefängnis zu sitzen schien für viele jedoch nicht sonderlich attraktiv zu sein. Und obwohl unablässig das Ideal des nationalsozialistischen Märtyrers propagiert wurde, war offenbar niemand bereit, als Märtyrer zu enden. Die Gruppierung NA hingegen meinte ihre Terrorabsichten ernst. Seit ihrer Gründung 2013 waren die Mitglieder besessen von jihadistischen Konzepten. Im Internet bewunderten sie das brutale Vorgehen des IS, die kompromisslose Durchsetzung des Kalifats im mittleren Osten gegen alle Widerstände, den Massenmord an den Jesid_innen und die Versklavung jesidischer Frauen und Mädchen. Der IS war ihnen ein Vorbild, dem die NA zur Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Visionen nacheifern wollte.

Wie die britischen Rekruten des IS verachtete auch die NA das politische System Großbritanniens als kaputt, falsch und fremdartig. Gemeinsam war ihnen auch das Bedürfnis nach radikaler Abgrenzung zu allem, was ihnen als etabliert galt. Und so war die Begeisterung für die blutrünstigen Morde und Vergewaltigungen der IS-Rekruten groß, die als „Foreign Fighters" aus eben jenen britischen Städten in den sogenannten heiligen Krieg zogen, in denen auch die NA operierte. Für NA hatten die Jihadisten den ultimativen und einzig konsequenten Weg gewählt, um sich gegen das verhasste System zur Wehr zu setzen.

Die Frauenfeindlichkeit und die Warnungen vor dem Feminismus, wie sie z.B. mit dem für die NA wichtigen Roman „The Turner Diaries" verbreitet wurden, ist nichts im Vergleich zu dem Hass auf Frauen, wie er in der NA gelebt wurde. In der Gruppe wurden massenweise pornographische Videos mit brutalster Gewalt gegen Frauen geteilt. Vergewaltigungen von Frauen und Kindern wurden offen als politische Strategie diskutiert, einzelne ermunterten sich sogar, Frauen im eigenen Umfeld zu Testzwecken zu vergewaltigen.

Der britische Terrorist Jack Renshaw, ebenfalls ein Mitglied der NA, war es, der sich innerhalb seiner Gruppierung für sexuelle Gewalt und Missbrauch an Kindern einsetzte. Er war es auch, der sich innerhalb der NA vehement für die Ermordung einer Parlamentsabgeordneten und einer Polizistin aussprach, die Taten plante und sie zu Akten eines notwendigen „White Jihad" verklärte. Darüber hinaus traten NA-Mitglieder offensiv in rechten Online-Foren auf, um dort ihre stetig wachsende Anhängerschaft zu Vergewaltigungen und Folter von politischen Gegner_innen zu ermutigen. Dazu wurden meist Memes erstellt, auf denen bekannte britische Antifaschist_innen, Journalist_innen und Politiker_innen zu erkennen waren. In diesen Memes stilisierten sich die Täter zu machtvollen, starken und weißen Männern mit großen Penissen.

Wenngleich der frühere Anführer der NA, Christopher Lythgoe, etliche Rechtfer-

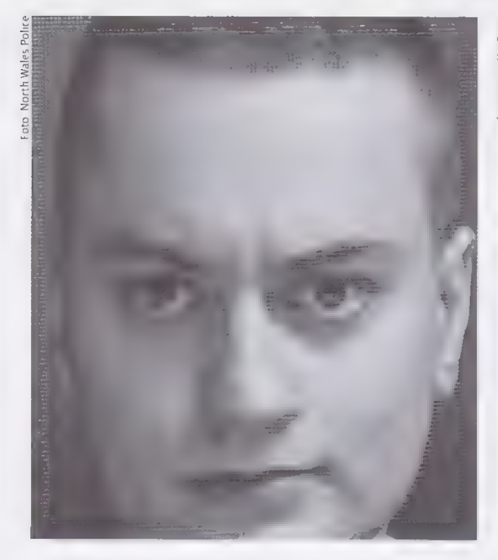


Foto: North Wales Police



Screenshot YouTube

Zack Davis – White Jihadist und Mitglied der rechten Terrorgruppe „National Action".

tigungen für seine dystopischen Alpträume im Koran fand, so war es vor allem der Einfluss von Satanisten, der den jungen Männern nicht nur eine moralische, sondern auch eine spirituelle Legitimation für das Ausleben ihrer verdorbenen Begierden und ihres abgründigen Hasses bot. Spiritus Rectus dieser Entwicklung war Ryan Fleming, ein verurteilter Pädophiler mit Verbindungen zum satanistischen Orden „Order of Nine Angels". Dieser in Großbritannien beheimatete Orden ist stark sozialdarwinistisch und antisemitisch ausgerichtet, beschäftigt sich intellektuell mit Menschenopfern und bezieht sich explizit auf den Nationalsozialismus. Fleming schloss sich der NA an und war vorerst damit beauftragt, seine Kameraden in Konspiration zu trainieren. Schnell wurde er jedoch zu einem Vordenker der Gruppe, der maßgeblich zu ihrer Radikalisierung beitrug. Für die Gruppe war er u.a. im mittlerweile abgeschalteten Onlineforum „Iron March" vertreten, in dem die international vernetzte extreme Rechte ihr gestiegenes Interesse an terroristischer Gewalt entdecken und diskutieren konnte.

Ein weiterer wichtiger Anstoß zur Entwicklung des Konzepts des „White Jihadism" in Großbritannien kam zusätzlich aus den Vereinigten Staaten. Dort hat sich 2015 die rechtsterroristische Atomwaffen Division (AWD) gegründet, die jihadistische Terrorkonzepte, Rape Culture, Kindesmissbrauch und Satanismus zu wichtigen Elementen ihrer Ideologie erklärte. Sie exportierten nach Großbritannien was gemeinhin als „siege culture" verstanden wird. Basierend auf den Schriften des Neonazis James Mason werden terroristische Aktionen und Strategien beschworen, die langfristig zu einem Versagen staatlicher Institutionen und einem Aufstand der Weißen führen sollen. Auf Grundlage gesellschaftlicher Degeneration und forcierter Zerstörung soll dann eine neue Weltordnung entstehen, in der eine „Weiße Vorherrschaft" dominiert. Mason verfasste seine Schriften bereits in den 1980er Jahren und wurde selbst in militanten rechten Kreisen lange als Spinner abgetan. Seit 2015 verbreitet sich sein Werk jedoch rasant in rechten Onlineforen, spätestens seit sich die AWD von seinem Interesse an Okkultismus, Genozid und seinem politischen Nihilismus inspirieren ließ.

In den USA wird die AWD inzwischen mit acht Morden sowie mit Entführungen und Vergewaltigungen in Verbindung gebracht. In einem Fall eröffnete ein Mitglied der AWD das Feuer auf zwei Kameraden, die den Islam beleidigt hatten. Die ideologischen und strategischen Überlegungen der AWD fanden in Großbritannien einige Beachtung, nicht nur bei der NA.

Offenbar verfängt die Propaganda der National Action, der Atomwaffen Division und ähnlicher Gruppierungen, die dem Spektrum des „White Jihadism" zugerechnet werden können: Anfang des Jahres 2019 wurden zwei junge Männer verhaftet, denen vorgeworfen wird, eine Reihe von Anleitungen zu Vergewaltigungen veröffentlicht zu haben. Auch in diesen wurde zu massiver sexueller Gewalt und Folter an Frauen, Kindern und politischen Gegner_innen aufgerufen. Ebenfalls 2019 wurde ein 16-Jähriger im Nord-Osten Englands wegen des Verdachts auf Vorbereitung schwerer terroristischer Gewalttaten festgenommen. Sein gesamtes Weltbild orientiert sich an den Grundelementen der „siege culture" und des „White Jihadism". In Vorbereitung auf seinen Kampfeinsatz hatte er sich offenbar sehr gezielt emotional abgehärtet: Durch unzählige Grausamkeiten gegen Mitglieder der eigenen Familie.

Die Zahl der Festnahmen von jungen Männern, die sich in rechten Online-Foren verloren haben und mit rechtsterroristischem Terror sympathisieren hat zuletzt stark zugenommen. Wovor diese nicht zurückschrecken, sollte mehr Menschen interessieren. •

NS-SZENE

Kaum ein Event der „National Socialist Black Metal"-Szene (NSBM) vergeht, ohne dass der Name Hendrik Möbus fällt. Als Musiker umstritten, als Produzent unumschiffbar. Und während er sich erneut vor Gericht verantworten muss, scheint die Konzertlandschaft in Deutschland auch ohne ihn auszukommen.

Persona grata der NSBM-Szene?

Hendrik Möbus zwischen Geschäftssinn und Diskrepanz

„Wo Absurd drauf steht, ist nicht immer Absurd drin." So begann ein weit verbreiteter Aufruf in den sozialen Netzwerken, der davon abriet, am „Asgardsrei Festival" im Dezember 2017 in Kiew teilzunehmen. Für das Konzert in der Ukraine war erstmals, seit mehrjähriger Pause, ein Auftritt der wohl bekanntesten Band des NSBM-Genres angekündigt: „Absurd".

Bei den letzten bekannten Auftritten der Band, die um das Jahr 2012 außerhalb Deutschlands stattfanden, standen noch Ronald „Wolf" Möbus am Gesang und Sven „Unhold" Zimper an der Gitarre. Für das Neonazi-Festival in der Ukraine schrieb einer der Veranstalter, Alexey Levkin, Ronald Möbus an, um ihn um eine Reunion der Band zu bitten. Levkin habe gehört, dass sein Bruder Hendrik Möbus „Absurd" wieder beleben wolle und wollte sich von ihm lediglich versichern lassen, dass dieser dazu auch berechtigt sei. Ronald Möbus selbst lehnte gegenüber Levkin eine Reunion von „Absurd" ab, da er keine fähigen Musiker in unmittelbarer Nähe finden würde, wünschte dem Veranstalter jedoch viel Erfolg.

So stand also Hendrik Möbus am 16. Dezember 2017 vor mehreren hundert Neonazis aus ganz Europa auf der Bühne. Live-Musiker fand er u.a. bei Sebastian Rast von der Band „Noxia", sowie bei Thomas Kosmas von der griechischen NSBM-Band „Der Stürmer" und bei Musikern der Erfurter Band „Barad Dûr". 2018, als „Absurd" abermals auf dem „Asgardsrei Festival" spielten, waren Rast und Kosmas bereits nicht mehr Teil der Band. Was blieb war die Enttäuschung im Publikum, da Möbus auch ein Jahr nach der Reunion nicht als Frontmann überzeugen konnte. Er habe weder die nötige Ausstrahlung, noch könne er singen, so die KritikerInnen.

Im Gegensatz zu seinem Bruder, der 2019 das NSBM-Projekt „Der Tod und die Landsknechte" ins Leben rief. Gemeinsam mit Paul Morgenstern, der nicht nur in diversen RechtsRock-Bands mitwirkte, sondern jüngst auch beim sächsischen Metal-Urgestein „Andras" am Schlagzeug saß, absolvierten „Der Tod und die Landsknechte" am 8. November 2019 im nordsächsischen Torgau-Staupitz ihren ersten Auftritt. Dabei coverte die Band auch Songs von „Absurd" und befeuerte damit unterschwellig die Kritik an Hendrik Möbus' „Absurd". Sozusagen „The True Absurd" vs. Hendrik Möbus' Abklatsch der Band – ein nicht seltener Konflikt innerhalb der Musikbranche.

Der Versuch der Wiederbelebung der Kultband „Absurd" hinterließ Kratzer in der Außenwirkung der Person Hendrik Möbus. Dabei ist er, neben nur wenigen anderen, unangefochtener Multi-Funktionär der rechten Black Metal-Szene. Seit den 1990er Jahren ist sein Label „Darker Than Black Records" Heimat der wichtigsten Bands des Genres, was ihn zur Schnittstelle auch im internationalen Konzertgeschehen macht. Mit „Totentanz Konzerte" galt er bis zuletzt in 2017 als wichtiger Player und ist zudem in die Organisation der italienischen NSBM-Konzertreihe „Hot Shower Fest" eingebunden. Laut eigenen Angaben habe er zudem Einblicke hinter die Kulissen des „Asgardsrei Festival" in der Ukraine. Die Orientierung nach Osteuropa zieht sich schließlich seit Jahren wie ein roter Faden durch Möbus' Wirken. Sei es hinsichtlich der Produktion polnischer Bands, dem Konzertgeschehen in Tschechien oder eben seiner Rolle als Musiker, Promoter und Redner im Rahmen des „Asgardsrei Festivals".

Konzerte im Neuschwabenland

Die deutsche Konzertlandschaft explizit neonazistischer Black Metal-Konzerte wird hingegen seit Herbst 2016 mehrheitlich von „Neuschwabenland Konzerte" (NSL) um die NSBM-Musiker Dennis Schoner und Björn Eichhorn geprägt. Auch das Konzert von „Der Tod und die Landsknechte" am 8. November 2019 stand unter der Leitung dieser Konzertgruppe.

Wahlweise stehen den Organisatoren dafür Säle und Clubhäuser rechts-offener Motorradclubs im Erzgebirge zu Verfügung, wie auch eine Immobilie am Ortsrand im thüringischen Ronneburg.

Letztere wurde auch als Austragungsort für das NSL-Konzert im November 2019 vermutet.

Druck durch die Behörden

Dass die Räumlichkeiten in Ronneburg im November nicht genutzt wurden, kann



Screenshot Facebook

Links: Christian Schöndorfer, Geschäftspartner von Hendrik Möbus (rechts) am Verkaufsstand von „Merchant of Death/Darker Than Black" vor wenigen Jahren. Im Hintergrund ein T-Shirt mit dem Symbol der SS-Division „Totenkopf".



Screenshot Facebook

Unten: Einblick in das neue Warenlager von Sven Zimpers „World Terror Committee Productions" in Berlin-Lichtenrade.

auch an den jüngsten, behördlichen Maßnahmen gegen dessen Eigentümer Josef Höschler liegen. Dieser wollte ebenfalls im November ein rechtes Black Metal-Konzert in Thüringen organisieren und bewarb das Ganze öffentlich. Am Ende musste er das Konzert absagen, da er keinen Saal in Thüringen, dafür aber er einen Peilsender an seinem Auto fand, wie er in den sozialen Netzwerken erzählt. Höschlers Ambitionen als Veranstalter eigener Konzerte dürfte jedoch nicht der einzige Grund für behördliches Interesse sein, denn sein Objekt in Ronneburg ist mittlerweile auch außerhalb der NSBM-Szene gefragt. So trat dort am 26. Oktober 2019 u.a. die NS-Hardcore Band „Burning Hate" auf.

Auch Hendrik Möbus stehen möglicherweise strafrechtliche Konsequenzen bevor. Wegen Produkten seines „Merchant Of Death"-Versand (MOD) stand er Anfang Mai 2019 in Berlin wegen Volksverhetzung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vor Gericht. Laut Anklage soll er mit seinem Komplizen Christian Schöndorfer zwischen Oktober 2014 und November 2015 T-Shirts u.a. mit dem Symbol der SS-Division „Totenkopf", sowie CDs angeboten haben, auf denen Hakenkreuze und dergleichen abgebildet sind. Hinzu kommt eine CD der französischen NSBM-Band „Kristallnacht", in deren Liedern u.a. die Waffen-SS glorifiziert und gegen Juden und Jüdinnen gehetzt wird. Scheinbar unbeachtet blieb hingegen eine Split-CD der NSBM-Band „Ewigreich" aus Brandenburg mit „Warägar" aus Österreich. Auf der im Mai 2016 bei „Darker Than Black Records" veröffentlichten Produktion heißt es etwa im Lied „Ascheregen" von „Ewigreich": „Drum treibt die Schwachen zusammen, dieses unnützes Vieh, kennt keine Gnade mit dieser Brut, tötet Sie!".

Im ebenfalls auf der CD enthaltenen Lied „Kristallnacht" von „Ewigreich" wähnt man sich in der Befreiung der „deutschen Eiche" vom „Jüdischen Pilzgeschwür" und droht damit, dass die „Synagogen lichterloh" brennen werden.

Möbus' und Schöndorfers aktueller Prozess wurde nach dem ersten Verhandlungstag auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Der Anwalt des 43-jährigen Möbus war der Ansicht, dass das Berliner Amtsgericht gar nicht zuständig sei, da der Großteil der Taten nicht in Berlin passiert sei. Möbus sei Ende 2014 aus Berlin in die Gemeinde Drei Gleichen bei Gotha gezogen und habe im Zuge dessen seine Berliner Firma abgemeldet. Tatsächlich wird MOD seit Januar 2015 in Thüringen unter dem Namen „fascination media UG" geführt. Ähnlich wie bei der Abwicklung des Versands seiner Produkte in Berlin, benutzt er auch in Thüringen eine Packstation, lokalisiert in Erfurt.

Bis zu seinem Wegzug hatte Möbus den Versand aus seiner Wohnung in Berlin-Plänterwald betrieben. (Vgl. AIB Nr. 105). Der 42-jährige Schöndorfer unterstützte ihn und war etwa für die Herstellung der T-Shirts zuständig. Dafür lagerte er in seiner Wohnung „eine professionelle Ausrüstung u.a. eine entsprechende Druckermaschine", so die Anklageschrift. Zeitweilig unterhielten sie zudem Räume in der Saalestraße in Berlin-Neukölln.

Wie Möbus verließ auch Schöndorfer Berlin und zog nach Frauenfeld in der Schweiz. Hintergrund für den Wegzug der Beiden dürfte der zunehmende Druck von antifaschistischer Seite in dieser Zeit gewesen sein. Interventionen, die Berliner Initiativen aktuell wieder aufnehmen sollten. Schließlich unterhält der Neonazi und ehemalige Musiker von „Absurd", Sven Zimper aus Tangerhütte, seit Sommer 2019 ein rund 250 Quadratmeter großes Warenlager in Berlin-Lichtenrade, unweit der S-Bahnstation Schichauweg. Bis zu drei Meter hohe Regale fassen dort die Produktpalette seines Labels „World Terror Committee Productions", darunter Artikel der amerikanischen NSBM-Band „Grand Belial's Key" mit klaren, antisemitischen Botschaften: T-Shirts bedruckt mit einer im Fadenkreuz stehenden, stilisierten Jesusfigur, darunter der Schriftzug „Judeobeast Assassin". •

NS-SZENE

Ein Rückblick auf den Prozess gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“

Mitte März 2012 kam es in mehreren Bundesländern zu Durchsuchungen in der Neonaziszene. 24 Neonazis wurden festgenommen und kamen in Untersuchungshaft. Insgesamt wurde zu diesem Zeitpunkt 33 Personen die Mitgliedschaft bzw. die Unterstützung der „kriminellen Vereinigung Aktionsbüro Mittelrhein“ vorgeworfen.

Ein Schwerpunkt der Razzia lag auf dem sogenannten „Braunen Haus“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler (Rheinland-Pfalz). Unter den Festgenommenen befanden sich einige bekannte Neonazis wie Christian Häger (späterer JN-Bundesvorsitzender), Sven Skoda (aktueller Bundesvorsitzender Die Rechte), Axel Reitz oder Philipp Neumann (Sänger bei FLAK). Über sieben Jahre später, im November 2019, endete die juristische Auseinandersetzung, die den Razzien im Jahr 2012 folgen sollte.

Ein später medial als „Mammutprozess“ oder auch „Justizposse“ bezeichnetes Verfahren vor dem Oberlandesgericht Koblenz endete fast still und heimlich überwiegend mit Verfahrenseinstellungen. Ein Zeitpunkt also für einen Blick zurück auf die Entstehungshintergründe, Entwicklungen und Folgen der Causa „Aktionsbüro Mittelrhein“.

Die (rheinland-pfälzische) Provinz – strukturelle Nestwärme für Neonazis?

Von einer strukturellen Nestwärme für die regionale Neonaziszene sprach im Frühjahr 2012 ein Bündnis verschiedener antifaschistischer Gruppen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Eine zutreffende Beschreibung für die lokalen Verhältnisse, die sich schon Jahre vorher anbahnten. Spätestens seit 2004 traten Neonazis des späteren „Aktionsbüro Mittelrhein“ öffentlich auf. Erst unter dem Label „Aktionsfront“, dann als „Aktionsbüro Mittelrhein“. Als dessen „Betreiber“ beschrieb sich im Vorfeld der Landtagswahlen 2006 der NPD-Funktionär Sven Lobeck. Später war er an der sogenannten „Remagener Resolution“ beteiligt, die 2005 ein gemeinsames Agieren zwischen NPD und „Freien Kräften“ im Hinblick auf die Landtagswahlen propagierte. Zu dieser Zeit entwickelten sich in Rheinland-Pfalz „Aktionsbüros“ zu einem flächendeckenden Organisationskonzept, mit gleichzeitiger struktureller Verbindung zur NPD.

In der Region Ahrweiler eskalierte die Situation spätestens in den Jahren 2008/2009: Übergriffe und Einschüchterungen gegen politische Gegner*innen nahmen zu, einem vermeintlich linken Journalisten wurde ein Peilsender unter sein Auto montiert; Flugblätter, Aufkleber und Graffitis des ABM prägten das öffentliche Bild. Als Symbol dieser erfolgreichen lokalen Verankerung galt das 2009 angemietete „Braune Haus“.

Parallel wurde der geschichtsrevisionistische „Trauermarsch“ in Remagen initiiert, mit dem die Neonazis aus dem Hinterland zwischen Bonn und Koblenz ein zentrales Event etablierten, das bis heute fest im Szene-Terminkalender verankert ist. Für überregionale Kontakte sorgte der Düsseldorfer Sven Skoda. Im Gegenzug bekam er eine schlagkräftige Hausmacht, die auch überregional mit Lautsprecherwagen anrückte und aggressiv auf ihre Gegner losging. Skoda verlegte sogar seine Meldeadresse in das „Braune Haus“. Hier vernetzten sich verschiedene Neonazistrukturen, die daran Beteiligten wurden später als Mitglieder oder Unterstützer des ABM angeklagt.

Der erste Versuch: 926 Seiten Anklageschrift und 337 Prozesstage

Im August 2012 begann vor dem Oberlandesgericht Koblenz der Prozess gegen insgesamt 26 Neonazis. Diesen wurde in einer 926 Seiten langen Anklageschrift vorgeworfen, in der Zeit von 2007 bis 2012 mit Einzelhandlungen bzw. gemeinschaftlich handelnd eine kriminelle Vereinigung gegründet bzw. unterstützt zu haben. Zu diesen Handlungen gehörten Brandstiftung, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen und Propagandadelikte. Von Beginn an deuteten sich die enormen Dimensionen und die verfahrenstechnischen Probleme dieses Strafprozesses an. Es wurden über 120 ZeugInnen aufgerufen. Die 52 AnwältInnen, darunter viele aus der extremen Rechten, zogen den Prozess zusätzlich mit Hilfe von insgesamt über 1.000 Verfahrens-, Beweis- und Befangenheitsanträgen in die Länge. Krankmeldungen und Verspätungen häuften sich. Zusätzlich traten Teile der Angeklagten aggressiv auf, bedrängten ZeugInnen und ProzessbeobachterInnen. Im Laufe der Zeit mussten Richter und Schöffen aus verschiedenen Gründen ersetzt werden. Schlussendlich platzte der Prozess nach 337 Verhandlungstagen durch das altersbedingte Ausscheiden des Vorsitzenden Richters im Juni 2017. Von den Angeklagten waren zu diesem Zeitpunkt noch 17 übrig.

Der zweite und dritte Versuch: wegen Geringfügigkeit eingestellt

Im zweiten Anlauf sollte nun alles besser werden: Der neue Vorsitzende Richter stand noch nicht kurz vor der Pensionierung, zusätzlich wurden weitere Ergänzungsrichter und Schöffen bestimmt. Der



Der Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation Christian Häger als Redner in Berlin

politische und öffentliche Druck war durchaus hoch, es gab ein bundesweites Interesse am Prozess und schließlich gilt das Verfahren als eines der längsten in der Bundesrepublik, weshalb es immer wieder als Beispiel in Diskussionen über die Möglichkeiten einer gesetzlichen Verkürzung von Strafverfahren genannt wurde. Hierdurch soll es zukünftig erschwert werden, durch eine „Konfliktverteidigung" umfangreiche Strafprozesse durch Verzögerungen zum Scheitern zu bringen. Diese Diskussionen nützten dem zweiten Anlauf des Verfahrens wenig. Nach fünf Verhandlungstagen im Herbst 2018 war wieder Schluss. Aufgrund einer erfolgreichen Besetzungsrüge gegen die Zusammensetzung der Strafkammer am OLG Koblenz ging es im Februar 2019 nun zum dritten Mal von vorne los. Mittlerweile hatte sich die Gruppe der Angeklagten auf 13 Personen verkleinert. Hier zeigte sich die neue Taktik des Gerichts, ein kontrolliertes auslaufen lassen des Prozesses rückte in den Vordergrund. Im dritten Prozessanlauf verließen fast monatlich Angeklagte das Verfahren, vor allem durch Verfahrenseinstellungen. Vereinzelt kam es zu Freisprüchen und Verurteilungen, die durchweg mit geringen Strafen bedacht wurden. Einmal wurde eine Geldstrafe fällig, bei einem anderen Angeklagten sah das Gericht von einer Strafe ab, wohl auch vor dem Hintergrund der über einjährigen U-Haft. Nach dem Tod des Kölner Angeklagten Paul Breuer im August 2019 einigten sich Staatsanwaltschaft, Gericht und Verteidigung innerhalb einer Woche auf die Einstellung der übrigen Verfahren, unter anderen gegen Sven Lobeck, Christian Häger und Sven Skoda. Im November kam es in einem zuvor abgetrennten Verfahren zur letzten Einstellung und somit zum Schlussstrich unter das Strafverfahren.

Ein ernüchterndes Fazit

Der siebenjährige Strafprozess gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein" ist ein Zeugnis für das Scheitern der Staatsanwaltschaft Koblenz. Im nördlichen Rheinland-Pfalz war es nicht der erste Fall, in dem Behörden neonazistische Organisationen mit dem §129 StGB zu zerschlagen versuchten. Erfolg hatte diese Strategie bei der „Kameradschaft Westerwald". In der Rückblende steht jedoch fest: Die Behörden störten das aggressive Auftreten der Neonazistrukturen über Jahre kaum, öffentlich leugnete man das Problem. Erst spät handelte man, dann allerdings umfassend mit dem Vorwurf der „kriminellen Vereinigung". Dieser Vorwurf hielt dem „Mammutprozess" nicht stand. Auch die Diskussion über die juristischen Rahmenbedingungen und mögliche Gesetzesänderungen gegen „Konfrontationsverteidigung" müssen in diesem Zusammenhang beurteilt werden. Bevor Strafprozessordnungen beschnitten werden sollen, könnte auch die Frage nach der richtigen Strategie der Strafverfolgungsbehörden gestellt werden.

Auf Seiten der Neonaziszene fällt die Bewertung differenziert aus: In der Außenwahrnehmung war man um Geschlossenheit bemüht. Der Gerichtssaal wurde zur Bühne für den vermeintlichen „Kampf gegen das System". Zumindest für einen Teil der ehemaligen Angeklagten lohnte sich diese Selbstinszenierung im Hinblick auf ihren Stand innerhalb der bundesweiten Neonaziszene. Wie viel allerdings von dieser Geschlossenheit nach Ende des Prozesses bestehen bleibt ist fraglich. Teile der Angeklagten zogen sich bereits zumindest vorübergehend zurück, einige wenige sind angeblich ausgestiegen. Am 16. November fand zum 11. Mal in Folge der Aufmarsch in Remagen statt. Viele der ehemaligen Angeklagten fielen allerdings durch ihre Abwesenheit auf. Die Struktur „Aktionsbüro Mittelrhein" ist Geschichte. Was bleibt, sind offene Fragen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der regionalen Strukturen sowie eine in Rückblende skurrile und mehrere Millionen teure Prozessodyssee am Oberlandesgericht Koblenz. •

NS-SZENE

In ihrer Hochburg Plauen tritt die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ offensiv mit Kampagnen in Erscheinung, die speziell an Kinder und Jugendliche gerichtet sind. Offiziell präsentieren die Neonazis das als soziales Angebot, tatsächlich aber dürfte die Ideologievermittlung im Hintergrund immer präsent sein.

Die Jugendarbeit des „Der III. Weg“

JOHANNES HARTL

Fast könnte man das, was sich da am 3. August 2019 im sächsischen Vogtland abgespielt hat, für einen harmlosen Ausflug halten. Ein Video zeigt eine Personengruppe, bestehend aus Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen, die durchs Grüne wandert. Während der Tour lernten die Jüngsten unter den Teilnehmenden verschiedene Techniken, übten das Feuermachen und den Aufbau von Zelten. Später ließen sie den Tag beim gemeinsamen Kochen gemütlich ausklingen. Es sollte unscheinbar und harmlos wirken, fast so, als wäre es der Ausflug einer normalen Jugendgruppe.

Tatsächlich aber handelte es sich um einen sogenannten „Jugendtag“, organisiert von der militanten Neonazi-Partei „Der III. Weg“. Deren AktivistInnen haben das Material am 14./15. August selbst im Internet veröffentlicht, um sich so als Kümmerer zu inszenieren, als die angeblich einzige politische Kraft, die sich überhaupt noch für die Belange von jungen Menschen einsetzt. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr; sie reiht sich ein in eine größere politische Kampagne, mit der offenbar gezielt Kinder und Jugendliche für die neonazistische Partei angesprochen werden sollen.

Schon am 15. Januar 2018 hatte der Nürnberger Neonazi Kai-Andreas Zimmermann, damals noch Leiter des „Gebietsverbandes Süd“, über eine eigene Jugendarbeit spekuliert. Im parteieigenen Podcast „Revolution auf Sendung“ erklärte Zimmermann, befragt nach eigenen bündischen Elementen in der Parteiarbeit und einer eigenen Jugendorganisation, dass dies eigentlich „durch unsere Weltanschauung (...) vorgegeben“ sei. Auf lange Sicht solle in diesem Bereich etwas Eigenes entstehen, sofern denn die „entsprechenden personellen Voraussetzungen gegeben sind“.

Was einst noch vage Gedankenspiele waren, ist zwischenzeitlich längst in die Realität umgesetzt worden: Aktuell betreibt „Der III. Weg“ ein breit gefächertes Angebot, adressiert an verschiedene Altersgruppen und orientiert an verschiedenen Bedürfnissen. Der „Jugendtag“ ist da nur die Spitze des Eisbergs, es gibt auch eine regelmäßige Hausaufgabenbetreuung, Geschenkaktionen für Kinder, eine Schultütenausgabe oder Jugendtreffen. Sogar eigene „Selbstverteidigungskurse“ bietet die Partei an, bei denen Kinder und Jugendliche von radikalen Neonazis trainiert werden. Auf Fotos im Internet sind die Kinder zu sehen, wie sie verschiedene Techniken einüben und ausprobieren, gekleidet in einheitlich beigen T-Shirts der parteiinternen „Arbeitsgruppe Körper & Geist“.

Dabei ist diese parteiinterne Gruppierung längst nicht die einzige, die sich um junge Menschen bemüht. Auch eine eigene „Arbeitsgruppe Jugend“ des „Gebietsverbands Mitte“ wurde am 2. Februar 2019 ins Leben gerufen, als die Neonazis in den Plauener Räumlichkeiten ein sogenanntes Jugendtreffen veranstalteten. Ein im Internet veröffentlichter Flyer benennt verschiedene Aktivitäten, welche von dem Zusammenschluss ausgehen sollen – darunter Ausflüge, Nachhilfe, Sport, Spiel und Spaß. Zudem werden „Gemeinschaft“ und „Zusammenhalt“ als Schlagworte benannt, überschrieben ist beides mit dem Motto „Jugend voran“.

In der offiziellen Lesart präsentiert „Der III. Weg“ die Arbeit mit Kinder und Jugendlichen gerne als soziales Angebot. Auf der Internetseite ist von einer Jugend ohne Perspektive die Rede, von verfallenen Spielplätzen und geschlossenen Jugendzentren, von einer Jugend, die massenweise der Drogensucht anheimfalle. Wo der Staat (vermeintlich oder tatsächlich) versagt, da springen die Neonazis ein – so lautet der allgemeine und regelmäßig bemühte Tenor.

Freilich ist dieser Habitus nicht mehr als eine Inszenierung. „Der III. Weg“ selbst macht kaum einen Hehl daraus, welches Ziel sich tatsächlich hinter diesen Angeboten verbirgt. Kurz nach dem „Jugendtag“ im Vogtland, als die Parteikader mit Kindern durchs Grüne wanderten, veröffentlichten die Neonazis am 28. August auf ihrer Webseite ein Videointerview. Es sollte die „Arbeitsgruppe Jugend“ der Öffentlichkeit vorstellen. Der vorbestrafte Führungskader Tony Gentsch interviewt darin Max-Joseph Matthieß, einen 20-jährigen Thüringer Neonazi, der selbst in der AG aktiv ist.

Pro forma wird in dem Video zwar das übliche Mantra wiederholt, dass Politik nicht im Vordergrund der Angebote stehe. Doch an anderer Stelle wird Matthieß deutlich: „Die Jugendarbeit ist immens wichtig. Denn wenn man einmal schaut,



Screenshot WDR



Screenshot WDR

Sportangebote und „Selbstverteidigungskurse“ für Kinder der parteiinternen „Arbeitsgruppe Körper & Geist“ des „Der III Weg“

wer so auf Kundgebungen oder Demonstrationen von uns gegenüber steht, dann sieht man ja doch, dass das häufig sehr, sehr junge Menschen sind, die sehr geblendet sind von diesem System, von dieser Erziehung, die sie seit über 70 Jahren genießen.“ Es bleibe der Partei gar nichts anderes übrig, als die Jugend einzubinden, folgert der Neonazi. „Denn jede Bewegung, die etwas erreichen will – dies beruht auf der Jugend. Denn die Jugend ist der Teil eines Volkes, und die muss immer voran gehen.“

Für den „Der III. Weg“ reiht sich das nahtlos in sein politisches Gesamtkonzept ein; es ist Bestandteil eben jener Strategie, mit der der (erhoffte) gesellschaftliche Umsturz realisiert werden soll. Das Ziel ist eine „völkische Wiedergeburt unserer Nation“, wie es beispielsweise die „Arbeitsgruppe Körper & Geist“ großspurig formulierte. Darauf arbeitet die Neonazi-Partei, bei deren Programmatik selbst die Sicherheitsbehörden klare Schnittmengen zu jener der NSDAP erkennen, mit einem sogenannten „Drei-Säulen-Konzept“ hin. Es gliedert sich auf in den politischen Kampf, den kulturellen Kampf sowie in den Kampf um die Gemeinschaft.

Ein Großteil dieser Angebote, die für Kinder und Jugendliche organisiert werden, konzentriert sich bislang auf das sächsische Plauen. Als Hochburg der militanten Neonazis hat die Stadt im Vogtland eine Sonderstellung – vor allem wegen der Immobilien, über die „Der III. Weg“ dort verfügt. Diese bieten einerseits einen sicheren Rückzugsraum für die Aktivisten, andererseits liefern sie die nötige Infrastruktur, ohne die jedenfalls einige der Angebote kaum durchgeführt werden könnten.

Doch auch ins benachbarte Thüringen wurden die Aktivitäten zuletzt bereits ausgedehnt. Den dortigen Neonazis um Wolodja Wanjukow gelang ein kleiner PR-Coup, als sie im Juni drei Kinder zum deutschen Sportabzeichen nach Erfurt schicken konnten, gekleidet wiederum in den einheitlichen Partei-T-Shirts. Ähnlich wie in Plauen verfügt „Der III. Weg“ im Ortsteil Herrenberg der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt über eine eigene Immobilie, wo nach Einschätzung von Beobachtern auch Kinder und Jugendliche an den sogenannten Selbstverteidigungskursen teilnehmen können.

Wieviele Kinder und Jugendliche es tatsächlich sind, die in Plauen wie in Erfurt die entsprechenden Angebote nutzen, lässt sich nur schwer beurteilen. Außer den neonazistischen Veröffentlichungen gibt es kaum unabhängige Quellen, anhand derer sich eine realistische Einschätzung treffen lässt. Klar ist aber: Die Selbstdarstellung des „Der III. Weg“ als unverfängliches soziales Angebot für die breite – das heißt: deutsche – Bevölkerung muss kritisch hinterfragt und angemessen eingeordnet werden.

„Der III. Weg“ ist seit jeher als elitäre Kaderpartei organisiert, auch in bewusster Abgrenzung zu anderen Parteien der extremen Rechten. Es war nie das primäre Ziel der Neonazis, ihre Mitgliederzahlen beliebig zu steigern. Im Gegenteil: Die Partei will ein geschlossener Zirkel bleiben, der nur Mitglieder aufnimmt, die ihnen würdig erscheinen. Dass die Kinder- und Jugendarbeit das Ziel verfolgt, in größerem Stil neue Mitglieder zu rekrutieren, erscheint daher eher fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass diese Kampagne nicht zuletzt einem internen Ziel dient.

In der Anfangszeit, als die ersten „Selbstverteidigungskurse“ für Kinder angeboten wurden, gaben die Neonazis selbst zumindest einen Hinweis in diese Richtung. Es würden sich „immer mehr Familien und alleinerziehende Elternteile in unseren Reihen engagieren“, hieß es am 5. März 2018 auf der Partei-Webseite, folglich würden „enorm viele Kinder in unserem Umfeld heran wachsen“. Die Angebote dürften insoweit mehr eine ideologie- und identitätsstiftende Wirkung nach innen entfalten und könnten nicht zuletzt einen Versuch darstellen, für die Kinder neonazistischer Eltern ein Angebot zu schaffen, um diese sukzessive an die Strukturen heranzuführen. •

BRAUNZONE

„Mishima und Todessehnsucht am Morgen", schreibt Martin Sellner auf Twitter. Sellner ist der Führer der neofaschistischen Gruppe „Identitäre Bewegung". Doch wer ist Mishima? Was meint Sellner mit Todessehnsucht? Und warum ist das alles brandgefährlich?

Die Todessehnsucht der Identitären

MICHAEL BONVALOT

Es ist ein bizarres Bild, festgehalten auf einer grobkörnigen Filmaufnahme. Am 25. November 1970 steht der japanische Faschist Yukio Mishima auf dem Balkon einer Kaserne in Tokio. Er versucht, zu den Soldaten zu sprechen, bekleidet mit einer Uniform seiner Privat-Armee, am Kopf eine weiße Binde mit Parolen. Kurz zuvor hat der 45-Jährige mit vier seiner Kameraden den Kommandanten der Kaserne als Geisel genommen, nun will er die Soldaten zum Aufstand bewegen. Doch die pfeifen, lachen ihn aus, rufen, er solle verschwinden.

Immer wieder fordert Mishima die Soldaten auf, ihm zuzuhören. Vergeblich. Schließlich begeht Mishima Selbstmord, indem er sich ein Kurzschwert in den Bauch rammt. Das bizarre Ende sollte dabei nicht über die Gefährlichkeit dieses Mannes hinwegtäuschen. Mishima ist über Japan hinaus als Künstler bekannt und populär. Gleichzeitig war er glühender Nationalist und Antikommunist, der sich das faschistische Japan zurückwünschte, das durch den Krieg verloren ging. Die Millionen von Gefolterten und Ermordeten, die das Kaiserreich ab dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in Südostasien und im Inland zu verantworten hat, tangierten ihn offenbar nicht. Er wollte eine mächtige Armee, vorzugsweise „mit Atomwaffen bewaffnet". Auf der einen Seite modernistische Allmachtsfantasien, gleichzeitig der reaktionäre Blick in die Vergangenheit: Mishima sehnte sich in Interviews nach den Samurais, der nationalistisch aufgeladenen Allmacht des Kaisers – und immer wieder nach einem heldenhaften Selbstmord.

Identitäre sind „Mishima-Fans"

Doch was hat der japanische Faschist, verhinderte Putschist und politische Selbstmörder Mishima mit der neofaschistischen „Identitären Bewegung" (IB) zu tun? Sehr viel, wie ein Blick auf das Agitationsmaterial der IB zeigt. Die Identitären bezeichnen sich als „Mishima-Fans", in ihrem – Mitte Dezember 2019 online nicht mehr erreichbaren – Webshop „Phalanx Europa" werden sogar Fanartikel verkauft. Immer wieder beziehen sich führende IB-Vertreter öffentlich auf den japanischen Putschisten. Bei „Phalanx Europa" kann Mishima-Merchandising in verschiedenen Formen erworben werden. Da ist etwa ein T-Shirt, wo Mishima mit einem Samuraischwert posiert. Der Text lässt keine Zweifel: „YODO – You only die once" sowie: „Turn your life into a line of poetry written with a splash of blood" – Verwandle dein Leben in eine Gedichtzeile, geschrieben mit einem Spritzer Blut. Es ist ein Zitat von Mishima. Damit keine Zweifel an der Verehrung für Mishima bestehen, folgt der Produkttext. Mishima würde mit dem Merchandising „ein Denkmal gesetzt".

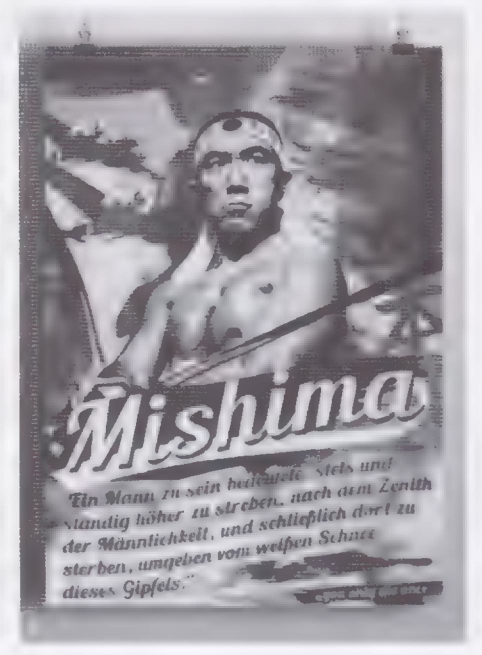
Blut soll fließen

Ebenfalls zu erwerben ist ein Mishima-Poster, beworben mit dem Hinweis, dass dieses Poster „in keinem neurechten Haushalt fehlen" dürfe. Bewunderung für den Gründer einer faschistischen Privatarmee, für einen Putschisten? Als Vorbild ein Leben, geschrieben „mit einem Spritzer Blut"? Wir sollten hellhörig werden. Yukio Mishima wird im Japan der 1960er Jahre endgültig zum Aktivisten. Es ist seine Reaktion auf die zunehmende Stärke der Linken insbesondere an den Universitäten. Er beteiligt sich am Aufbau einer nationalistischen Miliz, er wird gefährlich, er will den Umsturz. Seine Gruppe, die Tatenokai (Schild Gesellschaft), erhält Training durch die Armee. Nun beginnen Diskussionen und Planungen für einen Militärputsch. Die Attacke auf die Kaserne kann als Versuch eines Auslösers für einen solchen Putsch gedacht werden – und gleichzeitig als bereits lange geplanter Suizid von Mishima. „Harakiri ist eine sehr positive, eine sehr stolze Art des Todes", äußerte er sich in einem Interview. Harakiri „führt manchmal zu Deinem Sieg".

Die homophobe Maske Martin Sellner

„ich mag Japan extrem gern wegen mishima", schreibt Martin Sellner 2016 auf Twitter. Als Sellner zwei Jahre davor in einem langen – und langatmigen – Text erläutert, warum er vom klassischen NS-Faschismus zum Faschismus der selbsternannten „Neuen Rechten" gewechselt sei, nennt er seine Zeilen „Geständnis einer Maske". Für





Links: Ein Anhänger der Berliner Identitären bei ihrem blockierten Aufmarsch 2017 in Berlin mit einem Mishima-Shirt aus dem „Phalanx Europa"-Versand.

Rechts: Mishima-Fanposter im „Phalanx Europa"-Versand.

Eingeweihte bereits damals eine Referenz an Mishima. Dessen bekanntestes Werk trägt den Titel „Bekenntnisse einer Maske". Mishima bearbeitet dort seine verdrängte Homosexualität - was weniger zum Männlichkeitsbild der FaschistInnen passt. Es sollte also nicht verwundern, dass Sellner einen seiner Mishima-Tweets mit dem Hashtag #nohomo versieht. Offensichtlich muss er seine AnhängerInnen seiner Heterosexualität versichern. Auch Martin Semlitsch, im Hintergrund agierender Theoretiker des IB-Milieus, kommt immer wieder auf Mishima zurück. Der sei einer in einer Reihe von „schillernden Figuren", „Dichtern und Träumern" gewesen, „die ein verlockender Hauch des Hades umgab", schreibt Semlitsch bewundernd. Andere VertreterInnen des Spektrums beziehen sich ebenfalls immer wieder auf Mishima. Sein Selbstmord sei „keine Niederlage", sondern „das völlige Aufgehen im Körperlichen", heißt es etwa in der extrem rechten „Blauen Narzisse".

Suizid in der Kathedrale

Auch ein weiterer Star der extremen Rechten wird für seinen Selbstmord gelobt. Als sich der französische Faschist Dominique Venner am 21. Mai 2013 in der Kathedrale Notre Dame in Paris erschießt, führt das zu fast hymnischen Reaktionen. Venners Selbstmord sei „überlegt, symbolisch, männlich, frei und hart" gewesen, schreibt etwa Götz Kubitschek in der „Sezession". Im Versandshop „Phalanx Europa" findet sich das Motiv „Rebell aus Treue", es soll eine „Hommage" an den „neurechten Vordenker" sein, heißt es auf der Identitären-Plattform „Tagesstimme". Nun könnten diese Referenzen als verschrobene Liebe deutschsprachiger Faschisten zu Suizid und internationalen faschistischen Größen abgetan werden. Doch es steckt weit mehr hinter der Sache.

Der japanische Faschismus als Code

Für die selbst ernannte „Neue Rechte" haben Faschisten wie Mishima oder Venner eine enorme propagandistische Bedeutung. Denn sie funktionieren als politischer Code. Zentrale Kader der „Neuen Rechten" von Sellner abwärts kommen aus klassischen Neonazi-Gruppen. Doch sie haben erkannt, dass die nationalsozialistische Form des Faschismus ein Hemmschuh bei der Rekrutierung ist. Für Österreich kommt hinzu, dass NS-"Wiederbetätigung" zu mehrjährigen Haftstrafen führen kann, wie etwa Sellners einstiger Führer Gottfried Küssel am eigenen Leib erfahren musste. An die Stelle von NS-Größen treten in der Agitation nun italienische, französische, japanische und weniger bekannte deutsche FaschistInnen. Diese Taktik bietet praktische Vorteile: Zum einen sind Namen wie Ezra Pound, Carl Schmitt, Dominique Venner oder Yukio Mishima kaum bekannt, damit schrecken sie die breitere Öffentlichkeit weniger ab, sind anschlussfähiger. Zum anderen gibt es hier keine Gefahr staatlicher Repression.

Doch für Eingeweihte können die Identitären mit dem Bezug auf Mishima klare Botschaften vermitteln: Der Aufbau einer Privatarmee als Weg, der Militärputsch als Mittel, die autoritäre Gewaltherrschaft als Ziel. Endzeitstimmung und Suizid passen dabei perfekt zur Ideologie. Die Identitären sehen sich selbst als „letzte Generation", die einen imaginierten Bevölkerungsaustausch verhindern könne. Doch wer sich selbst als letzte Generation begreift, die etwas ansonsten Unumkehrbares verhindern könne, darf buchstäblich zu allen Mitteln greifen. Auch das Motiv des Kampfes bis zum Tod ist den Identitären dabei nicht fremd. Immerhin ist das Lambda-Symbol sogar konstitutiv für die Gruppe. Damit setzt sich die IB in die Tradition jener spartanischen Kämpfer, die in einer Schlacht gegen das persische Reich wohl fast vollständig den Tod fanden.

„Mishima und Todessehnsucht am Morgen" twittert Martin Sellner. Es ist eindeutig, was er den Eingeweihten damit für eine Botschaft vermittelt. Hier muss sich niemand mehr jenseits der Identitären terroristisch radikalisieren. Hier ist die potentielle Terror-Ideologie bereits fertig aufbereitet. Faschistische Milizen, Putsch, Machtergreifung. Mit einem Spritzer Blut und bis zum Tod. Die Botschaft der Identitären ist eindeutig. Und sie ist gefährlich. •

Michael Bonvalot ist Journalist und Autor in Wien. Er schreibt für verschiedene Medien in Österreich und Deutschland sowie auf bonvalot.net. Zuletzt erschien von ihm „Die FPÖ - Partei der Reichen".

BRAUNZONE

Die AfD nach der Landtagswahl in Thüringen

KAI BUDLER

Bei der Thüringer Landtagswahl Ende Oktober 2019 setzte sich der Trend fort, der sich bereits bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen abgezeichnet hatte. Hatte die AfD dort bereits erhebliche Stimmgewinne verzeichnet, konnte sie auch in Thüringen ihr Ergebnis aus dem Jahr 2014 mehr als verdoppeln. Mit 23,4 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen ging die Partei unter Leitung von Björn Höcke als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervor. Auch bei den Erststimmen konnte die AfD punkten und holte ein Viertel der insgesamt 44 Direktmandate, die bisher traditionell größtenteils der CDU vorbehalten waren. Mit knapp 33 Prozent holte die AfD im ostthüringischen Wahlkreis Gera II. die meisten Erststimmen. Die gewählten Direktmandats-Träger sind meist erst seit wenigen Jahren in der Politik aktiv und Neulinge auf dem Landtagsparkett. Deutlich gestiegen ist auch die Wahlbeteiligung. 2014 noch bei historisch niedrigen 52,7 Prozent, lag sie nun im Oktober bei 64,9 Prozent. Davon profitierte besonders die AfD, die mit rund 77.000 Personen die meisten ehemaligen Nichtwähler_innen mobilisierte. Von der CDU wanderten 36.000 Wähler_innen zur AfD, aus dem Lager der Linken waren es 17.000. Von der SPD nahm sie 7.000 Stimmen weg und auch 1.000 ehemalige Grünen-Wähler_innen entschieden sich dieses Mal für die extrem rechte Partei. Am häufigsten wurde die AfD von Wähler_innen zwischen 18 und 44 Jahren gewählt, die geringste Resonanz erhielt sie in der Gruppe der über 60-Jährigen. Und wie schon länger zu beobachten ist, wählten mit 29 Prozent wesentlich mehr Männer die AfD als Frauen (18 Prozent).

Noch knapp drei Wochen vor der Wahl hatte der Erfurter Politikwissenschaftler Prof. Dr. Kai Hafez eine Analyse des Wahlprogramms der Thüringer AfD vorgelegt und war zu dem Schluss gekommen, es biete „etliche Hinweise auf eine Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung". Doch in dem Heimatland des rechten AfD-Netzwerks „Der Flügel" schreckt das fast jeden vierten Wähler nicht, wie eine repräsentative Befragung Thüringer Wahlberechtigter vor der Wahl zeigte. Demnach finden mehr als zwei Drittel der befragten potenziellen AfD-Wähler_innen, der rechtsradikale Verband verorte sich unter Höcke auf der Rechts-Links-Skala „genau richtig". Mit diesem Wahlergebnis wird die AfD zweitstärkste Fraktion und entsendet 22 der insgesamt 90 Abgeordneten in den neuen Thüringer Landtag. Nach Ausschlüssen und Austritten in der letzten Legislatur umfasste die Fraktion zuletzt nur noch sieben der ursprünglich elf Mitglieder. Sechs davon sind auch im 7. Thüringer Landtag vertreten, sie gehören allesamt zu den Unterzeichnern der von Höcke initiierten „Erfurter Resolution", der „Gründungsurkunde" des völkischen Netzwerks „Der Flügel" in der AfD. So zum Beispiel Stefan Möller, der der Fraktion auch künftig als Parlamentarischer Geschäftsführer angehört. Der Rechtsanwalt hatte bei der Bürgermeisterwahl in Erfurt mit rassistischen Gruppen gegen den bereits genehmigten Bau einer Moschee zusammen gearbeitet. Nachdem in einer Studie ein Anstieg antisemitischer Einstellungen 2019 in Thüringen um sieben Prozentpunkte registriert worden war, erklärte Möller schlicht: „So ist eine Zunahme antisemitischer Einstellungen in der realen Thüringer Gesellschaft nicht festzustellen." Zweiter parlamentarischer Geschäftsführer der neuen Fraktion ist Torben Braga, Mitglied der Jenaischen Burschenschaft Germania, der Burschenschaft Germania Marburg und ehemaliger Bundessprecher der Deutschen Burschenschaft. In der vergangenen Legislatur arbeitete Braga als „Assistent des Fraktionsvorsitzenden" und traf sich im September 2016 mit Neonazis aus der Gruppe „Wir lieben Meiningen" zum Handshake. Mit dabei war auch Ann-Katrin Magnitz, Tochter des früheren Bremer AfD-Bürgerschaftsmitglieds Frank Magnitz. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende fungieren Jens Cotta, Denny Jankowski und Olaf Kießling, der ebenfalls seit 2014 für die AfD im Landtag sitzt. Dazu zählt auch Corinna Herold, die vor allem 2015 von sich reden machte, als sie in einer Anfrage wissen wollte, wie viele Homo-, Bi- und Transsexuelle in Thüringen leben. Sie hat beste Kontakte zur rassistischen und islamfeindlichen Gruppe „Erfurt zeigt Gesicht" mit Verbindungen zu den „Identitären"





Der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke

und „Ein Prozent". Auch Jörg Henke aus Ostthüringen hat seit 2014 für die AfD Erfahrungen im Landtag gesammelt, war dort Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss und nahm schon an einer „Leserreise" des antimuslimischen Blogs „PI News" nach Israel teil. Thomas Rudy gehörte ebenfalls schon dem Landtag an, likte das Foto eines Fahrrads mit Hakenkreuz, lobte das ausgegrabene Hakenkreuz eines alten NS-Denkmals mit den Worten, bei diesem sei „wohl gutes Baumaterial verwendet" worden, und forderte die Einschränkung der Pressefreiheit. Im Juli 2016 beteiligte sich Rudy in Erfurt an einer Kundgebung des Neonazis Sven Liebich aus Halle, der in den 1990er Jahren ein wichtiger Aktivist der extrem rechten Szene war und dem „Blood & Honour"-Netzwerk angehörte. Zu den politischen Neulingen im Landtag gehört Toca Kniese, eine von drei weiblichen Abgeordneten der männerdominierten Fraktion und stellvertretende Landesvorsitzende der Partei im Freistaat. Die Wirtschaftsjuristin spricht von einer „Klimahysterie", warnt vor einem „Krieg gegen Autofahrer" und warb im Wahlkampf mit antimuslimischen Parolen. Ihren angestrebten Posten als Vizepräsidentin des Landtages aber konnte sie nicht antreten, nachdem in der konstituierenden Sitzung 42 Abgeordnete gegen sie gestimmt hatten. Neu im Landtag ist auch Robert Sesselmann aus Südthüringen, der gegen Demokraten als „pöbelnde Linksfaschisten", „tolerante Gutmenschen mit ihrem faschistoiden Demokratieverständnis" oder „vorgeblich demokratische Kräfte" wettert. Der Rechtsanwalt bringt in sozialen Medien Menschen mit Migrationshintergrund ausschließlich mit dem Thema „Kriminalität" zusammen und setzte im Wahlkampf vor allem auf die Hilfe von Spitzenvertretern des Netzwerks „Der Flügel". In der neuen Fraktion sind auch gleich drei Polizeibeamte vertreten. Neben Lars Schütze und Ringo Mühlmann, der die Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landeskriminalamts (LKA) leitete, gehört dazu auch Torsten Czuppon. Er postete Artikel, in denen von einem „vergessenen Völkermord der Alliierten an den Deutschen" die Rede ist sowie Bilder und Videos von extrem rechten und neonazistischen Seiten. Wiederholt trägt Czuppon Kleidung der bei Neonazis beliebten Marke „Thor Steinar", so etwa beim AfD-Bundesparteitag 2017 in Hannover oder im Dienst bei einer Veranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Ein eingeleitetes Disziplinarverfahren wurde hinfällig, nachdem Czuppon in den Landtag wechselte. Zwei Reihen hinter dem Polizeibeamten sitzt der 1950 geborene Karlheinz Frosch, der für die AfD das Direktmandat im Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt I geholt hat und als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Landtages eröffnete. Frosch gibt als Beruf „Unternehmensberater" an und war bis 2017 zehn Jahre lang Geschäftsführer einer zuletzt hochprofitablen Firma, die vor allem von der deutschen Flüchtlingspolitik profitierte. Sie machte mit dem Bau von Heimen für Geflüchtete Millionengewinne.

Auch auf Bundesebene konnte die Thüringer AfD einen Erfolg feiern: Der kurz vorher als Vorsitzender des Rechtsausschusses abgesetzte Thüringer Bundestagsabgeordnete und Höcke-Vertraute Stephan Brandner wurde auf dem Bundesparteitag in Braunschweig als einer von drei stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ohnehin behielt Höcke Recht, als er im Juli beim Treffen des „Flügel" versprach, dass der aktuelle Bundesvorstand nicht wiedergewählt werde. Als letzte explizite Höcke-Gegnerin sitzt nun nur noch Beatrix von Storch im Vorstand, mindestens drei bis vier Vertreter sind dem „Flügel" zuzurechnen, die restlichen haben mit dem radikal-völkischen Netzwerk längst ihren Frieden gemacht und werden von ihm geduldet. Auch der Nachfolger des ausgeschiedenen Vorsitzenden Alexander Gauland, Tino Chrupalla, war Wunschkandidat des „Flügel" und wurde von Höcke öffentlich unterstützt. Der Sachse, der im September 2019 als Redner am ersten „Flügel"-Treffen in Freital mitwirkte, glänzte nach seiner Wahl im ZDF mit der Aussage, er halte „den Begriff ‚Umvolkung' nicht für rechtsextrem". In einer Pressemitteilung der „Alternativen Mitte" heißt es auch sogleich: „Die Ereignisse von Braunschweig lassen viele Mitglieder ernsthaft daran zweifeln, ob ihr Verbleib in der Partei überhaupt noch einen Sinn hat. Der Donnerhall ist noch nicht verklungen, wird aber bei der bürgerlichen AfD-Wählerschaft als abschreckendes Zeichen wahrgenommen werden." •

ANTIFA

Ein neues Archiv in deiner Stadt!

Interview mit dem Antifaschistischen Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V. (ABAG e.V.)

Stellt bitte das ABAG e.V. kurz vor. Wie kam es dazu, dass ihr euch gegründet habt?
Damian: Wir beobachten schon seit Jahren eine Vielzahl verschiedenster rechter Aktivitäten in der Region: Von klassischer rechter Parteiarbeit über neurechte Burschenschafter, sowie Kameradschaften und militante Netzwerke, bis ins unmittelbare NSU-Umfeld ist eigentlich im Dreiländereck Nordhessen, Südniedersachsen und Nordthüringen nahezu alles vertreten.

Deswegen wollen wir rechte Aktivitäten so umfassend wie möglich dokumentieren und analysieren. Unsere Informationen sollen antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eine solide Unterstützung bieten. Zudem möchten wir mit unseren aufbereiteten Beständen, die regelmäßig aktualisiert und erweitert werden, eine Wissensvermittlung für zukünftige Generationen anbieten. Es gibt doch nichts Frustrierenderes, als jedes Mal wieder bei Null anzufangen!

Chiara: Darüber hinaus kannten wir auch schon das apabiz in Berlin und das a.i.d.a.-Archiv in München und schätzen ihre Arbeit. Deshalb wollten wir etwas Ähnliches mit regionalem Bezug aufbauen. Ein zweiter Aspekt ist, dass wir Archivmaterial aus Privatbeständen sichern konnten. Wir sind schon seit einigen Monaten dabei unseren Archivbestand zu sichten, aufzubereiten und zu erweitern. Wir katalogisieren unsere Sammlung akribisch, denn nur so können wir einen Zugang für weitere Interessierte, Wissenschaftler_innen und Journalist_innen schaffen.

Was habt ihr denn konkret in eurem Bestand?
Chiara: Unser Bestand lässt sich in zwei Teile gliedern. Zum einen in unsere Primärquellen, das ist Literatur aus neonazistischen und neurechten Kreisen.

Die Themenschwerpunkte liegen dabei unter anderem im Bereich des Geschichtsrevisionismus und der rassistischen Agitation. Auch haben wir Publikationen mit klarem regionalen Schwerpunkt wie die Zeitschrift „Komet - das bunte Schülermagazin". Diese wurde zwischen 1978 und 1982 vor den Schulen in und um Göttingen mit einer Auflage von circa 4.500 Stück pro Nummer verteilt. Dahinter verbargen sich lokale neonazistische Kader wie Hans-Michael Fiedler und Christian Heck. Neofaschistisches Gedankengut wurde somit geschickt unter der damaligen Schüler_innenschaft verbreitet. Wir sammeln aber nicht nur rechte Bücher und Zeitschriften, sondern auch Sticker und Flugblätter.

Der zweite Teil unseres Bestands besteht aus Literatur über die extreme Rechte, wobei der Großteil „graue Literatur" ist, also von Antifa-Gruppen ohne weitere Angaben herausgegeben wurde. Daneben verfügen wir über ein Pressearchiv mit lokalen Zeitungsartikeln, in denen rechte Vorfälle in der Region dokumentiert werden.

Damian: Auch Fachzeitschriften wie das Antifaschistische Infoblatt, die Lotta oder den Rechten Rand sowie wissenschaftliche Publikationen über die extreme Rechte haben wir im Archiv, wobei wir perspektivisch den Bestand aktueller Forschungsliteratur weiter ausbauen möchten: So würden wir zum Beispiel gern Literatur zu den Themen Antifeminismus oder neurechten Netzwerken anbieten. Gerade solche Bücher kosten allerdings viel Geld und wir können nicht jede Neuerscheinung einfach so bestellen.

Ein Archiv aufzubauen und seinen Bestand zu pflegen, ist sicherlich nicht einfach. Wie seid ihr gerade aufgestellt und braucht ihr noch Unterstützung?
Damian: Wir betreiben dieses Archiv ehrenamtlich. Unser Team besteht aus Studierenden und Lohnarbeitenden. In Kohle schwimmen wir weder privat noch als Archiv. Wir sind darauf angewiesen, dass Leute dieses Projekt unterstützen, indem sie zum Beispiel eine Fördermitgliedschaft abschließen. Kleine, regelmäßige Beiträge sind großartig und besonders hilfreich, damit die Miete unserer Räumlichkeiten gesichert ist und wir genauer planen können. Aber auch einmalige Spenden helfen uns sehr. Nur so haben wir als Archiv die Chance, uns langfristig in der Region zu halten und zu verankern.

Chiara: Aber nicht nur mit Geld können wir unterstützt werden! Wenn extrem rechte Bücher, Flugblätter, CDs und so weiter gefunden werden, können sie gerne bei uns abgegeben werden. Und natürlich sollten auch extrem rechte Aktivitäten in der Region gemeldet werden, denn wir wollen jährlich eine Chronik rechter Aktivitäten in der Region veröffentlichen. Dazu zählen rechte Kundgebungen, Demonstrationen, Schmierereien aber auch jede andere belegbare rechte Aktivität. Aktuell haben wir mehrere Kisten mit uns übermittelten rechten Stickern und ähnlichem Material. Durch diese zentrale Erfassung



von rechten Aktivitäten können wir Entwicklungstendenzen und lokale Schwerpunkte ganz anders nachvollziehen, als das vorher möglich war. Aber: Es ist auch sehr viel Arbeit.

Habt ihr neben der Pflege des Archivbestands und der Chronik auch noch weitere Aktivitäten im Rahmen eurer Projekts?

Damian: Wir bieten auch Vorträge und Workshops an zu Themen, die wir selbst erarbeitet haben. Die gesamte Liste ist auf unserer Homepage[1] zu finden.

Es sind selbstverständlich viele Vorträge zur regionalen extremen Rechten dabei. Denn mit Karlheinz Weißmann gibt es hier vor Ort einen neurechten Vordenker. Auch ein größeres Milieu verschiedener Studentenverbindungen ist in Göttingen seit jeher sehr aktiv. Wir finden es wichtig, mehr über das Korporationswesen in Erfahrung zu bringen, denn viele Verbindungen, wie zum Beispiel die Corps, etikettieren sich oft als „unpolitisch". Hier liegt es dann an uns, ihre Strukturen und politische Orientierung zu analysieren, denn sehr schnell werden dort autoritäre und patriarchale Strukturen vermittelt, die höchst menschenverachtend sind.

Wenige Kilometer von Göttingen entfernt wohnt außerdem Thorsten Heise, der, wie die meisten eurer Leserschaft wahrscheinlich wissen, nicht nur Teil des NPD-Bundesvorstands ist. Heise ist seit Ende der 1980er Jahre in militanten Kreisen der neonazistischen Rechten unterwegs, Mitbegründer des Konzepts der „Freien Kameradschaften" und unterhält mindestens enge persönliche Kontakte zu Mitgliedern der rechtsterroristischen Gruppe Combat 18.

Chiara: Aber auch allgemeinere Bildungsangebote zur extrem rechten Erlebniswelt, zu Burschenschaften und zur Symbolik in der heutigen Neonaziszene werden von uns angeboten. Es ist uns dabei wichtig, diese Vorträge und Workshops an die Teilnehmenden anzupassen, was im Vorfeld viele Überlegungen bedeutet. Wir wollen nicht nur vor einem akademischen Publikum über etwas referieren, sondern möglichst vielen Interessierten die Gelegenheit bieten, sich über die regionale, aber auch über die überregionale rechte Szene zu informieren. Gerade arbeiten einige von uns daran, Einführungsworkshops für Jugendliche zu gestalten.

Ist das ABAG e.V. eigentlich frei zugänglich?

Chiara: Nein, obwohl wir unsere Archivbestände tatsächlich nicht allein nutzen wollen. Antifaschist_innen, Journalist_innen, Wissenschaftler_innen und Engagierte im Kampf gegen Rechts sind herzlich eingeladen, in unser Archiv zu kommen und mit unseren Beständen zu arbeiten. Dafür muss einfach nur eine E-Mail geschrieben und ein Termin vereinbart werden. Wir hoffen sehr, dass wir in naher Zukunft Öffnungszeiten ohne vorherige Anmeldung anbieten können. Leider ist das ABAG e.V. nicht barrierefrei. Dafür müssen wir noch eine Lösung finden.

Was steht jetzt für euch in den kommenden Monaten an?

Damian: Gerade arbeiten wir an dem Feinschliff für eine Broschüre zu regionalen extrem rechten Strukturen. Es hat uns sehr gefreut, dass dieses Projekt in Kooperation mit verschiedenen lokalen Trägerorganisationen entstanden ist. Wir planen aber schon unsere nächste Publikation, unsere eigene Vereinszeitschrift mit dem Titel „Hingeschaut!". Darin sollen Ergebnisse unserer Dokumentationsarbeit sowie weitere Artikel zur extremen Rechten veröffentlicht werden. Parallel dazu werden wir weiterhin unseren Bestand sichten und katalogisieren. Wir haben das Glück, ein solidarisches und uns zuarbeitendes Umfeld in Göttingen zu haben: Wir bekommen jede Woche neue rechte Quellen! Auch Anfragen für unsere Bildungsangebote haben in letzter Zeit zugenommen. Aber gerade wenn es viel zu tun gibt, betrachten wir dieses Projekt als notwendig, um effektiv über rechte Strukturen in der Region aufzuklären.•

1 https://antifaschistisches-archiv.org/

ANTIFA

Neonazistische Kampfsport-Events entwickeln sich stetig zu einem wirtschaftlich ertragreichen und hoch-ideologisierten Werkzeug der Szene. Dass Kampfsport aber auch genutzt werden kann, um diskriminierungsfreie Räume zu schaffen, beweisen die unzähligen Turniere und Sparringstreffen die seit einigen Jahren zum festen Bestandteil linker Kultur geworden sind.

Kampfsport & Solidarität

EIN GASTBEITRAG VON „THIRTYSIX FIGHTS“

Es ist nichts Neues, dass das Interesse an den verschiedenen Kampfarten innerhalb der Linken steigt. Nahmen noch vor rund fünfzehn Jahren nur vereinzelt linke Sportler_innen an unpolitischen Turnieren teil, kann heute auf ein breites Angebot eigener Veranstaltungen geblickt werden. Bekannt sind Turniere in Spanien und Griechenland, die Events der „Freedom Fighters“ in Polen oder das „Upright Tournament“ in Tschechien. Workshop-Wochenenden, Sparringstreffen und Galas finden letztlich auch regelmäßig in Deutschland mit bis zu 30 Kämpfen und mehreren hundert Zuschauer_innen statt. Eine dieser Veranstaltungen fand Anfang des Jahres 2019 erstmalig unter dem Motto „Thirtysix Fights - United for Rojava“ in Berlin Kreuzberg statt.

Das Interesse nutzen

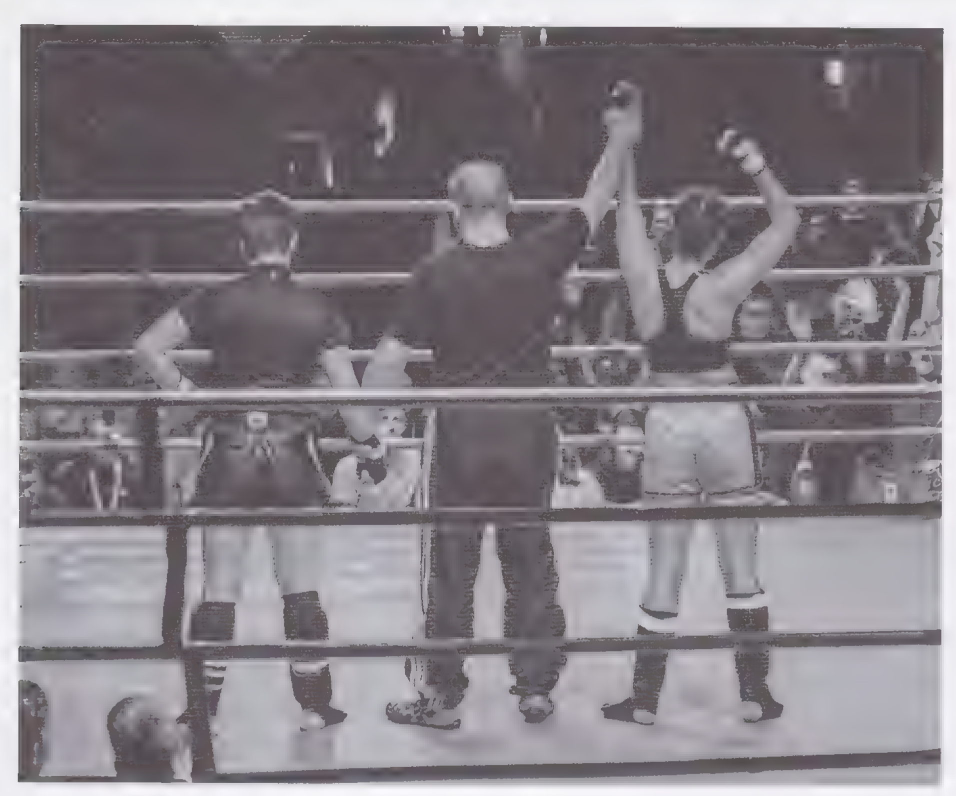
Das Ziel der im Februar stattfindenden Veranstaltung sollte es sein, dass stetig wachsende Interesse an Kampfsport mit der Vermittlung von politischen Themen zu verbinden, so verschiedenste Menschen anzusprechen und einen Austausch zu fördern. Konkret sollte mit den Einnahmen der Gala die einzige Prothesenwerkstatt in Rojava und dem Norden Syrien unterstützt werden, wo die Prothesen für die Zivilbevölkerung und die Kämpfer_innen von YPG/YPJ sowie der anderen demokratischen Kräfte, die im Bürgerkrieg schwer verletzt worden sind, hergestellt werden. Dank regen Interesses von Seiten der Vereine, Gruppen und Zuschauer_innen aus ganz Europa, konnten wir Kampfsport und Solidarität an diesem Tag erfolgreich vereinen und schließlich der Prothesen-Werkstatt in Nordsyrien eine Spende von fast 9.000 Euro überreichen.

Auch 2020 werden wir mit „Thirtysix Fights“ wieder eine Kampfsport-Gala in Berlin-Kreuzberg organisieren. Vor allem jetzt, wo das türkische Militär unter dem Zuschauen der westlichen Regierungen abermals kurdische Gebiete in Nordsyrien angreift und dabei einen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf zu zerstören versucht, ist es uns wichtig, uns solidarisch zu zeigen. Da Krieg in der Konsequenz Flucht und Vertreibung heißt und Tausende in Notlagen bringt, wird unsere Gala am 11. April im Club SO36 in Solidarität mit den Menschen im Camp Mexmûr stehen. Der Zufluchtsort im Norden Iraks besteht seit 1998 und wird von über 12.000 Menschen, hauptsächlich Kurd_innen, bewohnt, wobei Selbstorganisierung eines der zentralen Elemente des Lebens ist. Wo am Anfang Wüste war, entstanden über die Jahre Krankenhäuser, Schulen, Frauenakademien und Jugendhäuser. Militärische Angriffe der türkischen Armee, deren Verbündeter und des IS prägten die Lebenssituation im Camp in den letzten Jahren. Nur die Guerilla in den nahen Bergen erwies sich als verlässliche Unterstützung, um etwa den IS aus Camp Mexmûr zu vertreiben. Im Moment ist das Camp zudem von einem Embargo betroffen, durchgesetzt von den Kräften der „Kurdischen Demokratischen Partei“ (KDP) und dem türkischen Geheimdienst MIT.

In der Annahme, dass dieses Embargo auch die medizinische Grundversorgung im Camp beeinträchtigt, werden wir die Einnahmen aus unserer Gala im April 2020 für die Unterstützung dieser im Camp Mexmûr spenden. Dazu werden wir, wie bei der Veranstaltung 2019, den Tag gemeinsam mit Vertreter_innen aus kurdischen Solidaritätsprojekten und Organisationen mit Inhalt füllen, damit sich alle Teilnehmenden ein Bild vom Camp im Norden des Iraks machen können. Es kann sich in den Disziplinen Muay Thai, K1 und klassisches Boxen angemeldet werden. Vom Leistungsniveau sind alle Klassen willkommen. Es soll sowohl Raum für erfahrene Kämpfer_innen als auch für Leute, die zum ersten Mal im Ring stehen, geben. Vereinendes Element ist der gegenseitige Respekt. Es steht nicht im Vordergrund, wie schwer ein Kämpfer oder eine Kämpferin sein_ihr Gegenüber verletzen kann. In Erinnerung bleiben eher die Kämpfer_innen, die durch Technik überzeugen können. „Fighting the good fight“ im direkten und übertragbaren Sinne - diskriminierungsfrei, solidarisch, fair und respektvoll.

Der Unterschied zwischen Sport und Gewalt

Wenn du in den Ring gehst, um dich mit deinem Gegenüber zu messen, dann machst du das aus freien Stücken. Du machst das, weil du Spaß an den unterschiedlichen Techniken hast, die dir nützen, um nach entsprechendem Regelwerk



Wie hier im Bild 2019, wird auch die Gala am 11. April 2020 im Berliner Club SO36 stattfinden.

am Ende eventuell als Sieger oder Siegerin hervor zu gehen. Dabei entscheidest du, wie weit du gehen willst und vor allem entscheidest allein du, wann du genug hast. Du kannst jederzeit das Handtuch werfen und den Kampf abbrechen. Im Gegensatz zur Gewalt auf der Straße. Gewalt suchst du dir im Normalfall nicht aus, ihr kannst du dich oftmals nicht entziehen und sie macht auch keinen Spaß. Das ist der Unterschied zwischen Sport und Gewalt, der oft ausgeblendet wird, wenn wir über Kampfsport sprechen. So in etwa formulierte es ein aktiver linker Kampfsportler jüngst auf einer Veranstaltung zum Thema Neonazis im Kampfsport.

Genau das unterscheidet eine linke Kampfsportkultur vom Wesen neonazistischer Events und Gyms. Die Kampagne „Runter von der Matte - Kein Handshake mit Nazis", die Informationen zur rechten Kampfsport-Szene bereit stellt, beschrieb die Bedeutung von Kampfsport in der Neonazi-Szene wie folgt:

„Neonazis bereiten sich u.a. durch das Training im Kampfsport für den ‚Tag X' vor. Man müsse sich ‚wehrhaft' machen (...) Damit meint die Szene jedoch nicht den Akt der Verteidigung, sondern den des Angriffs. Es geht darum, den selbstkonstruierten Gegner physisch unterdrücken und gegebenenfalls auch ohne Waffen Gewalt ausüben zu können (...)." Sport und Gewalt sollen hier vereint werden, während die neonazistischen Events zur Finanzierung der Szene und als Rekrutierungsfeld dienen.

Verbote

Diese Analyse, die schon vor Jahren von Beobachter_innen der Neonazi-Szene erstellt wurde, wurde den rechten Kampfsportstrukturen vor kurzem erstmals zum Verhängnis. Seit 2013 richtet diese unter stetiger Professionalisierung u.a. den „Kampf der Nibelungen" (KdN) aus. Das Hauptevent, welches im Oktober 2019 in Ostsachsen ausgetragen werden sollte, wurde kurzfristig von der Stadt verboten. Begründet wurde das Verbot damit, es sei davon auszugehen, dass „Kampftechniken gezeigt werden, die auch gegen Polizeikräfte zum Einsatz kommen sollen (...)." Dass der KdN aber vor allem Vernetzungsort rechter Hooligans und Neonazis aus militanten Strukturen ist, schien nicht vordergründig ins Gewicht zu fallen.

Eine Verbotsbegründung wie diese könnte auch die linke Kampfsportlandschaft treffen. Erst im Frühjahr 2019 echauffierte sich das AfD-nahe Portal „Blick nach Links" über eine Kampfsportveranstaltung im Potsdamer Jugendkulturzentrum „Freiland", in deren Workshops es u.a. um „den aktiven Kampf gegen die Exekutive" gehen würde. Ein Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz über die Veranstaltung aus dem Jahr 2018 schien die rechten Autor_innen dabei bekräftigt zu haben. Dort hieß es: „Solche Veranstaltungen verdeutlichen die Gefahr, dass (...) Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geübt und geplant werden. Somit sinkt Stück für Stück die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung (...)."

Kontextualisiert tritt diese Analyse in die Fußstapfen der sogenannten „Hufeisen-Theorie", also das Gleichsetzen linker und rechter Ideologie. Schaut man in die Beschreibungen der Workshops, die 2019 in Potsdam angeboten wurden, kann diese jedoch schnell entzaubert werden. Dort ist die Rede von Selbstverteidigungstechniken, vom Erlernen von Regelwerken und von Minimierungen von Verletzungen durch Know-How - von „skill not force", d.h. „Technik statt Gewalt".

Dem gegenüber steht eine Struktur wie die des „Kampf der Nibelungen", die Seminare im „Straßenkampf" anbietet, die sog. „Teamfights", die mit Hooligan-Kämpfen vergleichbar sind, austragen will und deren Organisator_innen und KämpferInnen aus teils verbotenen, gewalttätigen Strukturen stammen. Eine Gleichsetzung linker, emanzipatorischer Veranstaltungen mit rechten, gewaltfördernden Events funktioniert daher nicht.

Wichtig ist uns zu betonen, dass wir in keiner Weise den Kampf im Ring mit dem Kampf in Kurdistan vergleichen möchten. Stattdessen wollen wir das rege Interesse an einer solchen Gala nutzen, um Aufmerksamkeit für die Situation in der Region zu schaffen und die revolutionären Projekte in Rojava und im Camp Mexmûr praktisch zu unterstützen. •

Mehr dazu unter: thirtysixfights.noblogs.org

GESCHICHTE

Franceska Mann: Der vergessene Aufstand von Auschwitz



Oktober 1943: Bereits seit über 18 Monaten werden in Auschwitz Jüdinnen und Juden mit Giftgas ermordet. Fast eine Million Juden, Sinti und Roma und sowjetische Kriegsgefangene überlebten die deutschen Gaskammern von Auschwitz nicht.

Im Oktober 1943 erreicht ein Transport aus Bergen-Belsen das Vernichtungslager. Unter den Deportierten befindet sich die 26-jährige Franceska Mann (bzw. Franciszca Mannówna) – auch bekannt als Lola Horowitz. Die Warschauer Ballet-Tänzerin, Platz vier bei den internationalen Tanz-Wettbewerben in Brüssel 1939, hatte die letzten Jahre im Warschauer Ghetto, wahrscheinlich aber auch im „arischen" Teil Warschaus, außerhalb des Ghettos, überlebt. Während des Jahres 1943 verbreitete sich das Gerücht, dass es möglich war, mit falschen Pässen aus neutralen Ländern zu überleben und sogar das Land zu verlassen – im Austausch gegen deutsche Kriegsgefangene. Schaltstelle für die falschen Pässe und die Ausreise-Arrangements war das Warschauer Hotel Polski. Auch Franceska Mann glaubte an dieses Gerücht. Für eine hohe Summe organisierte sie sich dort ein Visum nach Südamerika. Doch das Hotel Polski entpuppte sich als eine Falle der Deutschen, um untergetauchte Jüdinnen und Juden außerhalb des Ghettos zu fangen und noch vorher von ihnen viel Geld für die angeblich nötigen Pässe zu erhalten.

Von Warschau aus wurden 1700 Juden, welche sich vermeintliche Visa gekauft hatten, nach Bergen-Belsen transportiert. Von dort aus ging es jedoch zurück nach Osten, nach Auschwitz-Birkenau. Die Insassen hatten bis zuletzt geglaubt, sie würden in die Schweiz gebracht, und von dort nach Paraguay. So waren die Zugwaggons auch normale Passagierwaggons, um den wahren Ankunftsort zu verschleiern. Gleichzeitig gab es in Bergen-Belsen schon zahlreiche Gerüchte über die Vernichtungslager im Osten. In Auschwitz-Birkenau angekommen, wurden die Frauen des Transports zur Gaskammer geführt und aufgefordert, sich für die anstehende Desinfektion auszuziehen. Anschließend würde die Reise weitergehen.

Doch Franceska Mann glaubte den Deutschen nicht. Was genau geschah, ist heute nicht mehr im Detail zu entschlüsseln. Aus Berichten überlebender jüdischer Sonderkommandohäftlinge ist aber die folgende Geschichte am wahrscheinlichsten: Franceska Mann begann sich auszuziehen, wie die anderen Frau auch. Sie tat dies aber so langsam, dass sie den bewachenden SS-Männern auffiel. In einem Überraschungsangriff gelang es der fast völlig entkleideten Frau, einem SS-Mann die Pistole zu entreißen und den wegen seiner Brutalität und Unmenschlichkeit gehassten SS-Mann Schillinger durch Schüsse in den Bauch schwer zu verletzen. Auch einen weiteren SS-Mann verwundete Franceska Mann mit der Pistole. Andere Frauen schlossen sich der Revolte gegen die Vernichtung an und griffen SS-Wachen mit bloßen Händen an. Diese flohen panisch und verschlossen von außen die Türen. Schillinger starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Aufstand wurde schnell niedergeschlagen. Die SS holte Verstärkung und trieb die Frauen mit Maschinengewehren und Handgranaten von dem Auskleidesaal in die Gaskammer, wo keine von ihnen überlebte.

Auch wenn der Aufstand heute hoffnungslos erscheint, so gab er doch den anderen Gefangenen von Auschwitz Hoffnung. Der Auschwitz-Überlebende Wieslaw Kielar schrieb nach dem Krieg: „Das Ereignis sprach sich im Lager schnell herum und wurde eine Legende. Ohne Zweifel bewirkte diese heroische Tat einer schwachen Frau im Angesicht des sicheren Todes eine moralische Unterstützung von jedem Gefangenen. Plötzlich realisierten wir alle: Sie [die Deutschen] waren auch sterblich!"

Zu Ehren Manns wurde 2019 in Jerusalem eine neue Ballettaufführung inszeniert: „Franceska Manns letzter Tanz in Auschwitz". Diese Aufführung und die begleitende Berichterstattung machten den heroischen Widerstand von Franceska Mann wieder einem breiteren Publikum bekannt. Im Februar 2020 wäre Franceska Mann 103 Jahre alt geworden. •

GESCHICHTE

Rechte Attentate auf „Volksverräter“



■ In weiße Kapuzen des Klu-Klux-Klans gehüllt trainieren Männergruppen für den kommenden Aufstand. Andere erfassen Mitglieder der Regierung auf Todeslisten. Am Tag des Umsturzes soll mit militärischen Truppen in Berlin einmarschiert, zentrale Plätze eingenommen und die Personen auf der Todesliste von Kommandos aufgesucht und sofort exekutiert werden. Das politische Ziel: Eine rechte Militärdiktatur. Das rechte Netzwerk besteht in ganz Deutschland, und hat gute Kontakte zu Militär, Polizei und rechten Parteien. Deutschland im Jahr 2019? Nein. Es handelte sich um Vorbereitungen der „Schwarzen Reichswehr“ und weiterer völkischer Terror-Gruppierungen in der Weimarer Republik. Die zahlreichen Parallelen zur aktuellen innenpolitischen Situation mit sich bewaffnenden und klandestin vorgehenden Neonazigruppierungen sind frappierend.

Ein Blick zurück

Nach der Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg suchte die sich formierende völkische und revanchistische Rechte nach Schuldigen, um sich die Niederlage zu erklären. Sie fanden diese schnell: Juden, Demokraten und Marxisten seien der angeblich siegreichen deutschen Armee in den Rücken gefallen und hätten Deutschland den Feinden ausgeliefert. Diese Dolchstoßlegende wurde in zahlreichen Kundgebungen, Broschüren und Versammlungen verbreitet, demokratische Politiker als „Volksverräter“ diffamiert und unverhohlen zum Mord aufgerufen. In Zeitungen und Veranstaltungen hieß es unverblümt, dass die Politiker vom Deutschen Volk zur Rechenschaft gezogen werden würden. Besonders verbreitet und berüchtigt war das sogenannte Rathenau-Lied mit den Zeilen: „Auch Rathenau, der Walther, Erreicht kein hohes Alter, Knallt ab den Walther Rathenau, Die gottverdammte Judensau!“

Die Namen dieser Organisationen sind heute fast nur noch Historiker_innen geläufig: Schwarze Reichswehr, Organisation Escherich oder Frontbann sind nur einige von ihnen. Die konspirativ arbeitenden Netzwerke setzten sich aus ehemaligen Offizieren und Freikorps mit besten Verbindungen zur politischen Rechten, Reichswehr und Polizei zusammen. Diese tödliche Melange hatte nur ein Ziel: den Umsturz der verhassten Republik. Gleichzeitig bildeten diese Männer einen Personenpool für die erstarkende NSDAP und die SA, in welche viele nach und nach eintraten. Besondere Brisanz erhielt dieses unübersichtliche Geflecht aus rechtsextremen Gruppen und Organisationen durch die Tatsache, dass diese von der Reichswehr und zahlreichen rechten Politikern wenn nicht offen unterstützt, dann doch sträflich ignoriert und verharmlost wurden.

Die wahrscheinlich gefährlichste rechte Terror-Organisation in den ersten Jahren der Weimarer Republik: Die Organisation Consul (OC). Von München aus geführt, gehörten dieser Gruppierung auf ihrem Höhepunkt ca. 5.000 Personen an. Als Tarnorganisation diente eine „Bayerische Holz-Verwertungs-Gesellschaft“, von dem Münchner Polizeipräsidenten und Politikern der Bayerischen Volkspartei (BVP) wurde die Organisation wohlwollend toleriert. In der schriftlichen Satzung der OC waren alle „Fremdrassigen“ ausgeschlossen – Ziel war der Kampf gegen „Judentum, Sozialdemokratie und linksradikale Parteien“.

Die Strategie der OC war es, Attentate auf verhasste linke Politiker durchzuführen, in der Hoffnung, dadurch einen linken Aufstand auszulösen. Bei der Niederschlagung dieses selbst provozierten Aufstandes wäre die OC herbeigeeilt und hätte das Chaos genutzt, um sich selber an die Macht zu bringen und die Republik zu stürzen.[1]

Politiker im Fokus

Besonders verhasst waren, neben der linken Arbeiterbewegung, demokratische Politiker, die den Versailler Vertrag zähneknirschend unterstützt hatten und statt einer revanchistischen Politik eine Politik des Ausgleichs mit den ehemaligen Kriegsgegnern suchten. Die rechten Terroristen handelten in einem Umfeld, in dem der Mord an Politikern als legitimes Mittel der Notwehr gegen „Volksverräter“ angesehen wurde. Den Worten folgten sehr bald Taten. Den rechten Mördern fiel 1919 der erste Ministerpräsident Bayerns Kurt Eisner (USPD) zum Opfer, ermordet durch einen Täter aus dem Umfeld der Thule-Organisation – einem völkischen Geheimbund, welcher hauptsächlich in München aktiv war. Im gleichen Jahr starb

Links: Der Rechtsterrorist von Ernst Salomon gehörte der Organisation Consul an; in der Weimarer Republik beteiligte er sich wiederholt an politischen Verbrechen, unter anderem an der Vorbereitung des Attentates auf Walther Rathenau.

Rechts: Anton Graf von Arco auf Valley verubte am 21. Februar 1919 den Anschlag auf den Ministerpräsidenten Kurt Eisner





auch Hugo Haase (USPD) nach einem Mordanschlag. Der Täter wurde als „geistig verwirrt", aber nicht politisch organisiert bezeichnet, eine Verharmlosung der damals allgegenwärtigen Hetze und Mordphantasien gegen Linke. Die Attentate rissen nicht ab: 1921 lauerten Mitglieder der Organisation Consul (OC) dem Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) während eines Waldspaziergangs auf und töteten ihn durch mehrere Schüsse. Kurz zuvor hatte die OC in München den USPD-Politiker Karl Gareis erschossen.

Der bis heute bekannteste Anschlag auf einen Politiker der Weimarer Republik war das tödliche Attentat auf den Deutschen Außenminister Walther Rathenau (DDP) im Jahr 1922 durch die OC.

Nur durch viel Glück überlebte im gleichen Jahr Philipp Scheidemann (SPD) einen Anschlag der OC durch Blausäure. Es war offensichtlich: Die gesamte Staatsführung war zu Beginn der Republik im Visier der extremen Rechten und für Vogelfrei erklärt.

Reaktion des Staates

Die Antworten auf diese Attentate waren ambivalent. Einerseits entstand für kurze Zeit eine breite Front gegen die faschistischen Umtriebe. Auf Massenkundgebungen stellten sich Demonstrant_innen vor die Republik - USPD, SPD, Demokraten und das katholische Zentrum rückten im Kampf gegen rechts enger zusammen. Im Reichstag fand Reichskanzler Wirth (Zentrum) klare Worte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. - Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!"

Als konkrete Maßnahme gegen die Gefahr von rechts wurde 1922 das sogenannte Republikschutzgesetz erlassen. Organisationen, die sich gegen die „verfassungsmäßige republikanische Staatsform" richteten, sowie deren Druckerzeugnisse und Versammlungen konnten verboten werden.

Die KPD, mit nur vier Sitzen im Reichstag unbedeutend und schwach, lehnte die Einführung der Republikschutzgesetze ab. Zwar wollte auch sie ein konsequenteres Vorgehen gegen rechts - befürworteten aber nicht das Mittel der Gesetzesverschärfungen bzw. die Einführung neuer Gesetze, da diese immer auch gegen links eingesetzt werden konnten. Die KPD hatte nicht vergessen, dass es gerade die sozialdemokratisch geführte Regierung gewesen war, die die rechten Freikorps regelmäßig gegen Linke eingesetzt und damit die brutalen Morde, wie z.B. bei den Märzkämpfen 1919 in Berlin oder bei der Niederwerfung der Aufstände im Ruhrgebiet 1920, billigend in Kauf genommen hatte.

Und es zeigte sich: Die Republikschutzgesetze gegen rechts wurden tatsächlich hauptsächlich gegen links in Stellung gebracht. Der ebenfalls neu eingerichtete Staatsgerichtshof verurteilte in den nächsten Jahren hunderte Linke zu hohen Zuchthausstrafen - meistens wegen Lappalien wie revolutionäre Gedichte, Lieder, Demonstrationen und Flugschriften. Gegen die anwachsende rechte Gefahr durch die SA und die NSDAP und das Bündnis mit den konservativen Kräften wurden die erlassenen Republikschutzgesetze nicht bzw. nur völlig unzureichend angewandt.

Bei den polizeilichen Ermittlungen gegen die OC zeigte sich, dass diese von einflussreichen Personen aus Politik und Polizei geschützt wurde, ja Attentäter kurz vor ihrer Verhaftung gewarnt wurden, so dass diese sich über die Grenze absetzen konnten. Auch die Gerichtsverhandlungen gegen die rechten Mörder trugen nicht zur Aufklärung bei. Die strukturellen Hintergründe wurden ignoriert und die politischen Strukturen dahinter nicht nachhaltig zerschlagen. Zwar bekamen die Täter im Rathenau-Prozess relativ hohe Strafen, jedoch wurde das Mitwirken der Organisation Consul bei der Durchführung des Attentats vollständig ausgeklammert. Die Täter wurden stattdessen als Einzeltäter behandelt.

Auch dem Mörder von Kurt Eisner, Graf Arco-Valley, wurde mit viel Verständnis begegnet. Seine Verbindungen und die Rolle der Thule-Gesellschaft spielten im Prozess keine Rolle - auch er wurde nur als Einzeltäter verurteilt. Das ursprüngliche Todesurteil wurde durch die bayerische Landesregierung wieder aufgehoben - bereits 1924 befand er sich wieder in Freiheit.

Von Rathenau zu Lübcke?

Waren viele Jahrzehnte vor allem Migrant_innen, Jüdinnen und Juden sowie Linke

Opfer rechter Gewalttäter, begannen ab 2015, dem Beginn der sogenannten „Flüchtlingskrise“, auch Angriffe und Attentate auf Politiker_innen, die bis heute anhalten. Hierbei ist eine stetige Radikalisierung erkennbar. Die extreme Rechte interpretierte die Einreise von Flüchtlingen nach Europa als Staatsversagen und diffamiert alle Politiker_innen, die den Flüchtlingen mit einem grundsätzlich menschlichen Selbstverständnis begegneten als „Volksverräter“. In sozialen Netzwerken wird unverhohlen zum Mord aufgerufen. In der irrationalen Furcht wird vom „Volkstod“ und vom „Verrat“ der Politiker an der eigenen Bevölkerung schwadroniert – eine Stimmung, wie sie zuletzt nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg anzutreffen war. Der Widerstand gegen eine menschliche Politik wurde damit für die extreme Rechte zu einer existentiellen Frage des völkischen Überlebens.

Ähnlich wie in der Weimarer Republik bildete sich ein breites konspiratives Netzwerk unterschiedlicher extrem rechter Organisationen mit teilweise personellen Überschneidungen zu Parteien, Polizei und Bundeswehr. Dieses Amalgam ist in Bewegung begriffen: Gruppen bilden sich, lösen sich auf oder verbünden sich. Ähnlich wie in der Weimarer Republik gibt es keine feste „Zentrale“, welche diese Gruppierungen lenkt, sondern wechselnde Kooperationen und unterschiedliche Organisations- und Politikformen – die aber geeint werden durch den gemeinsamen Hass.

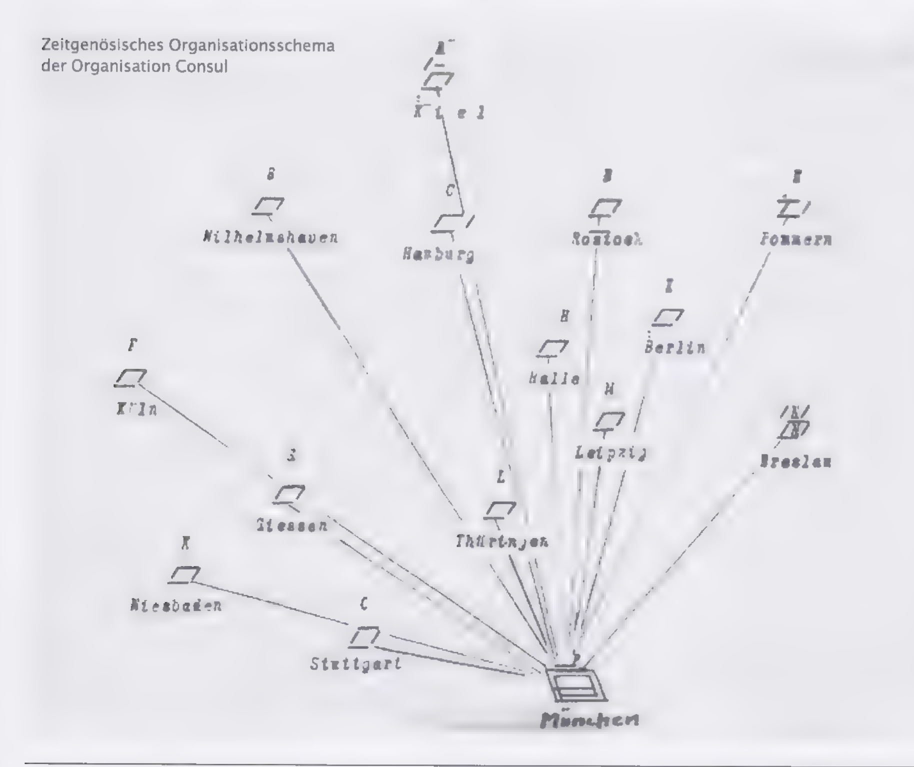
Ebenfalls wie in der Weimarer Republik folgten die Anschläge auf eine Phase der hasserfüllten Propaganda: Seit 2015 werden Bürgermeister_innen und Kommunalpolitiker_innen, die sich für Flüchtlinge einsetzen von der extremen Rechten beschimpft und attackiert. In Sachsen-Anhalt trat 2015 der ehrenamtliche Bürgermeister Markus Nierth aus Furcht um Leib und Leben von seinem Amt zurück. Vor allem die mangelnde Solidarisierung bewog ihn zu diesem Schritt, schrieb er später in seinem Buch „Brandgefährlich – Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht.“ Ebenfalls 2015 stach ein Neonazi auf die Bürgermeisterkandidatin Henriette Reker in Köln ein, die nur mit viel Glück überlebte. In Schleswig-Holstein wurde 2016 der ehrenamtliche Bürgermeister einer kleinen Gemeinde, Joachim Kebschull, bewusstlos geprügelt, in Westfalen der Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) 2017 mit einem Messer angegriffen. Auch Angriffe auf Parteibüros und Wahlstände gehören mittlerweile zum Alltag. Es ist zwar festzustellen, dass alle Parteien in den letzten Jahren verstärkt von Angriffen auf Parteibüros und Infoständen betroffen sind. Offene Mordversuche wurden aber bislang nur von Anhängern der extremen Rechten begangen.

Dass diese Angriffe nur ernste Warnsignale einer viel größeren Gefahr sind, zeigte sich 2017: Ein Netzwerk aus aktiven Bundeswehrsoldaten und Spezialkräften der Polizei wurde enttarnt, welches sich für den „Tag X“ vorbereitete. Leichensäcke und Löschkalk für eine schnellere Zersetzung der Leichen waren schon bestellt. Ziel der Attentatsplanungen: Erneut Politiker_innen. Der letzte Tote war 2019 Walter Lübcke – höschstwahrscheinlich erschossen von einem Neonazi, der aus den Strukturen des neonazistischen Blood & Honour-Netzwerkes kam.

Es ist zu befürchten, dass auch in 2020 Anschlagsplanungen auf Politiker_innen weitergehen. Angela Merkel wird bis zum Ende ihres Lebens unter Polizeischutz leben müssen.

Rezepte dagegen können nicht alleine härtere Strafen oder die strengere Überwachung des Internets sein. Der vorhandene Rahmen reicht für eine effektive Strafverfolgung aus – er müsste nur von staatlicher Seite gegen rechts konsequenter angewandt werden. Viel wichtiger wäre jedoch die Zerschlagung rechter Netzwerke bei der Polizei, im Militär oder bei den Geheimdiensten. Diese haben ein Interesse an einem „starken Staat“ und einer schwachen humanistisch orientierten Zivilgesellschaft, die deren Handlungen kritisch begleitet und teilweise sogar einschränkt – eine Schnittmenge zur deutschen extremen Rechten.

Statt einer Aufrüstung staatlicher Organe, die sich auch in einer totalitär verfassten Gesellschaft gut aufgehoben fühlen würden, müsste die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Gruppen stehen. Diese haben umfassende Kenntnisse über die extrem rechte Szene und sind, im Gegensatz zum Verfassungsschutz, an einer konsequenten Bekämpfung dieser Szene und an einer pluralen demokratischen Gesellschaft interessiert. Studien haben gezeigt: Wo antifaschistische Strukturen stark sind, sind neonazistische Strukturen schwach. •



Zeitgenösisches Organisationsschema der Organisation Consul

1 Historisches Lexikon Bayern, www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Consul_(O.C.),_1920-1922)

RASSISMUS

Den Wahnsinn stoppen – die katastrophale Lage an den EU-Außengrenzen

CHRISTIAN JAKOB

Die ohnehin katastrophale Lage in den Flüchtlingslagern in Südosteuropa hat sich wegen des einbrechenden Winters deutlich verschlimmert. Der Präsident von „Ärzte ohne Grenzen", Christos Christou, bat die EU in einem Brief „diesen Wahnsinn" zu stoppen. Die Zustände seien „unfassbar", es gebe wenig, was die Ärzteteams vor Ort tun können, um „diesen Kreislauf des Leidens zu stoppen." Auch der Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), Filippo Grandi, nannte die Lage nach einem Besuch „katastrophal".

Die „Hotspots" genannten EU-Registrierlager auf den griechischen Inseln im Osten der Ägäis sind völlig überfüllt. In und um die Camps von Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos leben nach Angaben des griechischen Ministeriums für Bürgerschutz rund 39.000 Menschen - Plätze gibt es nur für rund 7.500 Menschen.

Mehr geschlossene Lager

Die griechische Regierung hat sich entschlossen, der Überfüllung dadurch zu begegnen, dass sie einen großen Teil der Flüchtlinge künftig in geschlossenen Lagern interniert. Entsprechende Einrichtungen mit 15.000 Plätzen sollen jetzt gebaut werden. Der konservative griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis sagte, die europäischen Nachbarn betrachteten Ankunftsländer wie Griechenland als bequeme Parkplätze für Flüchtlinge und Migranten, er werde das „nicht länger hinnehmen". Griechenland will, dass Deutschland deshalb Flüchtlinge direkt aus Lesbos aufnimmt. Ein Teil der Asylverfahren solle dann hier durchgeführt werden.

Mitsotakis forderte, die neue EU-Kommission solle sich für „mehr Lastenteilung" einsetzen. Doch wie diese „Lastenteilung" genau aussehen soll, ist fraglich. 40 Abgeordnete aus mehreren Ländern haben einen Brief an die neue EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) geschrieben, und sich für die Errichtung von „Asylzentren" an Europas Außengrenzen eingesetzt. Dort sollten Asylsuchende „direkt in ein Asylverfahren gehen und im negativen Fall direkt von dort wieder zurückgeschoben werden", heißt es in dem Schreiben, das unter anderem der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor oder CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak unterschrieben haben. Genau dasselbe hatte erst kurz zuvor Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vorgeschlagen. Wahrscheinlich ist, dass die Vorstellungen der griechischen Regierung mit jenen der konservativen deutschen Innenpolitiker so in Einklang gebracht werden, dass in den neuen Gefängnissen eine Art Asyl-Vorverfahren durchgeführt wird.

Massenhafte Pushbacks

Schon länger aber hat Griechenland auf andere Art versucht, sich der Flüchtlinge zu entledigen: Durch gewaltsame, direkte Zurückschiebungen an den Grenzen. Allein an der Landesgrenze zur Türkei sollen es in den vergangenen zwölf Monaten fast 60.000 Menschen gewesen sein. Das berichtete der Spiegel unter Berufung auf Dokumente des türkischen Innenministeriums. Mit den Zurückschiebungen verstößt Griechenland gegen seine Pflicht, Ankommenden die Möglichkeit für einen Asylantrag zu geben. Dies wiegt umso schwerer, als es sich bei den Zurückgeschobenen auch um Menschen aus Konfliktregionen wie Afghanistan, Pakistan, Somalia und Syrien handelt. Und die Türkei schiebt ihrerseits Zurückgeschobene in ihre Herkunftsländer ab.

Pushbacks verletzen die EU-Grundrechtecharta und die Genfer Konvention, die Schutzsuchenden das Recht auf ein ordentliches Verfahren geben. Sie dürfen nicht in ein Land zurückgeführt werden, wo sie in Gefahr sind. Auch kollektive Ausweisungen ohne eine Einzelfallprüfung des Asylanspruches sind illegal.

Griechenland wies die Vorwürfe zurück. „Das haben wir bereits mehrmals dementiert. Griechenland ist ein Rechtsstaat", sagte Alexandros Gennimatas, Sprecher des Außenministeriums. Tatsächlich ist die Praxis dieser Zurückschiebungen seit langer Zeit bekannt. Dabei werden Migranten und Flüchtlinge, die die griechische Polizei aufgreift, nicht wie vorgeschrieben zunächst in Aufnahmeeinrichtungen gebracht, sondern direkt an die grüne Grenze zurückgefahren und meist mit Gewalt dazu genötigt, zurückzugehen. Strittig war in der Vergangenheit unter anderem die Frage, welche Rolle die EU-Grenzschutzagentur



Frontex dabei spielt. Frontex hatte die Zurückschiebungen meist als rein griechische Aktionen dargestellt.

Neu ist, wie die Türkei mit dem Phänomen umgeht: Nämlich mit einer Offenlegung ihrer Erkenntnisse zu den Pushbacks. Im Juli diesen Jahres war Kyriakos Mitsotakis Ministerpräsident der konservativen Nea Dimokratia geworden und hatte bald eine härtere Gangart in Sachen Asyl angekündigt. Ankara fürchtete offenbar eine Zunahme der illegalen Rückschiebungen. Ende Oktober hatte die Türkei deshalb Griechenland der Lüge bezichtigt. Salinia Stroux, freie Mitarbeiterin bei Refugee Suppurt Aegean in Athen, beobachtet die Lage am Evros seit Jahren. „Alle wissen es seit Jahren, auch Frontex ist Zeuge dieser Vorfälle.", sagt sie. Schon 2013 hat Stroux für Pro Asyl eine Studie über die illegalen Zurückschiebungen aus Griechenland verfasst. „Die Zahlen schätzte man damals auch schon sehr hoch", sagt sie.

Am Evros Zurückgeschobene würden in der Regel aufgegriffen und in kleinen Polizeiwachen an der Grenze oder in der Stadt Edirne in Gewahrsam genommen. „Uns haben viele Flüchtlinge und Migranten berichtet, dass sie dabei befragt wurden." Dass die Türkei diese Statistiken nun erstmals so offensiv kommuniziert, nennt Stroux „ein politisches Spiel", offenbar um den Druck auf Griechenland und die EU zu erhöhen.

Kein Ende der humanitären Krise

Auch in Bosnien hatte sich die Lage in den vergangenen Monaten drastisch zugespitzt. Mitte Dezember räumte die Regierung das Lager in Vucjak. „Das Ende einer humanitären Katastrophe," twitterte reichlich optimistisch Peter Van Der Auweraert, der Westbalkan-Koordinator der Internationalen Organisation für Migration. An die 1.000 Menschen lebten hier in Zelten ohne feste Böden, ohne Strom- und Wasseranschlüsse und Heizmöglichkeiten. Im November, mit dem einsetzenden Winter, Schneefällen und nächtlichen Temperaturen tief im Minusbereich wurde die Situation in Vucjak vollends unhaltbar. Das Camp hatte die Gemeinde Bihac im Juni 2018 auf dem Terrain einer ehemaligen Mülldeponie eingerichtet. Sie wollte damit den gestiegenen Andrang von Migranten und Flüchtlingen bewältigen, die in der Grenzregion zum EU-Land Kroatien feststeckten. In Bihac und Umgebung halten sich Schätzungen zufolge rund 7.000 Migranten und Flüchtlinge auf. Sie hatten bis zuletzt in Vucjak ausgeharrt, weil sie nahe an der Grenze zu Kroatien bleiben wollten. Der Ort diente als Ausgangspunkt für Märsche über die Grenze ins EU-Nachbarland.

Denn auch Kroatien bringt Flüchtlinge mit Gewalt zurück über die Grenze nach Bosnien, wo sie dann festsitzen. AktivistInnengruppen wie „Border Violence Monitoring" oder Bordermonitoring Europe hatten dies in der Vergangenheit immer wieder dokumentiert, unter anderem auch mit Aufnahmen von versteckten Kameras. Auf den Bildern war zu sehen, wie kroatische Polizisten mit schweren Waffen Flüchtlinge in Waldgebieten über die Grenze zurück nach Bosnien schicken. Solche direkten Zurückweisungen ohne Asylverfahren sind nach EU-Recht illegal.

Kroatien dementierte die Praxis, genau wie die griechische Regierung. Doch genau wie in Kroatien filmten auch am Grenzfluss Evros kürzliche AktivistInnen das illegale Vorgehen der griechischen Grenzschützer – und spielten die Aufnahmen dem Spiegel zu. Der wertete sie mit dem Recherchekollektiv Forensic Architecture aus – und fand prompt sechs aktive und ehemalige Polizisten und Soldaten, die übereinstimmend schilderten, dass Pushbacks am Evros „systematisch" durchgeführt würden.

Maskierte Männer ohne Hoheitsabzeichen

Auf den Videos ist zu sehen, wie maskierte Männer in teilweise militärisch anmutender Kleidung ohne Hoheitszeichen Gruppen von Menschen von der griechischen Seite des Grenzflusses Evros auf die türkische Seite transportieren. Gruppe für Gruppe werden die Menschen in einem kleinen motorbetriebenen Schlauchboot auf der türkischen Seite der Grenze abgesetzt. Nach Angaben des Spiegels stammen die Bilder wohl vom September 2019.

Am selben Tag, an dem der Spiegel die Videos veröffentlichte, starben am Evros sechs Menschen. Der Gerichtsmediziner der Region, Pavlos Pavlidis sagte im griechischen Fernsehen: „Gestern sind die Leichen von zwei Frauen entdeckt worden. In den vergangenen zwei Tagen waren vier Männer ums Leben gekommen. Sie starben alle an Unterkühlung", sagte der Gerichtsmediziner. •

RASSISMUS

Staatlicher Rassismus tötet

GASTBEITRAG DER KAMPAGNE DEATH IN CUSTODY

Berlin, 29. September 2016: Polizisten erschießen Hussam Fadl von hinten.

Fulda, 13. April 2018: Polizeibeamte erschießen Matiullah J.

Kleve, 17. September 2018: Amad Ahmad stirbt durch einen Zellenbrand in der örtlichen JVA.

Schweinfurt, 26. Februar 2019: Rooble Warsame kommt unter bislang ungeklärten Umständen in einer Polizeizelle ums Leben.

Erfurt, 20. Juli 2019: Ein algerischer Mann, dessen Name nicht bekannt ist, stirbt im Krankenhaus, nachdem die Bundespolizei ihn über Nacht in Gewahrsam genommen hatte.

Stade, 17. August 2019: Polizeibeamte erschießen Aman A.

Regelmäßig sterben Menschen in Gewahrsam oder durch Polizeischüsse. Offizielle Statistiken werden dazu nicht veröffentlicht. Eine genaue Durchsicht der Fälle legt aber nahe, dass Menschen of Color in besonder Weise dem Risiko ausgesetzt sind, in staatlicher „Obhut“ ihr Leben zu verlieren oder durch die Polizei getötet zu werden.

Nur wenige Fälle werden einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Denn sich in einer Gewahrsamssituation zu befinden, bedeutet, in eine totale und schutzlose Abhängigkeit von Polizei, Wachdiensten, Ärzt*innen, Justiz- oder anderem Personal zu geraten. Was in Gewahrsam passiert, geschieht unter Ausschluss der Öffentlichkeit und entzieht sich äußerer Kontrolle. Das hat zur Folge, dass bei Todesfällen Polizei und Wachpersonal auch entscheiden können, was über den Vorfall berichtet wird. Meist sprechen sie schnell von Suizid oder Notwehr. Damit werden die Polizist*innen oder Wachdienste entlastet und dem*der Getöteten die Verantwortung für seinen*ihren Tod zugeschrieben.

Einer der bekannteren Todesfälle in Gewahrsam der letzten Jahre ist der von Amad Ahmad. Der Geflüchtete aus Syrien wurde am 6. Juli 2018 aufgrund einer Verwechslung in der JVA Kleve in Nordrhein-Westfalen inhaftiert. Unter höchst fragwürdigen Umständen blieb er in Haft, bis am 17. September 2018 in seiner Zelle ein Feuer ausbrach. Zwei Wochen später erlag Amad Ahmad im Krankenhaus seinen Verletzungen. „Suizid“, hieß es in den Akten. Jegliche Ermittlungen wurden im November 2019 eingestellt. Amad Ahmad wurde nur 26 Jahre alt.

In Haft kam Amad Ahmad aufgrund der Ähnlichkeit seines Namens mit dem Aliasnamen eines Mannes, der wegen eines Diebstahls gesucht wurde. Neben dem ähnlichen Namen hatten die beiden Männer nichts gemeinsam. Weder Alter noch Herkunft noch Aussehen stimmten überein. Amad Ahmad bekam keine Möglichkeit, dieses Missverständnis aufzuklären. Nach seinem Tod stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein, ohne die Todesumstände hinreichend aufzuklären oder die Ermittlungen gegen die Polizeibeamt*innen zu Ende zu führen, die für Amad Ahmad unrechtmäßige Inhaftierung verantwortlich waren.

Als Amad Ahmad in Folge eines Feuers in seiner Zelle starb, fühlten sich viele an den Tod von Oury Jalloh erinnert. Der Asylsuchende aus Sierra Leone verbrannte am 7. Januar 2005 im Alter von 36 Jahren in einer Dessauer Polizeizelle. Bis heute behaupten die Behörden, Oury Jalloh habe selbst die feuerfeste Matratze angezündet, auf der er - an Händen und Füßen gefesselt - lag. Im Unterschied zu Amad Ahmad gab es in diesem Fall zwar jahrelange Verfahren und 2012 auch eine Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung. Wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts wurde aber zu keinem Zeitpunkt ernsthaft ermittelt, obwohl diverse unabhängige Gutachten zeigen, dass Oury Jalloh sich nicht selbst getötet haben kann.

Die Fälle Amad Ahmad und Oury Jalloh zeigen stellvertretend für viele andere, dass es kaum möglich ist, Todesfälle in Folge von staatlichem Rassismus aufzuklären. Auch bei öffentlichem Druck - wie bei Oury Jalloh - setzen die Behörden alles daran, Versäumnisse und Verbrechen von Bediensteten des Staates zu vertuschen und Ermittlungen zu verschleppen, bis ihre Einstellung kaum mehr mediales Interesse erzeugt. Die offizielle Begründung für den Todesfall lautet dann meist „Suizid“ bei Haftsituationen und „Notwehr“ bei offensichtlich aktiven Einwirkungen durch Polizei oder Wachdienste (z.B. bei Erschießungen). Wer die offizielle Deutung in Frage stellt, muss mit Repressionen rechnen - so werden Mitglieder der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh seit Jahren mit Strafverfahren überzogen, eingeschüchtert und kriminalisiert.

Rassismus ist ein systemimmanentes Problem in Polizei und Justiz. Todesfälle machen dies besonders plastisch, aber rassistische Staatsgewalt beginnt nicht erst dort. Sie reicht von ständigen rassistischen Kontrollen und Durchsuchungen



Demonstration am 12. Oktober 2019

14.00 Uhr
Bürgerpark Stade

an öffentlichen Orten über körperliche Angriffe und Misshandlungen bis hin zur Tötung. Alle diese Taten werden so gut wie nie aufgeklärt, da Polizist*innen sich gegenseitig decken und keine ernsthaften Ermittlungen durch Kolleg*innen fürchten müssen. Stattdessen kommt es in aller Regel zu einer Kriminalisierung der Opfer rassistischer Polizeigewalt. Diese werden in Polizeimeldungen als „gefährliche Kriminelle" dargestellt, gegen die man sich verteidigen müsse. Die bürgerlichen Medien übernehmen solche Darstellungen der Polizei meist ungeprüft, was zu einer weiteren Verbreitung und Verfestigung rassistischer Bilder in der Gesellschaft beiträgt.

Um diese Täter-Opfer-Umkehr nicht hinzunehmen und Druck auf die Behörden auszuüben, gründen sich immer wieder lokale Initiativen aus Angehörigen und Freund*innen der Opfer tödlicher Polizeigewalt. Sie fordern eine lückenlose Aufklärung der Todesumstände und protestieren gegen die Vertuschung und systematische Straflosigkeit bei Verbrechen des Staates. Gruppen wie „Remember Yaya Jabbi" oder „Brechmittelfolter-Bremen" in Gedenken an Laye Condé setzen sich dafür ein, dass Todesfälle nicht in Vergessenheit geraten und mangelhafte Aufklärung sichtbar wird.

Eine Initiative, die nun schon seit 14 Jahren mit viel Kraft, Ausdauer und Hartnäckigkeit aktiv ist, ist die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh". U.a. organisiert sie jährlich Demos am Todestag von Oury Jalloh und gründete 2018 eine unabhängige internationale Untersuchungskommission. Wer Aufklärung will, muss sich selbst darum kümmern. Außerdem vernetzt sie sich international mit Initiativen von Angehörigen und Freund*innen von der Polizei getöteter Menschen, um Erfahrungen zu teilen und gemeinsame Strategien im Kampf um Aufklärung zu entwickeln.

Mit einem ähnlichen Ziel startete in Berlin im Herbst 2019 die antirassistische Kampagne „Death in Custody". Sie setzt sich dafür ein, dass People of Color, die in Gewahrsam sterben, nicht kriminalisiert und ihre Geschichten nicht vergessen werden. In Zusammenarbeit mit Angehörigen und Freund*innen möchte sie die Geschichten der Verstorbenen aus ihrer Perspektive (neu) erzählen und damit der Version der Polizei eine andere Darstellung entgegensetzen.

Auch „Death in Custody" plant, die vielen Einzelinitiativen stärker miteinander zu vernetzen. Zusätzlich sollen für andere Gruppen, die nicht explizit zu Todesfällen arbeiten, in ihrer Arbeit aber damit konfrontiert sein könnten (z.B. Gruppen, die zu Polizeigewalt, Knast oder Repression arbeiten) eine Austauschmöglichkeit geschaffen werden, damit bei künftigen Todesfällen schneller und effektiver gehandelt werden kann. Hierfür sind ein weiteres Vernetzungstreffen und eine bundesweite Demo in Berlin am Wochenende des internationalen Tags gegen Polizeigewalt (14. bis 15. März 2020) geplant.

Zur Zeit ist es schwierig bis unmöglich, an verlässliche Informationen über Todesfälle in staatlicher „Obhut" zu kommen. Die einzige Möglichkeit stellt die Auswertung von Zeitungsmeldungen dar. Diese sind allerdings nur sporadisch zu finden und geben in der Regel unkritisch die Sichtweise der jeweiligen Polizeibehörde wieder. Deshalb hat sich die Kampagne auch vorgenommen, eigene Recherchen zu Todesfällen in Gewahrsam zu betreiben und Informationen darüber zu veröffentlichen, um sichtbar zu machen, wie häufig und kontinuierlich bei Polizeieinsätzen, in Gefängnissen und Polizeigewahrsam gestorben wird – und wie tödlich staatlicher Rassismus ist. •

RASSISMUS

Der Tod von Oury Jalloh

Neues Gutachten – Alte Fragen

CHRISTIAN JAKOB

Bevor Oury Jalloh im Januar 2005 in der Zelle Nummer 5 des Dessauer Polizeireviers verbrannte, wurde er schwer misshandelt. Dabei wurden ihm unter anderem Schädeldach, Nasenbein, Nasenscheidewand und eine Rippe gebrochen. Das kam erst jetzt, vierzehn Jahre nach dem Tod und nach dem Ende von zwei Prozessen heraus. Es war der Rechtsmediziner und Radiologie-Professor Boris Bodelle von der Universitätsklinik Frankfurt, der die alten Aufnahmen von Jallohs Leiche im Auftrag der Initiative Gedenken an Oury Jalloh (IGOJ) noch einmal sichtete. Und sein Befund war recht eindeutig: Es sei davon auszugehen, dass die Veränderungen „vor dem Todeseintritt entstanden sind", so Bodelle im Gutachten. Das ist deshalb bedeutsam, weil Jalloh zur Mittagszeit des 7. Januar 2005 verbrannte. Am Morgen, gegen 9.30 Uhr, war er zuvor von dem Dessauer Polizeiarzt Andreas Blodau untersucht worden. Der hatte keine Verletzungen bei Jalloh dokumentiert. Entsprechend müssen die Verletzungen, die jetzt das forensische Gutachten attestiert, zwischen der Untersuchung durch Blodau und dem Ausbruch des Feuers um 12.30 Uhr entstanden sein - so sieht es die IGOJ.

Laut dem Frankfurter Gutachten zeigen Entzündungen, dass Jalloh zum Zeitpunkt der Verletzungen noch gelebt haben muss, die Brüche ihm also nicht etwa während der Löscharbeiten oder beim Transport in die Leichenhalle zugefügt sein können.

Bislang war lediglich ein Bruch im Bereich des Nasenbein bei Jalloh verbrieft gewesen - auch dies nur durch ein privat von der IGOJ finanziertes Gutachten. Das hatte der inzwischen emeritierte Rechtsmedizin-Professor Hansjürgen Bratzke aus Frankfurt 2005 verfasst. Auch der inzwischen ebenfalls emeritierte Rechtsmedizin-Professor Manfred Kleiber aus Halle war mit dem Fall befasst, hatte die jetzt bekannt gewordenen Verletzungen aber nicht benannt. So waren sie während der mehrjährigen Gerichtsverfahren gegen Polizeibeamte des Reviers nie offiziell festgestellt worden.

Die neuen Untersuchungsergebnisse sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eine mögliche Antwort auf die Frage geben, warum Jalloh in seiner Zelle mit Brandbeschleuniger angezündet worden sein könnte. Diesen Tathergang hatte die anhaltische Justiz lange Zeit zurückgewiesen. Stattdessen wurde offiziell behauptet, dass Jalloh die Matratze am Boden der Gewahrsamszelle, auf den er mit Händen und Füßen gefesselt war, selbst angezündet hatte.

Die IGOJ hatte schon sehr früh Belege dafür gesammelt, dass dies nicht der Fall gewesen sein kann. Viele weitere Indizien für eine Tötung waren im Laufe zweier Prozesse zutage getreten. Im April 2017 schloss sich schließlich der Dessauer Staatsanwalt Folker Bittmann dieser Auffassung an. Bittmann schreibt in einem Aktenvermerk, er gehe davon aus, dass Jalloh bereits vor Ausbruch des Feuers „mindestens handlungsunfähig oder sogar schon tot" war. Vermutlich sei er mit Brandbeschleuniger besprüht und angezündet worden. Dies legten sechs Gutachter nahe, die Bittmann konsultiert hatte. Das Motiv könnte nach Auffassung Bittmanns gewesen sein, dass dem Asylbewerber zuvor zugefügte Verletzungen vertuscht werden sollten. Der Staatsanwalt benannte konkrete Verdächtige aus den Reihen der Dessauer Polizei. Kurz darauf aber wurde Bittmann der Fall entzogen und an die Staatsanwaltschaft Halle abgegeben - und diese stellte das Verfahren ein. Das OLG Naumburg wies eine Beschwerde dagegen zurück und entschied: Es wird kein neues Verfahren in dem Fall geben.

In dem Dessauer Revier waren vor dem Tod Jallohs bereits zwei weitere Menschen im oder unmittelbar nach dem Gewahrsam unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen: Im Dezember 1997 wurde Hans-Jürgen Rose um Mitternacht wegen Trunkenheit am Steuer ins Revier gebracht. Kurz nach seiner Entlassung wurde er schwerverletzt in der Nähe des Reviers auf der Straße aufgefunden. Er starb am gleichen Morgen im Krankenhaus. Die Ermittlungen wurden eingestellt.

Im November 2002 wurde der Obdachlose Mario Bichtemann stundenlang in derselben Zelle wie Jalloh festgehalten und schließlich tot auf dem Zellenboden vorgefunden - Todesursache: Schädelbasisbruch. Das Verfahren gegen den Dienstgruppenleiter Andreas S. wurde eingestellt. Teils handelte es sich bei den Beamten, die an jenen Tagen Dienst taten, um dieselben, die mit Jalloh befasst waren. Wäre mit Jalloh ein dritter Todesfall auf Gewalteinwirkung zurückzuführen gewesen, wären womöglich auch die Fälle Rose und Bichtemann wieder aufgerollt worden. Hier könnte ein Motiv für den Brand zu finden sein.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt sieht nach den neuen Erkenntnissen keinen Handlungsbedarf. „Im Fall der Ermittlungen zu den Todesumständen von



Oury Jalloh ist das OLG Naumburg zu einer Entscheidung gelangt", erklärte das Magdeburger Innenministerium gegenüber der taz und verweist stattdessen auf das Justizministerium. Auch dort hält man sich zurück: „Es ist nicht Aufgabe des Justizministeriums oder der Landesregierung, Gutachten in gerichtlichen Verfahren einzuschätzen oder zu berücksichtigen", schreibt ein Sprecher von Justizministerin Anne-Marie Keding (CDU).

„Entweder hat der Arzt die Verletzungen ignoriert oder sie entstanden erst im Polizeigewahrsam im Dessauer Revier", sagt die innenpolitische Sprecherin der Linken, Henriette Quade. Das Gutachten stelle die bisherigen Entscheidungen der Justiz in der Sache infrage. Quades Fraktion hatte einen Untersuchungsausschuss gefordert, den die regierende Kenia-Koalition aber abgelehnt hatte. „Das war eine politische Entscheidung von CDU, SPD und Grünen, die den nicht vorhandenen Aufklärungswillen noch einmal festschrieb", so Quade. „Wieso braucht es erst ein extern veranlasstes Gutachten um diese Verletzungen zu entdecken - und hat die Justiz tatsächlich alles Notwendige und Mögliche unternommen, um den Tod Oury Jallohs aufzuklären?" Sie forderte neue Ermittlungen. Angesichts der Bedeutung des Falles und der Schwere des im Raum stehenden Verdachts sei der Generalbundesanwalt „die richtige Instanz dafür". Der allerdings hatte es bislang abgelehnt, sich mit dem Fall zu befassen.

Der Rechtsausschuss des Landtags hatte statt eines Untersuchungsausschusses die Juristen Jerzy Montag und Manfred Nötzel als externe „Berater" eingesetzt, die die Akten begutachten sollen. Diese könnten nun „unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen", sagt Sebastian Striegel, der innen- und rechtspolitische Sprecher der Grünen im Landtag. Das Gutachten werfe „wichtige Fragen auf".

Doch es ist völlig offen, was der frühestens in einem halben Jahr erwartete Bericht der beiden Juristen überhaupt noch für eine konkrete Wirkung haben kann. Der Berater Jerzy Montag lässt wissen, das sei allein Sache der „Auftraggeber", also des Rechtsausschusses. SPD Fraktionssprecher Martin Krems-Möbbeck schreibt, die Berater sollen „zur Unterstützung der Abgeordneten" die Ermittlungsakten aufarbeiten. Doch was diese Tätigkeit für Folgen haben kann - no comment.

Ende November legte dann die Familie Jallohs Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Diese richtete sich gegen den Bescheid der Staatsanwaltschaft Halle vom Oktober 2017 und gegen den Prüfvermerk der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg vom November 2018, die Ermittlungen einzustellen, sowie den jüngsten Beschluss des Oberlandesgerichts Naumburg vom Oktober 2019, keine öffentliche Anklage verdächtiger Personen in dem Fall anzuordnen. Das stelle „in mehreren Punkten eine Grundrechtsverletzung dar", so die IGOJ. Die polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen seien nicht unvoreingenommen gewesen sowie lückenhaft und zögerlich durchgeführt worden, sagte die Rechtsanwältin Beate Böhler. Die Ermittlungen hätten „ausschließlich der Bestätigung der Selbstentzündungsthese" gedient.

Der Bochumer Strafrechtsprofessors Tobias Singelnstein fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die Befunde des neuen Gutachtens seien „eine kleine Sensation", sagte Singelnstein dem Spiegel. Schon bisher hätte es in dem Fall „viele Fragezeichen" gegeben, „nun kommen weitere hinzu". Dass Jalloh auch Frakturen des Schädels und einer Rippe erlitten hatte, bevor er verbrannte, sei „etwas ganz anderes" als der bloße Nasenbeinbruch, von dem man bisher ausgegangen sei. Das passe „nicht ohne Weiteres" zu der Behauptung, er habe selbst seinen Kopf auf eine Tischplatte geschlagen. Diese Feststellungen ließen nun „noch mehr daran zweifeln, dass er seine Matratze selbst anzünden konnte", sagte Singelnstein. Weitere staatsanwaltschaftliche Ermittlungen seien theoretisch denkbar, allerdings sei damit nun nicht mehr zu rechnen. „Der ungeheuerliche Verdacht, dass hier Polizisten einen Menschen in Gewahrsam getötet haben", bleibe im Raum. Der Fall sollte deshalb politisch aufgearbeitet werden, mit einem Untersuchungsausschuss. Auch da könne man „Zeugen vernehmen und Akten anfordern". •

Beate Fischer
von Neonazis ermordet

23. Juli 2019 - Gedenkveranstaltung
U-Bhf. Residenzstr.

GESELLSCHAFT

„Der Staat ist der größte Zuhälter"

ARMAND LENDALE, SEXARBEITER*IN

Am 23. Juli 2019 versammelten sich in Berlin-Reinickendorf Antifaschist*innen und Sexarbeiter*innen, um der 25 Jahre zuvor von Neonazis ermordeten Beate Fischer zu gedenken. Diese Kundgebung war doppelt bedeutsam: Sie beleuchtete einen bis dahin wenig beachteten Fall rechter Gewalt und rückte einen überfälligen Schulterschluss zwischen Antifaschismus und den Kämpfen von Sexarbeitenden in greifbarere Nähe.

Beate Fischer war Sexarbeiter*in. Am Abend des 23. Juli 1994 traf sie am Bahnhof Berlin-Lichtenberg auf eine Gruppe junger Männer, mit denen sie in ihre Wohnung fuhr. Dort wurde sie über mehrere Stunden vergewaltigt, gefoltert und ermordet, ihr lebloser Körper zu den Mülltonnen im Hof gelegt. Die Täter waren Neonazis, aktiv in der rechten Hooligan-Szene und gehörten zum Umfeld um das in der Weitlingstraße von Neonazis bewohnte Haus der „Nationalen Alternative". Zwar wurden sie zu Haftstrafen zwischen 10 und 21 Jahren verurteilt, jedoch wurde der Mord an Beate Fischer erst 2018 als rechte Tat anerkannt.

Auch wenn der Tod Beate Fischers in seiner Grausamkeit und Brutalität unvorstellbar ist, so ist er dennoch kein Einzelfall. 2015 und 2016 misshandelten und vergewaltigten Mitglieder der „Nationale Sozialisten Rhein-Main" zwei Sexarbeiter*innen. In Berlin-Schöneberg werden in den letzten Jahren im Bereich der Frobenstraße arbeitende Trans-Sexarbeiter*innen wiederholt durch Männergruppen angegriffen – zusätzlich zu verstärkten Forderungen seitens Politik, Nachbarschaft und Immobilienunternehmen, Prostitution aus dem Viertel zu verbannen. Dies sind nur lokale Beispiele, Gewalt gegen Sexarbeiter*innen ist jedoch ein weltweites Problem.

Stigma erzeugt Gewalt

Wir dürfen Gewalt gegen Menschen in der Sexarbeit weder als bloße Einzelfälle faschistischer oder frauenfeindlicher Täter betrachten, noch diese Arbeit als inhärent gewalttätig abstempeln. Eine Mitarbeiterin von Hydra e.V., einem Verein für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Sexarbeiter*innen, erklärte in einem Redebeitrag beim Beate Fischer-Gedenken: „Diese Aggressionen sind das Ergebnis struktureller Diskriminierung und Stigmatisierung. Die Gewalt kommt aus der Mitte einer Gesellschaft, in der der Wert eines Menschen an seine wirtschaftliche Effizienz und in der seine Grundversorgung an Bedingungen geknüpft ist. Eine Gesellschaft, in der Frauen die sexuelle Selbstbestimmung abgesprochen wird, ihre Arbeit als minderwertig gilt und ihre Körper zum Ziel patriarchaler Machtansprüche und Moralvorstellungen werden. Wo die LGBTIQ* Community noch immer für die Anerkennung ihrer Existenz und um Grundrechte kämpfen muss. Wo Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit an rassistischen Grenzen und Auflagen gehindert werden. In der Sexarbeit laufen viele dieser Unterdrückungsstrukturen zusammen." Nicht die Sexarbeit ist dabei das Problem, sondern die Strukturen, in denen sie sich bewegt, und das Stigma, welches Gewalt gegen Sexarbeiter*innen legitimiert und uns weiterhin isoliert. Gewalt wird dann begünstigt, wenn Sexarbeit kriminalisiert wird und Menschen aufgrund von prekärem Migrationsstatus und Homo- oder Transphobie mit dem Rücken zur Wand stehen. „Sexarbeit deckt in vielerlei Hinsicht die Doppelmoral und Widersprüche einer kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Gesellschaft auf", so die Mitarbeiterin von Hydra e.V. weiter. Wenn Menschen strukturell zu Ausgegrenzten und Opfern erklärt werden „verwundert es somit nicht, dass vor allem Frauen, Queers und Migrant*innen die der Sexarbeit nachgehen, im Fokus rechter und staatlicher Gewalt stehen."

Befremdlich ist jedoch, dass sich Hurenfeindlichkeit durch alle politischen Strömungen zieht und auch innerhalb der Linken verbreitet ist. Dass „Prostitution" zur Projektionsfläche für ideologische oder moralische Unbequemlichkeiten wird, lässt sich an einigen Vergleichen feststellen. Die ausbleibende Entrüstung bei anderer Care-Arbeit zum Mindestlohn oder gar unbezahlter Reproduktionsarbeit zeigt, dass das Problem bei Sexarbeit nicht in der Ausbeutung von (weiblicher) Arbeitskraft gesehen wird, sondern in der Sexualisierung der Arbeit. Es gibt keine Lohnarbeit frei von Ausbeutung und für viele Sexarbeitende bietet diese Arbeit eine „bessere Alternative" zu dem, was der patriarchale

Foto Twitter @akkberlin



Kapitalismus zu bieten hat. Besonders für Migrant*innen und proletarische Queers ist sie ein wichtiges Mittel des Überlebens.

Die Ausblendung von queerer oder männlicher Sexarbeit aus der Diskussion dient dazu, ein vereinfachtes Narrativ durchzusetzen, in dem Frauen stumme Opfer und Männer triebhafte Täter sind – dabei wird kein Raum gelassen für selbstbestimmtes Organisieren Betroffener oder tiefere Analysen zu komplexen Problemen. Da sich kaum mit dem Thema Sexarbeit auseinandergesetzt wird (und wenn dann oftmals ohne die Stimmen von Sexarbeitenden einzubeziehen), wird auf alte Stereotype zurückgegriffen. Eine verstärkte Vernetzung mit Sexarbeitenden und eigene kritische Recherche könnten hier Veränderungen bringen.

„Der Staat ist der größte Zuhälter"

Wenn wir uns die Kämpfe von Sexarbeitenden weltweit anschauen sehen wir, dass sie starke Bezüge haben zu anderen Bewegungen gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus, Kapitalismus und Autoritarismus.

Am 2. Juni 1975 besetzten Sexarbeiter*innen eine Kirche in Lyon, Frankreich um sich gegen Polizeiübergriffe zur Wehr zu setzen, sowie ein Ende von Bußgeldern und Haftstrafen für Sexarbeiter*innen zu fordern. Eine der Parolen war „Der Staat ist der größte Zuhälter" und machte auf die Komplizenschaft staatlicher Behörden bei der Aufrechterhaltung schlechter (Arbeits-)Bedingungen und daraus resultierendem Profit aufmerksam. Seitdem ist der 2. Juni, der International Whore's Day, ein festes Datum für Aktionen von Sexarbeitenden.

In Deutschland ist seit 2017 das " ProstituiertenSchutzGesetz" (ProstSchG) in Kraft. Ein Etikettenschwindel, zielt es doch vor allem auf die Kontrolle von Sexarbeitenden ab, welche sich bei staatlichen Behörden registrieren und einen Sonderausweis bei sich tragen müssen, ablehnend auch „Hurenausweis" genannt. Die Polizei erhält das Recht Personen sowie Arbeitsplätze und Privatwohnungen ohne richterlichen Beschluss zu durchsuchen. Arbeitsplätze werden durch unrealistische Auflagen zerstört, ein Großteil der Sexarbeitenden durch die Verweigerung oder Unmöglichkeit einer Registrierung in die Illegalität getrieben und weiteren Gefahren ausgesetzt. Besonders migrantische Sexarbei-

ter*innen sind durch solche Maßnahmen betroffen und es liegt auf der Hand, dass dieses Gesetz auch dazu dienen soll, Migrant*innen eine mögliche Einkommensquelle vorzuenthalten und in den Billiglohnsektor abzudrängen. Weitere Motivationen sind die Kontrolle (weiblicher) Arbeitskraft sowie die Verdrängung von Sexarbeit zum Zwecke der Gentrifizierung, aber auch die Durchsetzung einer ideologisch und moralisch begründeten „Abschaffung der Prostitution".

Die Registrierung und Kontrolle von Sexarbeitenden hat in Deutschland Tradition: Auch im Kaiserreich mussten sich sexarbeitende Frauen polizeilich melden. Die Paranoia, Sexarbeiter*innen als Quelle von Krankheit und Sittenverfall zu sehen, verstärkte sich um die Zeit der beiden Weltkriege, als vermeintliche Prostituierte öffentlich geoutet wurden. Der Höhepunkt dieser menschenverachtenden Politik wurde allerdings im Nationalsozialismus erreicht. In Nazi-Deutschland wurden sie unter dem Label „asozial und arbeitsscheu" in Konzentrationslager deportiert, ausgebeutet und ermordet. Auch gab es bereits zu Kriegsbeginn 1939 eine verstärkte Zwangsregistrierung von Sexarbeitenden, da sie als „unkontrollierte und volkszersetzende Gruppe" betrachtet wurden. Erst seit Kurzem wird von Politiker*innen eine Anerkennung dieser Menschen als offizielle Opfergruppe verhandelt.

Als wären die Konsequenzen des ProstituiertenSchutzGesetzes nicht bereits katastrophal genug, werden von Prostitutionsgegner*innen, einigen Politiker*innen und Kirchenverbänden verstärkte Repressionen (bspw. die sog. „Freierbestrafung" / Nordic Model) oder ein komplettes Verbot der Sexarbeit gefordert. Da die Argumentationsmuster sehr denen des „War on Drugs" oder des „War on Terror" ähneln, sprechen Sexarbeitsaktivist*innen auch vom „war on sex" work, angetrieben von der rescue industry, welche unter dem Vorwand der „Rettung von Prostituierten" Profite erzielt und für repressivere Gesetze Stimmung macht.

Diese Maßnahmen sowie die Gleichsetzung von Menschenhandel und einvernehmlicher Sexarbeit sind in vielerlei Hinsicht problematisch. Zum einen werden dadurch Arbeitsrechte verunmöglicht, denn illegalisierte Arbeit kann keine Rechte haben. Zweitens wird Sexarbeitenden der Mund verboten – nicht nur werden sie als „nicht-repräsentative Privilegierte" abgewunken, auch wird eine von Sexarbeitenden geführte Diskussion tatsächlicher Probleme erschwert, wenn eine argumentative Verteidigung gegen Anfeindungen den Raum einnimmt. Letztendlich wird auch verschwiegen, dass Menschenhandel sich nicht auf sexuelle Ausbeutung beschränkt: ein Großteil findet in der Agrar- und Textilindustrie sowie in der häuslichen Arbeit statt – ermöglicht durch Migrationsauflagen und Grenzregime. Weltweit setzen Organisationen von Sexarbeiter*innen diesen Entwicklungen die Forderung nach kompletter Dekriminalisierung bei gleichzeitiger Durchsetzung von Arbeitsrechten entgegen.

Perspektiven gemeinsamer Kämpfe

Entgegen aller Erwartungen wurde die Teilnehmer*innenzahl der Gedenkkundgebung für Beate Fischer übertroffen. Ein Grund könnte eine Politisierung unter Sexarbeitenden sein – angetrieben von repressiven Gesetzen und einer stärkeren internationalen Vernetzung. Doch diese Kundgebung kam nicht aus dem Nichts. Bereits am 17. August 2017 protestierten Sexarbeiter*innen und Antifaschist*innen gegen eine von der AfD geplante Veranstaltung zum Thema „Straßenstrich" (die Veranstaltung musste aufgrund von Glasbruch am Veranstaltungsort abgesagt werden). In einem Redebeitrag meinte ein Sexarbeiter, dass es bei allen Gemeinsamkeiten nicht die AfD bräuchte, um Sexarbeitende und Antifaschist*innen einander näher zu bringen. Sexarbeitende haben in den letzten Jahren wiederholt bei linken Veranstaltungen Präsenz gezeigt, durch eigene Aktionen Inhalte gesetzt, sich organisiert und gegen Anfeindungen gewehrt. Ein Höhepunkt war die Demonstration anlässlich des Internationalen Hurentages 2019. Nicht nur, weil sie mit mehreren hundert Teilnehmenden eine der größten Mobilisierungen der letzten Jahre zum Thema war, sondern auch, weil sie in Redebeiträgen und durchgängig skandierten Parolen den Kampf der Sexarbeitenden mit anderen Bewegungen verband:

- „My Body = my choice"
- „No Borders, No Nations, Stop Deportations"
- „Stop the violence stop the hate – smash the police state"
- „We raise our kids, work all night – side by side we're ready to fight"
- „Arrest us, just try it, Stonewall was a riot"

Dieses steigende politische Bewusstsein und die Bereitschaft unter Sexarbeitenden, für die eigenen Positionen einzustehen, ist nicht nur ein Berliner Phänomen, sondern ein weltweites. Doch wir bewegen uns weiterhin in Isolation und sind Angriffen und Marginalisierung ausgesetzt. Dafür brauchen wir Verbündete und müssen aktiv Brücken zu anderen Bewegungen aufbauen. Wenn Antifaschismus bedeutet, sich gegen faschistische Gewalt, Patriarchat, Kapitalismus und einen autoritären Staat zur Wehr zu setzen und Ausgegrenzte der Gesellschaft zu unterstützen, dann sind die Kämpfe von Sexarbeiter*innen wesensverwandt. Eine verstärkte Vernetzung könnte theoretisch und praktisch bei allen Beteiligten zu neuen Erkenntnissen und Erfahrungen führen, welche für zukünftige Kämpfe notwendig sein werden. •

Leseempfehlungen:

- Melissa Gira Grant – Hure spielen: Die Arbeit der Sexarbeit
- Juno Mac & Molly Smith – Revolting Prostitutes: The fight for sex workers' rights
- Jenny Künkel & Kathrin Schrader – Sexarbeit: Feministische Perspektiven

Organisationen für Sexarbeiter*innenrechte:

- Hydra e.V. (Berlin)
- Doña Carmen e.V. (Frankfurt/Main)
- Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. (deutschlandweit)

REPRESSION

„Linksextreme Musikszene" in Sachsen – eine Erfindung des Verfassungsschutzes?

MICHAEL BERGMANN

In Sachsen wurden in den letzten Jahren mehr Musik-Bands durch den Verfassungsschutz unter der Kategorie „Linksextreme Musikszene" gelistet, als in allen anderen Bundesländern zusammen. Ein Gerichtsurteil stellte jetzt fest, dass die namentliche Nennung einiger dieser Bands im Jahresbericht des Inlandsgeheimdienstes rechtswidrig war. Die Observierung antifaschistischer Musikgruppen und die Datensammlung über ihre Aktivitäten sind damit jedoch nicht beendet.

In der medialen Wahrnehmung liege ein „starkes Gewicht auf dem Thema Rechtsextremismus in Sachsen", meint Dirk Münster, Leiter des Polizeilichen Abwehrzentrums für Terrorismus und Extremismus (PTAZ) am Landeskriminalamt in Sachsen. In einem Interview mit dem russischen Staatssender RT Deutsch erklärt er weiter[1]: „Wenn man die Fallzahlen der Statistik (...), die Anzahl der Gewaltdelikte anschaut, haben wir bei den Gewaltdelikten sogar einen leichten Überhang bei linksextremen. Und das schon seit vielen Jahren." Als Zeuge dieser vermeintlichen linksextremen Gewalt kommt in derselben Sendung der extrem rechte Aktivist Maximilian Thorn zu Wort. Er war in der Vergangenheit als Redner bei PEGIDA und Aktivist der „Identitären Bewegung" aufgefallen. Die Gründung einer Sonderkommission Linksextremismus in Sachsen verwundert in diesem Zusammenhang nicht. Trotz der Verankerung des Kerntrio des NSU und mindestens drei weitere rechtsterroristische Gruppen hier, hatten in Sachsen die Ermittlungsbehörden ihren Fokus stets auf der Verfolgung und Krimanlisierung von antifaschistischem Widerstand.

Und so reiht sich die neuerliche Stimmungsmache gegen den sogenannten „Linksextremismus" in eine lange sächsische Tradition. Eine wichtige Rolle spielte dabei schon immer der Verfassungsschutz. Nachdem der Burschenschafter Gordian Meyer-Plath, der wegen seiner Rolle im NSU-Komplex und seinen diesbezüglichen Aussagen vor diversen Untersuchungsausschüssen in der Kritik steht, das Amt des Verfassungsschutzpräsidenten in Sachsen 2013 übernahm, wurde in den Bericht die Kategorie „Linksextreme Musikszene" eingeführt. Während rechtsextreme Musik klandestin stattfinden müsse, da sie gesellschaftlich geächtet sei, habe es die „linksextreme Musikszene" deutlich einfacher, heißt es in dem Bericht. Deren Veranstaltungen „finden deshalb häufig in öffentlichen Einrichtungen oder als Festivals unter freiem Himmel statt", stellt das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV) fest. Dadurch können sich, nach Ansicht der Behörde, deren Ideen stärker verbreiten und eine gesellschaftliche Akzeptanz finden. Als Beispiel wird durch das LfV u.a. eine Demonstration gegen die Partei „Die Rechte" in Leipzig aufgeführt, bei der „linksextreme Musik" abgespielt worden sei.

Der Punk-Band „Dr. Ulrich Undeutsch" wurde durch das LfV vorgeworfen, sie würde in ihren Liedtexten Themenfelder wie „Antirepression" und „Antifaschismus" besetzen, wodurch eine Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates deutlich werde und sie deshalb als linksextrem einzustufen sei. Ähnlich erging es den Bands „One Step Ahead", „east german beauties" und „Endstation Chaos". In einer Sitzung des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Limbach-Oberfrohna hörten die Anwesenden im Beisein von Polizei und Verfassungsschutz ein Album der dort ansässigen Band „One Step Ahead", um sich vom vermeintlichen Linksextremismus der Musiker zu überzeugen. Die Einstufung der Bands als „linksextrem" zog weitreichende Konsequenzen nach sich. Das LfV informierte vor jedem öffentlichen Auftritt in Sachsen den Veranstaltungsort und die zuständige örtliche Versammlungsbehörde darüber, dass der Auftritt einer „linksextremen Band" anstehe. Infolgedessen wurden durch die Versammlungsbehörden der Landkreise und Städte Polizeieinsätze ausgelöst, die rund um die Konzerte die Sicherheit und Ordnung herstellen sollten. Bei zahlreichen Konzerten führte dies dazu, dass mehr Polizeikräfte in den jeweiligen Kleinstädten und Dörfern unterwegs waren, als überhaupt Besucher_innen zu den Konzerten kamen. Einige Veranstaltungsorte sagten die Konzerte aus Angst vor der Staatsmacht auch gänzlich ab. Andere Konzertorte rückten sich durch die Durchführung der Konzerte als „Veranstaltungsorte der linksextremen Musikszene" selbst ins Visier der Überwachungsbehör-





Oben: Dirk Münster, Leitender Kriminaldirektor des LKA Sachsen beklagt im Interview mit RT Deutsch „linksextremen Gewalttaten".

Rechts: Die Punk-Band Dr. Ulrich Undeutsch beim „verbreiten ihrer Ideen".

den. Der Bürgermeister der Gemeinde Leubsdorf, Dirk Fröhlich (CDU), verbot im Juni 2019 ein Konzert von „Dr. Ulrich Undeutsch" beim örtlichen Sportverein durch amtliches Schreiben sogar gänzlich. Andere Kommunalverwaltungen drohten den Veranstaltungsorten mit Fördermittelentzug, wenn sie weiterhin „linksextreme Bands" auftreten lassen. Kurios betrieben wurde die Einschränkung der Bands u.a. durch die Extremismusbeauftragte des Landkreises Mittelsachsen. Diese forderte von einer auftretenden Band eine Playliste mit Liedern, die beim Konzert gespielt werden sollten. Aufgrund der Absurdität dieser Auflage reichte die Band eine Liste mit Titeln ein, die sie frei erfunden hatte. Am Ende wurde ihr mitgeteilt, dass bis auf zwei Lieder der Liste keines gespielt werden dürfe. In mindestens einem Fall ist darüber hinaus bekannt, dass dem LfV Fotos von einem Konzert in Sachsen vorliegen, die durch den Einsatz eines Mitarbeiters oder eines V-Mannes der Behörde entstanden sind.

In einem Anerkennungsurteil stellte das Verwaltungsgericht Dresden am 23. Oktober 2019 fest, dass die Nennungen der Bands „Dr. Ulrich Undeutsch", „One Step Ahead", „east german beauties" und „Endstation Chaos" im Verfassungsschutzbericht unzulässig sind. Das LfV musste seinen Bericht daraufhin einstampfen. Vorausgegangen war dem Urteil eine Klage der vier Bands. „Der Verfassungsschutz hatte offenbar nichts gegen die Bands in der Hand, was juristischen Wert hat," meint der Leipziger Rechtsanwalt Raik Höfler, der die Klage führte. Die Kosten des Verwaltungsgerichtsprozesses trägt nun das Sächsische Innenministerium. Trotzdem zeigt sich Raik Höfler nicht nur erfreut über die Entscheidung. Er bedauert, dass durch die Anerkennung des Urteils durch die Behörde kein Verfahren stattfinde, bei welchem Fragen von Kunstfreiheit und Zensur im Zusammenhang mit dem LfV gestellt werden können.

Ob eine Beobachtung von politischen Musikgruppen durch die Verfassungsschutzämter überhaupt vom deutschen Grundgesetz gedeckt ist, ist unter Jurist_innen umstritten. Als richtungsweisend gilt in diesem Zusammenhang das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2000 zum Lied „Deutschland muss sterben, damit wir leben können" der Band „Slime". Das Gericht stellte damals fest, dass der demokratische Rechtsstaat auch „eine plakative, drastische Kritik mit satirischem Einschlag an gesellschaftlichen und politischen Zuständen" aushalten müsse. In der Kunstform sei es laut Gericht normal, das „symbolhaft überfrachtete Bilder" und „karikaturhaft überzeichnete Ausdrücke" zum Einsatz kommen. Wenn Komposition und Dichtung vorlägen, dann komme es auf die „Höhe der Dichtkunst" nicht mehr an, so die Verfassungsrichter. Die Kunstfreiheit ist demnach ein wichtiges Grundrecht, welches eine hohe Schwelle für Eingriffe vorsieht. Sollte in den Texten von Liedern zu Straf-und Gewalttaten aufgerufen werden, liegt die Zuständigkeit dafür bei Polizei und Staatsanwaltschaften. Ob der Verfassungsschutz im Kunstbereich bereits im Vorfeld tätig werden darf, gilt als mindestens fraglich.

Der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis90/Grüne im Sächsischen Landtag, Valentin Lippmann meint: „Die rechtswidrige Beobachtung der linken Musikszene durch den Verfassungsschutz ist ein weiterer Beweis dafür, dass dieser Verfassungsschutz weder seiner eigentlichen Aufgabe nachkommt (...), noch in der Lage ist, saubere rechtssichere analytische Arbeit zu leisten." Er fordert eine Abwicklung des Verfassungsschutzes. Dass das LfV nach dem Gerichtsurteil die Observierung von antifaschistischen Musikgruppen in Sachsen einstellen wird ist nicht zu erwarten. Gerichtlich festgehalten wurde lediglich, dass die namentliche Nennung der Bands im Bericht der Behörde zu unterlassen ist. Ob die Observation von antifaschistischen Musiker_innen mit geheimdienstlichen Mitteln rechtskonform ist, muss in kommenden Prozessen entschieden werden. •

1 in einer Sendung am 22. November 2019

REPRESSION

Jock Palfreeman ist nach dem Gesetz frei, er bleibt jedoch weiterhin eingesperrt und sein Fall ist nach erfolgreichem politischen Druck rechter Parteien nun wieder juristisch in der Schwebe.

Politisches Sonderrecht in Bulgarien?

Seit einem Jahrzehnt verfolgt die australische Autorin Belinda Hawkins als Journalistin (ABC TV) und Autorin („Every Parent's Nightmare") den Fall von Jock Palfreeman. Der 32-jährige Australier wurde im Jahr 2009 in Bulgarien des Mordes für schuldig befunden und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Palfreeman betonte stets, in Notwehr gehandelt zu haben, als er einen Roma beschützen wollte, der von einer Gruppe Rassisten der „Levski Ultras" angegriffen worden war[1]. Am 19. September 2019, nach zwölf Jahren Haft, gewährten ihm drei Berufungsrichter endlich Bewährung. Nach bulgarischem Recht war diese Entscheidung unanfechtbar und wir freuten uns mit Jock. Aber die Freude währte nur kurz und Palfreeman wurde wieder eingesperrt, nachdem extrem rechte Politiker gegen seine Entlassung vorgingen. Wir fassen die Berichterstattung zusammen.

Anfang Oktober 2019 wurde bekannt, dass neues Filmmaterial die Argumentation der Selbstverteidigung belegen würde. Das besagte Video war zwar schon einmal während des Prozesses auf einem sehr kleinen Laptop gezeigt worden. Dort hatte Jock in Handschellen und Ketten jedoch keine Gelegenheit gehabt, die Aufnahmen sachgemäß zu beurteilen. Die Anklage hatte sich vor Gericht auf die Argumentation gestützt, es habe keine vorangegangene Gewalt gegeben. Das neu gesichtete Filmmaterial zeigt hingegen eine Gruppe von Männern, darunter auch das spätere Opfer, die mindestens einen, möglicherweise sogar zwei andere Männer durch das Zentrum der Innenstadt von Sofia jagt. Diese Männer sind Roma, die von der Gruppe bedrängt und misshandelt wurden. Palfreeman hatte immer ausgesagt, er sei in den Kampf verwickelt worden, als er versuchte, schützend ins Geschehen einzugreifen. Die nun freigegebene Aufnahme soll zeigen, wie die Angreifer Gegenstände auf Palfreeman schleudern, ihn zu Boden werfen und ihn umringen, als er versucht, davonzulaufen.

Trotz dieser neuen Erkenntnisse und der vorangegangenen positiven Entscheidung über die Bewährung, befindet sich Jock bis zu einem nachgeschobenen – eigentlich irregulären – Berufungsverfahren weiterhin in „Einwanderungshaft" im Gefangenenlager Busmantsi. Dort sollte er eigentlich nur auf einen aktuellen Reisepass warten, denn auch das Stadtgericht in Sofia hatte zuvor entschieden, dass das Ausreiseverbot aufgehoben ist. Doch der bulgarische Generalstaatsanwalt wandte sich gleich nach der Entscheidung des Berufungsgerichts an das Oberste Kassationsgericht mit dem Antrag, die Bewährung widerrufen zu lassen. Und zwar ohne jede Rechtsgrundlage, denn nach bulgarischem Recht können Entscheidungen des Berufungsgerichts, das Palfreeman seine Freiheit gewährt hatte, nicht erneut verhandelt werden. Das ist beispiellos, denn das bulgarische Parlament erwägt dafür nun eigens eine Änderung der Strafprozessordnung, die für endgültige Bewährungsurteile nunmehr eine außerordentliche Überprüfungsmöglichkeit vorsehen soll.

Eine rechte Kampagne

Begleitet wurde die positive Bewährungsentscheidung von rechten Protesten, die extrem rechten Parteien nutzten den Fall als Wahlkampfthema. Inmitten einer fieberhaften Debatte in den lokalen Medien über „Recht und Ordnung" wurde die erneute Anhörung vorverlegt. Das Gericht erklärte, es habe die außergewöhnliche öffentliche Reaktion sowie die in den Medien verbreitete Information, die ausstehende Anhörung habe Palfreeman an der Ausreise gehindert, mit zu berücksichtigen gehabt. Die australischen Behörden hatten zwar drei Tage später einen Notfallpass ausgestellt, da war der oberste Kassationsgerichtshof aber schon vom Generalstaatsanwalt „gebeten" worden, die Bewährung wieder aufzuheben. Der Oberste Justizrat reagierte wie gewünscht. Als Reaktion verfasste die bulgarische Richterunion eine Rüge, die von fast 300 Richter_innen unterzeichnet wurde und den Verlust der gerichtlichen Unabhängigkeit verurteilt. Sie beklagen, bulgarische Richter_innen würden stark unter Druck geraten, wenn sie nicht in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung und dem Willen der politischen Parteien und deren politischer Führung handeln. Auch der Leiter des Obersten Kassationsgerichtshofs kritisierte die Haltung des Obersten Justizrats in diesem Fall. Das zuständige Gericht hat inzwischen zwar getagt, sich seine Entscheidung aber für einen späteren Zeitpunkt – wahrscheinlich erst in mehreren Monaten – vorbehalten.

Unterstützer unter Druck

In der Haft gründete Jock die erste Gefangenengewerkschaft Bulgariens und brachte mit Hilfe von Menschenrechtsanwält_

innen die Fälle anderer Gefangener vor bulgarische und europäische Gerichte. Einer der führenden bulgarischen Menschenrechtsanwälte berichtete, seine Unterstützung für Palfreeman habe einen Vorstoß der Regierung zur „Deregistrierung" seiner lokalen NGO „Bulgaria Helsinki Committee" (BHC) zur Folge gehabt. Die extrem rechte „Bulgarische Nationale Bewegung" (VRMO), eine von zwei Parteien, die sich die Macht in der Regierung teilen, hatte den Generalstaatsanwalt schriftlich dazu aufgefordert, ein Verbot der BHC zu erwirken. Als Begründung wurde angeführt, die Vertretungen von Mandant_innen vor nationalen Gerichten sowie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte würden die nationale Justiz beeinträchtigen.

Die extrem rechte Partei „Ataka" demonstrierte ebenfalls vor dem Justizpalast in Sofia. Die neonazistische „Partija Ataka" (übersetzt „Angriff") stand mit Schildern mit der Aufschrift „Helsinki-Komitee – Strafverfolgung nach Artikel 105 wegen Spionage zugunsten eines ausländischen Staates" vor dem Gericht, das zu Jock Palfreeman tagte. Der Name der Partei ist offenbar Programm: Im Jahr 2016 wurde der Präsident des BHC in Sofia körperlich attackiert, die Ermittlungen der Polizei wurden schnell eingestellt. Anfang Oktober berichtete er gegenüber „Human Rights Watch", seit dem Amtsantritt der Regierungskoalition im Jahr 2018 habe man ihn und seine Organisation systematisch ins Visier genommen. Bei der Demonstration in Sofia forderte „Partija Ataka" die erneute Inhaftierung Palfreemans, während ihr Führer Volen Siderov die Gelegenheit nutzte, um seine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters anzukündigen. Der ehemalige Abgeordnete der bulgarischen Sozialistischen Partei Hristo Monov, dessen Sohn durch Palfreeman ums Leben kam, forderte auf der Demonstration die Entlassung des Vorsitzenden Berufungsrichters, der die positive Bewährungsentscheidung zu Gunsten von Jock gefällt hatte.



Screenshot: YouTube/Hristina Vardeva: Jock Palfreeman about Bulgarian Prisons

Reaktion in Australien und USA

Ein Versetzungsantrag in die Haft nach Australien aus dem Jahr 2013 wurde abgelehnt, da noch eine Entschädigungszahlung in Höhe von 300.000 Euro an die Familie des Opfers aussteht, zu der Jock gerichtlich verurteilt wurde. Während seiner Gefangenschaft gründete Jock im Jahr 2013 die „Bulgarian Prisoners' Rehabilitation Association" (BPRA). Während die positive Entscheidung der Berufungsgerichte über Jock's Bewährung offiziell mit seinem guten Sozialverhalten begründet wurde, vermutet der australische Journalist Andy Fleming, dass sein Aktivismus und seine erfolgreiche Vernetzungsarbeit im Kampf für die Rechte von Gefangenen eine weitere mögliche Ursache für seine geplante Entlassung aus Bulgarien gewesen sein könnte. Der in Melbourne lebende Autor ist ein langjähriger Beobachter der extremen Rechten in Australien und international. Er schildert auch, dass der ehemalige australische Premierminister Tony Abbott die Gelegenheit einer Reise nach Ungarn nutzte, um seine politische Solidarität mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orban zum Ausdruck zu bringen und ihm beizupflichten, dass Europa von Ausländern „überflutet" werde. Dies ist ein Echo auf den Begriff „The Great Replacement", der von dem australischen neonazistischen Christchurch-Attentäter bekannt gemacht wurde, aber auch in der Propaganda von extremen Rechten wie Stefan Molyneux und Lauren Southern während ihrer Australientour im Jahr 2018 weiterverbreitet wurde. Eine Unterstützungs-Petition an den australischen Premierminister wird angesichts der früheren Weigerung von Scott Morrison, sich in die Angelegenheit hineinziehen zu lassen, kaum Einfluss haben. Solidarisch konkret wurde hingegen die Online-Fundraising-Plattform des „International Anti-Fascist Defence Fund" in den USA, die „einen Betrag bereitstellen konnten, um sicherzustellen, dass um ihn gesorgt ist". Eigenangaben zufolge haben sie über Internet-Crowdfunding in den letzten vier Jahren mehr als 75.000 Dollar an über 400 Antifaschist_innen und Antirassist_innen in achtzehn Ländern gespendet. •

1 Wir berichteten ausführlich über den Fall im AIB Nr. 87 und Nr. 104

BRASILIEN

„Die Miliz ist keine Parallelstruktur – Sie ist der Staat“

Die Verbindungen der Milizen von Rio de Janeiro mit der Familie Bolsonaro

INTERVIEW MIT DEM SOZIOLOGEN JOSÉ CLÁUDIO SOUZA ALVES

Im Rahmen der Operation „Die Unberührbaren“ (Os Intocáveis) nahm die brasilianische Staatsanwaltschaft zusammen mit der Zivilpolizei seit Januar zwölf führende Mitglieder der Miliz aus Rio das Pedras, einer der am stärksten von Milizen kontrollierten Region Rio de Janeiros fest. Der ehemalige Hauptmann der Militärpolizei Adriano Magalhães da Nóbrega bleibt damit als einziger der 13 Angeklagten der Operation weiterhin untergetaucht. Nóbrega ist außerdem angeklagt, Anführer des Exekutionskommandos „Büro des Verbrechens“ (Escritório do Crime) zu sein, das den Mord an der linken Stadträtin und Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes im März 2018 ausgeführt haben soll. Im November 2019 rückte der extrem rechte Präsident Jair Bolsonaro selbst in den Fokus der Ermittlungen im Fall Marielle. Auch zwischen seinem ältesten Sohn Flávio Bolsonaro, bis 2019 Abgeordneter in Rio de Janeiro, und dem Milizionär Nóbrega bestehen zahlreiche Verbindungen. Bis November 2018 beschäftigte er die Mutter und Frau von Nóbrega in seinem Büro. Die Familie Bolsonaro sympathisiert öffentlich mit den Milizen. Im Jahr 2008 forderte Jair Bolsonaro, damals noch Abgeordneter, die Legalisierung der Milizen, da diese für Sicherheit sorgen würden. In Rio de Janeiro leben zwei Millionen Menschen in Gebieten, die von Milizen kontrolliert werden. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 wählten dort 75 Prozent den extrem rechten Präsidenten Jair Bolsonaro.[1] Der Soziologe José Cláudio Souza Alves resümiert im Interview mit der Agência Publica daher treffend: „Die Miliz in Rio, das ist der Staat!“. Die deutsche Übersetzung des Interviews erschien in gekürzter Version erstmals in den Lateinamerika Nachrichten.

Wie entstanden die Milizen in Rio de Janeiro?

Sie haben ihren Ursprung in der brasilianischen Militärdiktatur zwischen 1964 und 1985. 1967 entstand die Militärpolizei, eine sehr offensive Truppe, die die Militärs unterstützte. Kurz darauf erschienen die Todesschwadronen: Gruppen aus Militärpolizisten und anderen Mitarbeitern von Sicherheitsbehörden, die als Auftragsmörder operierten. Diese Todesschwadronen arbeiteten in den 1970er Jahren mit Hochdruck. Während der 1980er Jahre erhielten die Mordkommandos zivile Leitungen, die gute Verbindungen zu den Vertreter*innen des Staates besaßen. Mit der Wiederherstellung der Demokratie in den 1990er Jahren begannen genau diese Killer, sich in politische Ämter wählen zu lassen.

In den umliegenden Städten von Rio gab es von 1995 bis 2000 einen Prototyp der heutigen Milizen von Rio de Janeiro, deren Anführer*innen aus städtischen Landbesetzungen kamen. Seit den 2000er Jahren sind die Milizionäre so aufgestellt wie heute: Militärpolizisten, Zivilpolizisten, Feuerwehrleute, und Sicherheitsleute, die dort agieren, wo es früher Drogenhandel gab; gleichzeitig schaffen sie sich eine Machtstruktur über die Eintreibung von Gebühren, den Verkauf von öffentlichen Dienstleistungen oder Gütern wie Trinkwasser, Müllentsorgung oder Grundstücken.

Haben die Milizen Rückhalt in der Bevölkerung?

Die Miliz tritt mit der Begründung auf, dass sie in die Gemeinden komme, um sich dem Drogenhandel entgegenzustellen. Aber mit der Zeit wird der Bevölkerung klar, dass die Miliz sich gegen sie selbst richtet – sie tötet. Außerdem kontrolliert sie nach und nach den lokalen Handel. Das macht der Bevölkerung Angst und sie unterstützt die Miliz weniger.

Was ist die Geschichte von Rio das Pedras, wo das „Büro des Verbrechens“ aktiv war?

Rio das Pedras ist eine expandierende Gemeinde, wo sehr arme Menschen leben, die aus dem Nordosten des Landes stammen. Es gibt dort nur wenig Grundstücke, die man bebauen kann, viele davon mit ungeregeltem Landbesitz. Die Milizen be-



Foto: facebook.com/JairRenan Bolsonaro

Die Bolsonaros:
Bildmitte Flávio und Jair Bolsonaro. Flávio Bolsonaro war Kontaktmann zum Milizenführer, Jair forderte deren „Legalisierung".

setzen und legalisieren sie – manchmal sogar über die Stadtverwaltung, indem sie Steuern für diese Immobilien bezahlen – und verkaufen sie dann.

Gab es in Rio das Pedras die erste Miliz von Rio?
Nein, das kann man so nicht sagen. Meiner Einschätzung nach sind die Milizen an verschiedenen Orten in der Region gleichzeitig entstanden. Noch nicht als Prototyp, sondern mit lokalen Führungsfiguren, die über Gewalt eine autoritäre Form politischer Kontrolle ausübten.

In Rio das Pedras passierte aber alles schneller, dort begannen die Forderungen nach Schutzgeldern. Die Gemeinde sah sich einer Gruppe von Milizionären gegenüber, die sie eigentlich schützen und verhindern sollte, dass der Drogenhandel eindringt. Aber in Wirklichkeit sollten sie die kommerziellen Interessen der Geschäftsinhaber, die sich in Rio das Pedras niederließen und diese Gruppe finanzierten, schützen.

Wie viele Milizen gibt es heute in Rio de Janeiro?
Ich weiß, dass es viele sind. In praktisch jedem Gemeindebezirk in der Region um Rio de Janeiro sind Milizen präsent.

Wie häufig sind Todesschwadrone wie das „Büro des Verbrechens"?
Ich habe noch nie von einer Miliz gehört, die keine Hinrichtungen durchführt. Normalerweise hat eine Miliz ein Team für Exekutionen. Wenn etwas nicht mit den Interessen der Miliz übereinstimmt, wird dieser bewaffnete Flügel aktiviert, um zu töten. Was neu bei den Milizen ist, ist die Palette der Dienstleistungen, die sie neben den Hinrichtungen und dem Sicherheitsdienst anbieten. Die Milizen fixieren sich nicht mehr nur auf große Händler oder große Unternehmen.

In welchen anderen illegalen Geschäftszweigen operieren die Milizen?
Sie erheben Schutzzölle beim Handel. Sie sagen, dass sie für Sicherheit sorgen, aber später kontrollieren sie die Versorgung mit Wasser und Gas, Zigaretten und Getränken in den Gemeinden. Und es gibt Berichte, dass Leute ermordet wurden, die das nicht akzeptiert haben. Motorrad-Taxis zahlen beispielsweise 80 Reais (ca. 20 Euro, Anm. d. Red.) pro Woche, um operieren zu dürfen. Ein Popcornverkäufer zahlt 50 Reais pro Woche. Das ist Wahnsinn!

Sie errichten illegale Müllkippen in der Region und vergraben dort den Müll von jedem, der dafür zahlt. Tausend Reais pro Lastwagen. Wo es herkommt, ist ihnen egal. Das kann Giftmüll, Industriemüll oder Krankenhausabfall sein. Daneben werden auf dem Markt für Exekutionen seit geraumer Zeit Millionen bewegt. Und sie sind auch im Drogenhandel aktiv, arbeiten mit bestimmten Drogenkartellen zusammen. Sie haben die gleiche Beziehung wie die Polizei zum Drogenhandel: Der funktioniert nur dort, wo Bestechungsgelder gezahlt werden.

Die Milizen kontrollieren also auch öffentliche Dienstleistungen wie Müllentsorgung und bemächtigen sich kommunaler Räume, um illegalen Aktivitäten nachzugehen?
Die finanzielle Basis einer Miliz ist die militarisierte Kontrolle geografischer Gebiete. Das ermöglicht es ihr, den städtischen Raum an sich in eine Einkommensquelle zu verwandeln, zum Beispiel durch Immobilienverkauf. Es gibt ein staatliches Programm Minha Casa Minha Vida (Mein Haus Mein Leben), mit dem Sozialwohnungen gebaut werden. Die Miliz übernimmt die militärische Kontrolle des Baugebiets, be-



Der Anführer des Executionskommandos Adriano Magalhães da Nóbrega, ein ehemaliger Hauptmann der Militärpolizei.

stimmt, wer die Wohnungen bekommt, und verlangt Gebühren von den Bewohnern. Die Region der Baixada und die Stadt Rio de Janeiro sind große Laboratorien der Ungesetzlichen und Illegalen, die sich zusammenschließen, um eine Struktur der politischen, ökonomischen und kulturellen Macht zu stärken, die geografisch verankert ist und auf Gewalt und bewaffneter Kontrolle beruht.

Sind die Milizen in Rio de Janeiro wegen der Abwesenheit des Staates entstanden?
Der Staat war immer da. Die Auftragsmörder und Milizionäre werden ja gewählt. Es ist der Staat, der festlegt, wer die militärische Kontrolle über diese Region ausübt, weil diese ja staatliche Vertreter sind. Es gibt keine Abwesenheit des Staates, das ist die Machtausübung genau dieses Staates. Eines Staates, der illegale Operationen fortsetzt und dadurch mächtiger wird, als er das im legalen Einflussbereich ist. Weil er auf totalitäre Weise über das Leben bestimmt und man sich ihm nicht entgegenstellen kann.

Aber auf der anderen Seite ist es doch die Bevölkerung, die Politiker aus den Milizen wählt?
Sie meinen doch nicht etwa, die Bürger seien Mitschuldige oder Komplizen des Verbrechens? Ja, diese Menschen haben Flávio Bolsonaro gewählt, der, wie sich jetzt herausstellte, möglicherweise Verbindungen zu diesen Gruppen haben soll. Aber unter welchen Lebensbedingungen haben sie das getan? Es sind Bedingungen des Elends, der Armut und der Gewalt, denen sie sich ausgesetzt sehen. Fünf Jahrzehnte der Todesschwadrone führten zu 70 Prozent Zustimmung für Bolsonaro in den Vorstädten Rios. Drei Amtszeiten der Arbeiterpartei, also 14 Jahre präsidialer Macht, haben nichts an diesen Strukturen verändert. Die PT ging ein Wahlbündnis ein, sie suchte die Unterstützung dieser Gruppen.

Was verbindet den Stab eines Politikers und einen Milizionär, wie dies bei Flavio Bolsonaro und der Mutter und Ehefrau von Adriano Magalhães da Nóbrega der Fall war?
Die Ansichten der Familie Bolsonaro. Sie sind die Erben der Diskurse von Politikern wie dem Abgeordneten Sivuca (José Guilherme Godinho Sivuca Ferreira, 1990 Abgeordneter für die Partei PFL, Anm. d. Red.), der den Slogan „Nur ein toter Bandit ist ein guter Bandit!" prägte. Er war einer von der alten Truppe, dem politischen Arm der Todesschwadronen. Dieser Diskurs hat sich fortgesetzt und verfestigt. Es ist logisch, dass die Milizionäre diese Ansichten unterstützen und dadurch stärker werden. Das ist der Plan für öffentliche Sicherheit, den Bolsonaro in seiner Wahlkampagne verteidigt hat. Er sagt, dass die Militärpolizisten die Helden der Nation sind, dass die Militärpolizisten unterstützt werden müssen, dass sie Auszeichnungen bekommen sollten. Ein mögliches unrechtmäßiges Handeln eines Polizisten im Dienst wird von Bolsonaro völlig ausgeblendet. Es gibt Bereiche, die seit der Militärdiktatur immer illegal operiert haben, als Exekutionskommandos. Und jetzt hören sie diesen Diskurs, der ist natürlich Musik in ihren Ohren.

Sehen Sie auch eine finanzielle Verbindung von Milizionären und Politikern?
Es gibt Operationen der Milizionäre innerhalb des offiziellen politischen Systems. In Duque de Caxias existiert ein Zentralregister der staatlichen Liegenschaften. Es gibt Milizionäre, die im Grundbuch der Stadtverwaltung die Immobilien ermitteln, für die lange keine Grundsteuer gezahlt wurde. So ein Milizionär beginnt dann, die Grundsteuer zu bezahlen, verhandelt die Altschuld, und bittet dann darum, diese Immobilie auf seinen Namen zu überschreiben. Die Stadtverwaltung trägt ihn als Besitzer ein. Das ist ein ganz einfacher Vorgang. Und der eigentliche Eigentümer wird später niemals den Mut aufbringen, diese Immobilie zurückzuverlangen, weil sie jetzt mit Waffengewalt kontrolliert wird. Ohne diese direkte Verbindung zur staatlichen Struktur gäbe es die Milizen nicht in der Form, wie es sie heute gibt. Deshalb sage ich, das ist keine Parallelmacht – das ist der Staat.

Und es gibt Politiker, die mit dem so verdienten Geld gewählt werden. Das Geld der Milizen finanziert die Macht eines Politikers wie Flávio Bolsonaro und die Macht von Flávio Bolsonaro fördert die Einkünfte der Milizionäre. Es ist entscheidend, dass diese Struktur so funktioniert. Sie kann nur weiter bestehen, weil sie genau so ist.

Sind Fälle wie die der Mutter und Ehefrau von Adriano Magalhães de Nóbrega, die als Beraterinnen im Stab von Flávio Bolsonaro angestellt waren, üblich?
Ja, das ist ganz normal. Zwischen diesen Personen wird eine Macht- und Geldbeziehung aufgebaut. Der Milizionär stellt



Die linke Stadträtin Marielle Franco wurde 2018 ermordet, vermutlich von einer Gruppe Milizionären.

einen direkten persönlichen und familiären Kontakt mit Flávio Bolsonaro her. Dieser Kontakt gibt ihm in seiner Gemeinde Macht. Er wird dort bekannt als jemand, der Einfluss auf den Abgeordneten hat und den man ansprechen kann, wenn irgendetwas geregelt werden muss. So entsteht eine familiäre Machtstruktur. Und das ist genau das, wofür sich die Bolsonaros einsetzen: familiäre Strukturen. Und religiöse. Evangelikale Kirchen sind mit diesen Strukturen verbunden. Eine perfekte Verbindung: traditionell, konservativ, religiös, ein Diskurs mit hoher Glaubwürdigkeit.

Das zeigt, wie diese Menschen agieren. Adriano Nóbrega, Flávio Bolsonaro, Bolsonaro selbst, die Auftragsmörder dieser Region. In Brasilien agieren diese Gruppen, die mit Gewalt, Hinrichtungen, organisiertem Verbrechen zu tun haben, nicht im Verborgenen, sondern vor aller Augen. Sie sprechen ganz offen darüber, was sie machen, zu wem sie Verbindungen haben, welche Ämter sie besetzen, wen sie kennen. Damit allen klar ist, mit wem es jemand, der sich ihnen vielleicht widersetzen möchte, zu tun bekommt. All das basiert komplett auf Einschüchterung. Und es sind nicht nur leere Drohungen, sie machen sie auch wahr.

Was ihre politischen Möglichkeiten angeht: Haben sie sogar die Macht, bei Wahlen die Stimmen der Bevölkerung zu manipulieren?

Die Milizen verkaufen Stimmen ganzer Gemeinden in der Region im Paket. Sie haben eine genaue Übersicht der Wahlberechtigten, der Wahllokale der einzelnen Wähler und wissen, wie viele Stimmen dort jeweils abgegeben werden. Sie sind in der Lage festzustellen, wer nicht für ihren Kandidaten gestimmt hat.

Gibt es denn keine Maßnahmen, diese Strukturen zu zerschlagen?

Die Operation „Die Unberührbaren" könnte eine Operation historischen Ausmaßes sein. Aber ich bin sehr kritisch, was solche Einsätze betrifft. Weil die Miliz ein sehr großes Netzwerk ist, kommen für jeden Verhafteten 100 Neue nach. Denn wenn man die ökonomische Struktur aufrechterhält, wird sie auch politisch weiter bestehen. Niemand legt sich mit diesen Gruppen an. Normalerweise geht man nur den Drogenhandel an, was nicht der gefährlichste Teil ist. Die Milizen sind mächtiger als die Drogenhändler. Die Milizen werden gewählt, Drogenhändler lassen sich nicht wählen. Ich bin sicher, dass die Milizionäre zu einer anderen Klasse als die Drogenhändler gehören. Nicht so arm. Nicht so schwarz. Nicht so marginalisiert.

Der Fall Marielle Franco ist zurück ins Scheinwerferlicht gerückt, weil die verhafteten Milizionäre Mitglieder des „Büro des Verbrechens" waren, das des Mordes an der Stadträtin verdächtigt wird. Im letzten Jahr sagte der Beauftragte für öffentliche Sicherheit in Rio, der Mord stünde im Zusammenhang mit Grundbuchfälschungen.

Glauben Sie, dass sie ermordet wurde, weil sie die Geschäfte der Milizen störte?

Da gibt es zwei Aspekte. Marielle Franco hatte die Macht, den Milizen zu schaden, eine Untersuchung zu beantragen, die die Aufmerksamkeit des Staates und der Medien auf sie gelenkt hätte. Sie hatte eine unabhängige, integre politische Basis, die sie stützte. Sie war also eine Figur, die gefährlich werden konnte.

Der zweite Faktor ist, dass sie eine Frau mit einem ziemlich beeindruckenden Auftreten war, authentisch und nicht einzuschüchtern, die herausforderte und sich nicht unterordnete. Die Milizionäre ertragen solche Frauen nicht und wollen sie eliminieren. Das war der Fall bei Marielle, wie bei Patricia Acioli (Richterin, die für die Gefängnisstrafen von mindestens 60 Milizionären verantwortlich war, ermordet 2011, Anm. d. Red.). Da gibt es einen totalen Frauenhass: Sie akzeptieren nicht, dass eine Frau sie so behandelt. •

Vorwort:
Julia Ganter von Lateinamerika Nachrichten
Interview:
Mariana Simões (für Agência Pública)
Übersetzung:
Claudia Fix, Manuel Wagner, Dominik Zimmer

1 www.brasildefato.com.br/2019/09/01/como-atuam-as-milicias-por-dentro-e-por-fora-do-estado/

ITALIEN

Quo vadis CasaPound?

HEIKO KOCH

In den 1920er Jahren gab der deutsche Rechtsintellektuelle Arthur Moeller van den Bruck nach dem „Marsch auf Rom" der italienischen Faschisten für die europäische Rechte die Parole „Italia docet" – „Italien lehrt" aus. Einhundert Jahre später scheint dieses Motto wieder Gültigkeit zu haben – diesmal in Bezug auf die erfolgreiche italienische Bewegungspartei CasaPound Italia (CPI). CasaPound gilt weltweit vielen Rechten als Avantgarde des wieder erstarkenden Faschismus. Ihre Strukturen, ihre Diskursstrategien und ihr Methodenmix haben sie zu einer der bekanntesten und einflussreichsten Organisationen der radikalen Rechten werden lassen. So pilgern im Zeichen eines transnationalen Ideologietransfers seit über einem Jahrzehnt alle Schattierungen von Rechten nach Rom, um sich Projekte, Methoden und Praktiken von CPI anzuschauen und von CasaPound zu lernen.

Trotz ihres Erfolges verkündete CasaPound im Juni 2019 eine Zäsur ihrer Politik. Sie würde in Zukunft nicht mehr als Wahlpartei antreten und nur noch als Bewegung wirken wollen. Diese Entscheidung, auf der Höhe bisher erreichten Einflusses auf einen wesentlichen Machtzugang zu verzichten, verblüffte nicht nur ihre Gegner*innen. Als Auslöser dieses Entschlusses gab CasaPound ihr katastrophales Wahlergebnis zum EU-Parlament an. Der Stimmenzuwachs vor allem der sich bürgerlich gebenden Faschisten von Fratelli d'Italia und noch mehr der ultra-rassistischen Lega war so enorm gewesen, dass CasaPound nur noch unter „ferner liefen" fiel. So ergibt sich die Frage: „Quo vadis CasaPound?" – „Wohin gehst Du CasaPound?"

Angesichts der Ankündigung des Präsidenten der CPI, Gianluca Ianonne: „Die heutige Entscheidung signalisiert in keiner Weise einen Rückschritt der Bewegung, sondern einen Moment der Wiederbelebung der kulturellen, sozialen, künstlerischen und sportlichen Aktivitäten der CasaPound Italia ..." lohnt es sich Ausrichtung, Aufbau und Methoden der so genannten „Faschisten des 3. Jahrtausends" noch einmal zu betrachten. Dies vor allem in Hinsicht auf die so genannte „Soziale Frage", die von der national-revolutionären CasaPound anders als von der bürgerlichen Rechten beantwortet und in den nächsten Jahren aktueller denn je wird.

Antikapitalismus und Sozialer Aktivismus von Rechts

Als national-revolutionäre Bewegung gibt sich CasaPound als explizite Kritikerin des Kapitalismus. Dabei bezieht sie sich historisch auf eine frühe Phase des Faschismus, als dieser noch um die Macht kämpfte und sich als revolutionäre Systemalternative präsentierte. In diesem Sinne bedient die Propaganda von CPI eine Mischung aus ultranationalistischen Pathos und linken Phrasen, die ein soziales Heilsversprechen für alle „Italiener*innen" beinhaltet. Dieses Versprechen sieht für „Italiener*innen" eine



Foto: Jose Antonio at Italian Wikipedia (CC BY 4.0)

Inklusion in eine Gesellschaft ohne Klassenwidersprüche mit einem „organischen Staat" vor. Einem so genannten korporatistischen Staat des „dritten Weges" jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Dieses Versprechen auf Inklusion ist an die forcierte Exklusion aller Menschen gebunden, die die Faschisten als „fremd" und nicht dazugehörig definieren. Dabei geht es um all die, die aus ethnischen Gründen nicht als „Italiener*innen" angesehen werden sollen, die sich den universalistischen Menschenrechten verpflichtet sehen oder sich traditionellen Geschlechter- und Familienrollen widersetzen.

Die antikapitalistische Kritik CasaPounds zielt auf das Kredit- und Zinswesen, nicht auf die Organisations-, Macht- und Verwertungsstrukturen des Kapitalismus. So artikuliert CPI ihre wirtschaftspolitische und soziale Kritik meist dann, wenn ihrer Meinung nach „das Kapital" nicht „Volk und Nation", sondern „fremden" Interessen dient. Anlässe sind Steuererhöhungen, Arbeitsplatzverlegungen ins Ausland oder die Vergabe von Wohnraum an Geflüchtete und Roma. Dabei endeten die von CasaPound angeführten Proteste gegen Wohnraumvergabe an Flüchtlinge und Roma in den letzten Jahren meist in pogromartigen Gewaltexzessen.

In ihren Aktionen zur Inklusion bedient sich CasaPound vieler Methoden, die aus dem Aktionskanon linker und gewerkschaftlicher Bewegungen stammen, aber seit Jahrzehnten von diesen vernachlässigt werden. So besetzte CasaPound Häuser für rechte Sozialzentren und zum Wohnen für bedürftige „Italiener*innen". Wo es ihre Kapazitäten zulassen betreibt CPI Stadtteilarbeit mit Sozial-, Steuer- und Finanzberatung und Arbeitsvermittlung, sie kümmert sich um den Erhalt öffentlicher Plätze und Anlagen, organisiert Stadtteilfeste, betreibt kostenlose Lebensmittelverteilungen für notleidende Familien und Spendenaktionen zu Feiertagen für bedürftige Kinder. Kranke und alte Menschen können sich kostenlos medizinisch untersuchen und beraten lassen. Im Winter hilft CPI Wohnungslosen in großen Städten mit Nahrung, Decken und Bekleidung. CPI bietet für Schüler*innen Nachhilfeunterricht sowie verbilligte Schulmaterialien an. Eine eigene Zivilschutzorganisation wird bei Überschwemmungen, Erdrutschen und Erdbeben tätig. Medizinisch-therapeutische Gruppen betreiben Ausbildungen und Freizeitgestaltung für Menschen mit Behinderung. Und Kinder- und Kulturorganisationen veranstalten Feste, Wanderungen und Zeltlager. Abgerundet wird dies mit Gesetzesvorschlägen zur Unterstützung alleinerziehender Mütter und einem Mietkaufprogramm für den Wohnungsmarkt.

Um diese sozialen Anliegen in Szene zu setzen hat CasaPound ein weiteres Mal eine ganze Reihe von Methoden progressiver und linker Bewegungen adaptiert. Sie nutzen für ihre publikumswirksamen Auftritte temporäre Besetzungen und Blockaden gegen Unternehmen und Verbände, bedienen sich Performances der Happening- und Agit-Prop-Kultur, nutzen Sit-Ins und Go-Ins, tragen Masken wie Anonymous, veranstalten Raves usw. Sie verwenden Klatschrhythmen, Banner und Bengalos wie Fußball-Ultras für ihre Choreographien. Und sie kopieren Graffiti-, Stencils- und Outcut- Aktionen der Street-Art Szene. So nutzen sie die Ausdrucks- und Kommunikationsformen aktueller Protestbewegungen und Subkulturen, die das Bild der populären Protestkultur prägen. Damit unterläuft CasaPound tradierte Wahrnehmungsraster und senkt erfolgreich die demokratischen Abwehrreaktionen. Mit diesen Methoden der Diskurspiraterie experimentiert CasaPound seit ihrer Gründung und hat im Laufe der Jahre einen Methodenkoffer erstellt, an dem sich neben den Identitären auch diverse andere rechte Bewegungen bedienen.

Zurück zur Frage „Quo vadis CasaPound?" Ist die Entscheidung der Nationalrevolutionäre zur Wahlabstinenz eine Fehlentscheidung und führt zu Stagnation und Niedergang? Oder ist es ein kluger Schachzug, die Basisarbeit zu forcieren und auf die nächste Wirtschaftskrise zu hoffen? Und was dann, ohne Partei und verregelten Machtzugang? Nationale Revolution? •

Weitere Artikel zu CasaPound von Heiko Koch finden sich auf der Website der RLS: antifra.blog.rosalux.de

CasaPound Italia

Offiziell startete CasaPound im Jahr 2003 in Rom mit der Besetzung einer Mietskaserne in der Via Napoleone III. Die ersten fünf Jahre stellte sie noch den aktionistischen und subkulturellen Teil der kleinen faschistischen Traditionspartei Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) dar. Der steigende Erfolg der CasaPound führte zu internen Spannungen und Trennung von der MSFT. Ab 2008 gab sich CasaPound die Form eines Sozialverbands und begann verstärkt in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ein Netzwerk von Organisationen aufzubauen. Dieses Netzwerk sollte dazu dienen, in allen sozialen und politischen Handlungsfeldern und kulturellen Räumen faschistische Gruppen und Inhalte zu platzieren und dort Einfluss zu gewinnen. Neben der Funktion der faschistischen Infiltration hatte das Netzwerk die Aufgabe als Rückgrat, Massen- und Mobilisierungsbasis für die Bewegung zu funktionieren. Mittlerweile verfügt CasaPound über 150 Sitze und eine große Bandbreite an Projekten und Organisationen in den Bereichen Sport, Freizeit, Musik, Kultur und Soziales. Des weiteren kann CasaPound auf eine Modemarke, einen Verlag, eine Monatszeitung, Buchläden, assoziierte Kampfsport- und Tattoo-Läden, Bars und Restaurants verweisen. Nach Eigenangaben verfügt CPI über annähernd 20.000 Mitglieder. Ihr Schüler- und Studentenverband wurde im Jahr 2018 von über 56.000 Jugendlichen gewählt. Im Jahr 2013 trat CasaPound das erste Mal als Partei zu Wahlen an und erzielte fünf Jahre später fast ein Prozent bei den Parlamentswahlen. Auf kommunaler Ebene verfügte CasaPound Mitte 2019 über rund 100 Abgeordnete. •

TÜRKEI

Der militante Flügel des türkischen Staatsnationalismus

KEMAL BOZAY

Seit mehr als fünf Jahrzehnten existiert in der Türkei eine nationalistische, rassistische und gewalttätige extrem rechte Bewegung. In den vergangenen Jahren haben sie im Rahmen des Bündnisses mit der Regierungspartei AKP ihre Aktivitäten verstärkt. Sie sind in Deutschland in hunderten lokalen Vereinen und in Dachverbänden organisiert: die sogenannten „Grauen Wölfe". Mit schätzungsweise mehr als 18.000 Mitgliedern dürfte sie die stärkste extrem rechte Organisation hierzulande sein. Im Zuge der polarisierenden migrationspolitischen Debatten der 1990er Jahre in Deutschland prägte der damalige Vorsitzende 1995 den Begriff des „Europäischen Türkentums" (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität von Anhängern außerhalb der Landesgrenzen. Dieser Logik entspricht der Slogan „Werde Deutscher, bleibe Türke!", mit dem türkische extrem rechte Organisationen ihre Mitglieder auffordern, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und diese politisch zu nutzen.

Sie nennen sich selbst „Ülkücü"-Anhänger[1], ihr Symbol ist der „Graue Wolf" (Bozkurt), der aus einem alttürkischen Mythos stammt und Stärke, Militanz und Aggressivität symbolisieren soll. Sie propagieren einen ethnischen Nationalismus und betonen vermeintlich islamische Werte. Ihr Ideal ist „Turan", ein großtürkisches Reich, sowie die Eliminierung politischer Gegner. Sie hetzen gegen Linke und „Nicht-Türken" - etwa Armenier und Kurden - selbst wenn diese die türkische Staatsbürgerschaft besitzen. Die ideologische und geschichtliche Basis bilden die Ideologien des Panturkismus und Turanismus, die die rassische, historische und moralische Einheit sowie Überlegenheit aller Turkvölker behaupten und die Vereinigung dieser Völker in einem großtürkischen Reich unter türkischer Vorherrschaft anstreben. In der Endphase des Osmanischen Reiches hatte die sogenannte jungtürkische Regierung den Panturkismus und Turanismus zur Staatsdoktrin erhoben. Sie versuchte, - erfolglos -, den bereits zerfallenden Vielvölkerstaat auf rein türkisch-nationalistischer und islamischer Grundlage wiederaufzubauen. Dies äußerte sich unter anderem in entfesselter Gewalt gegen die armenische Bevölkerungsgruppe und schließlich im Genozid an den Armeniern.

Die 1930er Jahre

Im Laufe des Zweiten Weltkrieges erstarkten in der Türkei faschistische Bewegungen. Kurz nachdem die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland an die Macht kamen, begann eine neue Phase der deutsch-türkischen Beziehungen. Obwohl die Türkei offiziell neutral blieb, intensivierte sie die Beziehungen zu Nazi-Deutschland. Ab den 1930er Jahren gehörte die Türkei zu einem der wichtigsten Lieferanten von Chromerz, das ein wichtiger Rohstoff für die Kriegsindustrie des NS-Regimes war. Mit Unterstützung Nazi-Deutschlands blühte der Turanismus erneut auf, deren Anhänger insbesondere in der Vereinigung Türk Ocağı (Heim der Türken) organisiert waren. Bereits 1934 kam es in der Türkei auch zu Pogromen gegen Juden. Im Laufe des Zweiten Weltkrieges tauchte Alparslan Türkeş auf der politischen Bühne auf, der spätere Anführer der „Grauen Wölfe". Trotz seines jungen Alters war der Hitler-Sympathisant ein wichtiger Akteur in der turanistischen Bewegung. 1944, als der Sieg der Alliierten in Sichtweite rückte, ließ die türkische Regierung 23 führende Persönlichkeiten des Turkismus und Turanismus verhaften, unter ihnen Türkeş. Er und seine Gesinnungsfreunde wurden im sogenannten „Rassismus-Turanismus-Verfahren" zu Freiheitsstrafen verurteilt - er selbst zu zehn Jahren. Später wurde er aber wieder freigesprochen. Aus Sorge vor einem wachsenden Einfluss der Sowjetunion wandte sich die Türkei in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre dem Westen zu, Linke und Kommunisten wurden stärker verfolgt als Turkisten und Ultranationalisten. Das war historisch betrachtet der Beginn einer Neuformierung des türkischen Rechtsextremismus. Die MHP als faschistoide Massen- und Aktionspartei entstand während der 1960er Jahren aus ihrer Vorgängerpartei, der Republikanischen Nationalen Bauernpartei (CKMP[2]). Mitte 1960er Jahre schied der damalige Oberst Türkeş aus dem Militärdienst aus und trat im März 1964 der CKMP bei. Er und seine Anhängerschaft gewannen in der Partei an Einfluss und setzten 1969 die Umbenennung in Nationalistische Bewegungspartei (MHP) durch. Die Fahne der Partei wurde in drei auf den Rücken gekehrte Halbmonde auf rotem Hintergrund geändert. Das Zeichen der drei Halbmonde - der offiziellen Flagge des einst mächtigen Osmanischen Reiches - sollte dazu dienen, weitere nationalkonservative und islamisch orientierte Wählerschichten anzusprechen. In den


Screenshot turkiyeaktuel

1960er und 70er Jahren radikalisierte sich die Bewegung. Türkeş hatte die sogenannte Strategie der drei Stufen in der MHP-nahen Zeitung Devlet (Der Staat) formuliert: Die Eroberung der Straßen, die Eroberung des Staates und die Eroberung des Parlaments. Unter dem Namen „Graue Wölfe" wurden militante Jugendgruppen und paramilitärische Kommandos aufgebaut, die mit Gewalt für die Eroberung der Straße sorgen sollten. Diese Gruppen verübten zahlreiche, teils paramilitärische Mordanschläge und Pogrome gegen Aleviten.[3] Auch Mehmet Ali Ağca, der 1981 in Rom das Attentat auf Papst Johannes Paul II. verübte, war Anhänger der Grauen Wölfe. Ihr Ziel war einen Bürgerkriegszustand zu schaffen, der die MHP an die Macht bringen sollte. Bei Wahlen erhielt sie bis zu 6,8 Prozent der Wählerstimmen und beteiligte sich in den 1970er Jahren an zwei Mitte-Rechts-Regierungen. Die MHP verstand sich dabei als militanter und radikaler Flügel des Staatsnationalismus. Nach einem weiteren Militärputsch am 12. September 1980 wurden zunächst alle Parteien verboten und 1982 eine neue Verfassung verabschiedet, die u.a. eine Zehn-Prozent-Sperrklausel bei den Parlamentswahlen beinhaltete.

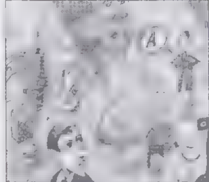
Innerhalb der „Ülkücü"-Bewegung kann man zwei Hauptströmungen unterscheiden: jene um die „Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP)[4], sowie jene um die „Große Einheitspartei" (BBP)[5]. 1993 spaltete sich die „Große Einheitspartei" (BBP) von der MHP als nationalistische und zugleich stark am Islam ausgerichtete Partei ab. Die Morde am armenischen Journalisten Hrant Dink 2007 sowie an christlichen Geistlichen in Trabzon und Malatya werden dem Umfeld der BBP zugeordnet. Der Führer der BBP war Muhsin Yazıcıoğlu, langjähriger Berater und Weggefährte von Türkeş. Nach dem Militärputsch 1980 saß er mehrere Jahre im Gefängnis. Der Konflikt um Minderheitenrechte für Kurden trug in den 1990er Jahren dazu bei, dass sich der – ohnehin starke – Nationalismus der gesamten türkischen Politik verschärfte. 1998 fand dieser seinen Höhepunkt und die MHP übernahm eine Schlüsselrolle in der türkischen Politik. Nach dem Tod ihres Führers Türkeş (1997) entschied sie sich, die MHP unter ihrem neuen Vorsitzenden Devlet Bahçeli für ein moderateres Auftreten. Nach anfänglichen Abgrenzungen ist sie gegenwärtig ein wichtiger strategischer Verbündeter der AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan, insbesondere im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung.

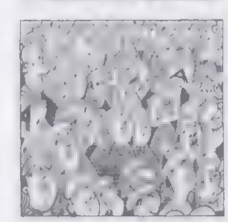
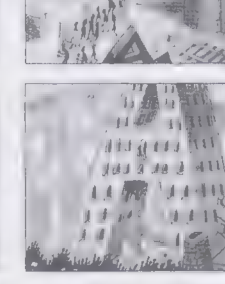
Die Ideologie der Grauen Wölfe

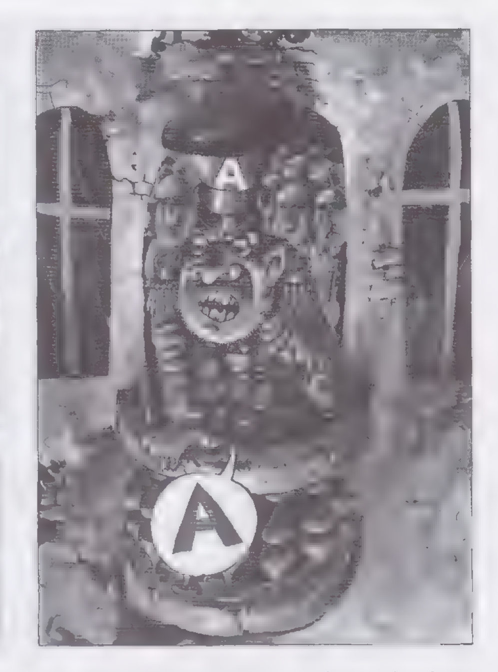
Die Ideologie und Gesinnung der türkischen extremen Rechten stützt sich auf ein Konglomerat verschiedener Diskurse und Grundpfeiler. Dazu zählen neben Rassismus auch Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie Autoritarismus, Führerkult und Gewaltakzeptanz. Türkeş wird bis heute als „Führer" verehrt, seine Prinzipien werden befolgt. Die politische Ideologie des „idealistischen Nationalismus" beinhaltet einen Rassismus (im ethnischen Sinne) gegenüber nicht-türkischen Bevölkerungsteilen. Auch wenn aus taktischen Gründen eine offene rassistische Position geleugnet wird, bildet er einen Grundpfeiler der MHP-Ideologie. Er richtet sich vor allem gegen Armenier, Kurden und Juden. Nihal Atsız, ein Vordenker der Grauen Wölfe, formulierte die Elemente des Turkismus wie folgt: „Ein Türke glaubt an die Überlegenheit der türkischen Rasse, schätzt deren nationale Vergangenheit und ist bereit, sich für die Ideale des Türkentums zu opfern (...)". Im Zentrum der MHP-Politik steht die „Neun-Lichter-Doktrin" von Alparslan Türkeş, in der er einen extremen Nationalismus mit islamischer Frömmigkeit verbindet. Im Laufe der Geschichte der MHP wurde der Islam verschieden akzentuiert. Die Bezugnahme auf den Islam dient im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses als Gegenpol zum Einfluss säkularer, liberaler und meist pluralistischer Ideen, wie etwa Minderheitenrechte und Gleichstellung. Die MHP hat einen Beitrag dazu geleistet, dass die „Türkisch-Islamische Synthese" zu einem Kernideologem des türkischen Rechtsnationalismus geworden ist. Die zentrale Implikation dieser „Synthese" ist die geschichtliche Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch-nationalen und islamischen Bestandteilen. Zugleich dient die Betonung des Islam durch die MHP dazu, breitere islamisch geprägte Bevölkerungsgruppen beeinflussen und rekrutieren zu können. Dies gilt derzeit nicht allein für die MHP, sondern für alle konservativ-nationalistischen Parteien und islamischen Bewegungen in der Türkei. •

1 Ins Deutsche übertragen bedeutet das Wort „Ülkücü", bedeutet so viel wie „Idealismus". **2** Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi **3** etwa in Kahramanmaraş, Çorum, Sivas, Gazi und Umraniye. **4** Milliyetçi Hareket Partisi **5** Büyük Birlik Partisi

Pavel Čech:
A
Graphic Novel
Alibri Verlag
56 Seiten, gebunden, 16.– Euro
ISBN 978-3-86569-311-2





■ A ist ein wortloser – ein stiller – Comic von Pavel Čech. Dargestellt wird die Geschichte einer Diktatur. Einer Diktatur des Buchstaben A.

Alle Menschen sehen gleich aus. Sie tragen Mützen mit Nummern, die sie identifizieren. Sie stehen in langen Schlangen, um für Essensmarken Nahrung zu erhalten, beobachtet von Uniformierten, mit kläffenden, an ihren Leinen ziehenden Hunden. Die Tageszeitung hat nur ein Thema: A. Es gibt keinen anderen Buchstaben. An Straßensperren werden Pässe kontrolliert, durchgelassen werden nur diejenigen, die das A im Pass haben. Auch in den Sprechblasen der PassantInnen ist alleinig der Buchstabe A zu sehen. In der Schule, auf Landkarten, durch Lautsprecher, die über die Stadt verteilt sind – A, A und nochmal A.



Wir folgen einem Protagonisten – 21868 – durch die von A beherrschte, graue Welt. Nachts träumt er davon, zu fliegen. Am Tag klettert er auf einen Turm, blickt über die Stadt, es ist ein dystopischer Anblick: Zwischen martialischen Statuen und rauchenden Fabriken steht ein Gebäude in Form eines As und überragt die ganze Stadt.

Abends arbeitet 21868 an seinen selbstgebauten Flügeln. Wieder träumt er davon, aus der Welt von A fort zu fliegen. Durch laute Geräusche wird er in der Nacht geweckt. Er schaut aus dem Fenster auf die Straße. Wir können durch die Wand des gegenüberliegenden Gebäudes schauen. Uniformierte stürmen die Wohnung eines bärtigen Mannes. Er wird geschlagen und verhaftet. Im letzten Moment lässt er einen Papierflieger aus dem Fenster fallen. 21868 wird ihn am nächsten Tag finden. Er faltet den Flieger auseinander. Erschrocken blickt er auf das Papier, auf dem der Buchstabe B zu sehen ist. Er berichtet einem Kollegen von B. Doch dieser erwidert nur A. Kameras und Mikrofone überwachen die Menschen. Nun wird 21868 gesucht, verfolgt, in die Enge getrieben. Es wird auf ihn geschossen. Doch 21868 kann fliehen. Die Flügel hat er an sein Fahrrad montiert und so kann er die Grenzen von A überwinden.

Er gelangt in eine bunte Welt. Der Himmel ist blau, die Wiese grün, Menschen machen Kunst und sind frei und glücklich. Auch 21868 blickt zufrieden in den Sonnenuntergang. Es wird Herbst, es wird Winter, es wird Frühling und 21868 kehrt zurück nach A. Er fliegt mit seinem Fahrrad über die Grenze und wirft Bücher über A ab. Bücher, deren Titelblätter jeden Buchstaben des Alphabets tragen.

Pavel Čech ist unter anderem Autor von Kinderbüchern. Auch A funktioniert als Kinderbuch. Der Comic ist plakativ, aber eindrücklich. Toll gezeichnet, zeigt der Comic die triste Welt einer Diktatur.

Die Widmung am Ende des Comics an den Mann mit den Taschen wird im Vorwort erklärt: „Der Mann mit den Taschen stellte sich am 5. Juni 1989, dem Tag nach der gewaltsamen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung durch das Militär, einer Panzerkontrolle in den Weg und brachte diese für einen Moment zum Stillstand."

Direkt im Anschluss informiert ein kurzer Text über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 und damit über das Scheitern des Versuchs, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu schaffen. Während die erste Anmerkung durch die Widmung Čechs am Ende des Comics nahe liegt, scheint die zweite durch den Geburtsort des Autors motiviert. Brno war zur Zeit des tschechoslowakischen Sozialismus eine bedeutende Industriestadt. Die Analogie bleibt jedoch ambivalent. Könnte man zunächst denken, dass A hier mit dem Sozialismus gleichgesetzt wird, verweist das genaue Datum jedoch auf die Niederschlagung des Prager Frühlings – also auf den Versuch, einen emanzipatorischen, demokratischen Sozialismus zu schaffen. Es wird nicht klar, um welche politische Form es sich bei A handelt.

Eine Ambivalenz, die schwierig zu fassen ist: Einerseits fasziniert der Comic durch seine wortlose, eindringliche Darstellung einer Diktatur, andererseits bleibt die Darstellung kontextlos und Inhalte werden ausgespart. So bleiben die Herrschaftsverhältnisse leer. Wer hier wen und warum unterdrückt, erfahren wir nicht. •

Franziska Bruder

Das eigene Schicksal selbst bestimmen Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“

552 Seiten, gebunden, 29,80 Euro
ISBN 978-3-89771-826-5

Einem bislang kaum bis gar nicht beachteten Aspekt im Rahmen der Forschungen zum Holocaust und jüdischem Widerstand widmet sich Franziska Bruder mit ihrer Monographie zu Fluchten aus den Deportationszügen der „Aktion Reinhardt“, den Transporten in die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka. Dort wurden zwischen März 1942 und Oktober 1943 bis zu 1,8 Millionen überwiegend polnischer Jüd_innen und 50.000 Roma systematisch ermordet.

Die Fluchten aus den Zügen fanden unter großer Lebensgefahr statt. Neben der generellen Geschwindigkeit der Züge und dem Risiko beim Sprung als solchen zu sterben, waren auch Wachmannschaften auf bzw. in Extra-Waggons postiert, die auf die Flüchtenden schossen. Zudem patrouillierten entlang der Strecke deutsche Polizeieinheiten, die Jagd auf die Entflohenen machten. Die erfolgreiche Flucht aus den Zügen war zudem immer erst auch der erste Schritt im Kampf ums weitere Überleben, das durch Verrat durch Einheimische, Hunger, Kälte und vielen andere Gefahren bedroht war.

Bruder wertete für ihre Untersuchung verschiedene Quellen aus, primär 135 Zeugnisse von Springer_innen selbst, die ihre zentrale Quellengrundlage bildeten. Diese fand sie u.a. in gesammelten Berichten des polnischen „Jüdisch Historischen Instituts“ direkt nach dem Krieg, in Zeugenaussagen zu Ermittlungen gegen NS-Verbrecher aus den 1960er Jahren sowie in den gesammelten autobiographischen Texten im Archiv von Yad Vashem.

Obwohl viele dieser Quellen bereits seit Jahren vorliegen, blieb die Flucht aus den Zügen bislang eine weitgehend unbeachtete Leerstelle der Forschung. Bruder führt dies u.a. darauf zurück, dass aus der Perspektive der Überlebenden „die grauenvollen und tödlichen Bedingungen in den Waggons (...) vielfach schambesetzt“ waren, aber auch, dass sich bisherige Untersuchungen zum Holocaust „vor allem auf das Davor und Danach, also auf die exzessiven Morde“ konzentriert hatten. Zudem fragt sie, „ob aufgrund eines zu engen Widerstandsbegriffes die Fluchten aus den Deportationszügen in ihrer Bedeutung verkannt wurden“. Bruder selbst resümiert dazu, „diese Arbeit stützt empirisch die Perspektive, das Springen als Widerstandsakt zu betrachten“ sei, dessen Würdigung bislang ausstehe. Nicht ohne Grund beginnt ihr Buch vermutlich deshalb mit einem Zitat der Gruppe Akiba vom August 1943: „Jede Flucht aus den Händen der Folterknechte stellt aktuell eine kämpferische Handlung dar.“

Ihr Buch gliedert sich grob in drei Teile, den Voraussetzungen bzw. Bedingungen für die Flucht, die Fluchten selbst, gegliedert in den Strecken zum jeweiligen Vernichtungslager mit ausgewählten Biografien von Spinger_innen und abschließend Überlegungen zu quantitativen und qualitativen Aspekten sowie den Überlebensstrategien nach der Flucht.

Bruder stellt bei ihrer Untersuchung unter anderem Fest, dass sich auf den Strecken in die Vernichtungslager Belzec und Treblinka ähnliche Entwicklungen beobachten lassen. Waren es in der Anfangsphase vor allem individuelle und vereinzelte Fluchten, überwiegend von Anhänger_innen jüdischer Widerstandsorganisationen, kam es später zu einer größeren Anzahl bis hin zu Massenfluchten aus den Deportationszügen. Auffällig ist dabei, dass vor allem Jüd_innen aus den Ghettos und Lagern sprangen, die sich in räumlicher Nähe zu den Vernichtungslagern befanden. Das weist auf einen zentralen Aspekt hin, das Wissen um das Ziel der Züge und die geplante Vernichtung: So wurden „in den Ghettos die Informationen konkreter, da die meisten Springerinnen und Springer nach der Flucht dorthin zurückkehrten und ihre Erfahrungen weitergaben.“ Auch die veränderte soziale Zusammensetzung war relevant. Waren zunächst vor allem Ältere und Kranke deportiert worden, waren die später Betroffenen viel mehr überhaupt körperlich in der Lage zu flüchten. Zudem wird deutlich, dass die Stärke der Widerstandsgruppen in den Ghettos ausschlaggebend für das Ausmaß war.



Der Autorin ist mit „Das eigene Schicksal selbst bestimmen“ nicht nur gelungen, eine Forschungslücke zu füllen, sondern sie hat auch ein sehr lesenswertes Buch geschrieben, das nicht lediglich wissenschaftliche Fakten trocken vermittelt, sondern durch eine angenehme – und trotzdem angemessene – Sprache und Schreibweise auffällt.

SEIT 20 JAHREN

Professionelle Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Vor etwa 20 Jahren begann die Initiative Opferperspektive (OPP) die bundesweit erste spezialisierte Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt aufzubauen (siehe AIB Nr. 48 / 3.1999). Sie machte sich auf, um die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt professionell und nachhaltig zu unterstützen. Damals war die gesellschaftliche Situation davon geprägt, dass rechte Gewalt einfach verschwiegen und verharmlost wurde und die Opfer dieser Attacken, ihre Familien und Freund_Innen auch nach schwersten Gewalttaten allein dastanden. Die OPP erklärte 1999 in einem Interview mit dem AIB: „Die Zielrichtung unserer Arbeit steht insofern im Gegensatz zu den in der Gesellschaft überwiegenden Diskursen und den daraus entwickelten Handlungskonzepten, die sich überwiegend mit den Tätern auseinandersetzen. (...) Wir leben in Brandenburg – und wir denken, das gilt genauso für andere Gebiete im Osten – in einem gesellschaftlichen Klima, das stark von Rassismus und völkischem Nationalismus geprägt ist. Gerade unter Jugendlichen ist ein sogenannter ‚rechter Lifestyle' weit verbreitet. Jugendliche, die sich dem nicht anpassen wollen, werden verdrängt oder kaum unterstützt. ‚No-Go-Areas' durchziehen das ganze Land."

Heute ist die gesellschaftliche Situation davon geprägt, dass in Brandenburg 60 Prozent und in Sachsen 70 Prozent der AfD-Wähler_Innen aus Überzeugung eine ultrarechte Partei wählen. Sie ist auch davon geprägt, dass der langjährige CDU-Regierungspräsident von Kassel, Dr. Walter Lübcke, Opfer eines neonazistischen Mordanschlags wurde und es nur kurze Zeit später einen Mordanschlag auf einen eritreischen Geflüchteten in Wächtersbach gab. Schon damals erklärte die OP: „Eine einzelne rechte Gewalttat wirkt dabei nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern auf ein ganzes Kollektiv, das pauschal als ‚Ausländer' oder ‚Zecken' bezeichnet wird. Alle sollen eingeschüchtert werden." Die Opferperspektive in Brandenburg gibt es noch immer. Inzwischen ist sie Teil eines großen, bundesweiten Netzwerkes von unabhängigen und spezialisierten Beratungsstellen mit eigenem Dachverband.

Seit 2016 existieren in allen Bundesländern spezialisierte Beratungsstellen. In den ostdeutschen Bundesländern seit rund 20 Jahren, in den westlichen nahmen vor rund zehn Jahren erste Beratungsstellen ihre Arbeit auf. Auf einem Symposium anlässlich ihres Jubiläums war es ihnen wichtig deutlich zu machen, dass es breite gesellschaftliche Bündnisse der Solidarität mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Bedrohung und Gewalt braucht. Oder wie die OPP es schon damals formulierte: Ziel sei es „eine gesellschaftliche Solidarisierung mit den Opfern rechtsextremer Gewalt zu mobilisieren. Die Folgen eines Angriffes sind für den Einzelnen erträglicher, wenn es Leute gibt, die konkrete Hilfe anbieten und die Betroffenen nicht alleine lassen."

Eine Solidarität des langen Atems

In den vergangenen zwei Jahrzehnten unterstützten die Opferberatungsstellen mehrere tausend Menschen bei der Bewältigung körperlicher, psychischer und materieller Angriffsfolgen. Und dennoch sind tausende alleine geblieben, hatten keine Unterstützung, keine Hilfe. Und noch immer werden viele Betroffene in klassischer rassistischer Täter-Opfer-Umkehr verdächtigt, kriminalisiert und gesellschaftlich isoliert. Die Opferberatungsstellen gehen offen mit ihren Grenzen um und machen deutlich, dass diese Grenzen nur gemeinsam überwunden werden können – in Diskussionen und Debatten unter solidarischen Menschen, Initiativen und Gruppen.

Mit der aufsuchenden Arbeit sind die Opferberatungsstellen täglich in ganz Deutschland unterwegs und ihr Engagement ist heute so wichtig wie vor 20 Jahren. Denn die dramatischen Veränderungen im gesellschaftspolitischen Klima bekommen zu aller erst die Menschen zu spüren, die sie beraten. Viele Berater_Innen sind fast sprachlos darüber, dass Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung wieder so schnell gesellschaftsfähig – ja mancherorts sogar mehrheitsfähig werden konnten. Inzwischen vertritt jeder dritte Mensch rassistische Positionen. In Ostdeutschland ist es sogar jeder zweite. Rassismus und Antisemitismus sind die Katalysatoren für Diskriminierungen und rechte Gewalttaten. Beides hat in einem Maße zugenommen, dass die Angriffszahlen der 1990er Jahre längst erreicht sind, dass zumindest legen die Angriffsstatistiken der Opferberatungsstellen nahe. Allein in den ostdeutschen Bundesländern registrieren sie vier gewalttätige Übergriffe pro Tag.

Auf dem Jubiläumssymposium der Beratungsstellen wurde in vielen Diskussionen deutlich, dass Antirassist_innen und Antifaschist_innen nur gemeinsam gegen die rechten Hetzer und Menschenfeinde und ihre Ideologien stark sind. Und mehr denn je – und genau wie Ende der 1990er Jahre müssen sie davon überzeugt sein, dass Solidarität die Antwort sein muss. •

Eine Übersicht über alle Beratungsstellen für Betroffene, rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gibt es unter verband-brg.de/beratung.

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
33. Jahrgang
Nummer 125 | 4.2019

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 124

TITEL
White Power Terrorists

NS-Szene
Kommunale Mandatsträger und das NS-Milieu

Repression
Fusion: Wie frei wollen wir leben?

International
Italien: Terror, Drogen, Diktatoren



AIB 123

TITEL
Ostdeutschland ganz rechts – 1989/'90 und die Folgen

NS-Szene
Rechtsruck in der Oi-Szene

Rassismus
Repression in der Wüste

International
Brasilien: Krieg gegen die Armen

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin